DEUTSCHE AUS RUSSLAND. GESCHICHTE UND GEGENWART

Gefördert durch:

Bundesministerium des Innern und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

„Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“

Eine Ausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.

Inhalt

	Vorwort des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V., Johann Thießen	3
Tafel 2:	Schicksalsweg der Russlanddeutschen	4
Tafel 3:	Deutsche wandern nach Russland aus	5
Tafel 4:	Leistungen der Deutschen in Russland -wirtschaftliche Blüte	7
Tafel 5:	Kultureller Aufschwung – Verkehrung ins Gegenteil	9
Tafel 6:	Der Weg in die Katastrophe	11
Tafel 7:	Die Deutsche Autonomie an der Wolga	13
Tafel 8:	1937/38 – Jahre des „Großen Terrors"	15
Tafel 9:	Nora Pfeffer: Die Ballade vom Besen	17
Tafel 10:	Deportation der Deutschen in der Sowjetunion	18
Tafel 11:	Deportation der Deutschen in der Sowjetunion – Zeittafel	20
Tafel 12:	„Trudarmee" – Zwangsarbeitslager I	22
Tafel 13:	„Trudarmee" – Zwangsarbeitslager II	24
Tafel 14:	Glaubens- und Kirchenverfolgung in der UdSSR	26
Tafel 15:	Verbannung auf „ewige Zeiten" – Sonderkommandantur	28
Tafel 16:	Bilanz des Schreckens	30
Tafel 17:	Kulturelle Wiederbelebung	32
Tafel 18:	Teilrehabilitierung – Autonomiebestrebungen	34
Tafel 19:	Die Familie Steinmark	37
Tafel 20:	Die Familie Mangold	39
Tafel 21:	Der/Die Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung	43
Tafel 22:	Integration der Deutschen aus Russland – gelungen?	44
Tafel 23:	Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.	47
Tafel 24:	Schwerpunkte landsmannschaftlicher Arbeit	48
Tafel 25:	Publikationen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland	50
Tafel 26:	Katharinen-Preis der Deutschen aus Russland	52
Tafel 27:	Russlanddeutscher Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg I	54
Tafel 28:	Russlanddeutscher Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg II	56
	Wanderausstellung der LmDR „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart"	58
	Zeittafel zur Geschichte der Deutschen aus Russland	59
	Publikationen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland – eine Auswahl	71

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

seit beinahe 30 Jahren gehört die Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“, die dank der Unterstützung durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat bundesweit gezeigt werden kann, zu den wichtigsten Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

Betreut von den Projektleitern Jakob Fischer, Dr. Eugen Eichelberg und Christian Sprenger, berichtet sie auf mittlerweile 28 Tafeln über die Deutschen aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten, von denen inzwischen über zweieinhalb Millionen eine neue Heimat in Deutschland gefunden haben.

Die Inhalte der Ausstellung sind breitgefächert. Sie reichen von der Auswanderung von Deutschen an die Wolga, ans Schwarze Meer, in den Kaukasus und in andere Gebiete des Russischen Reichs über die Schwierigkeiten und Erfolge der ersten Jahrzehnte der Ansiedlung, die Unterdrückung und Verfolgung in den Zeiten des stalinistischen Terrors sowie die – oftmals gescheiterten – Versuche eines Neustarts nach dem Tod Stalins bis hin zur Rückwanderung in die Heimat ihrer Vorfahren, in der sie nach der Überwindung anfänglicher Integrationshemmnisse längst zu einem Gewinn für die Gesellschaft geworden sind.

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland als anerkannte Vertreterin von Menschen, die in der Sowjetunion über Jahrzehnte am eigenen Leib erfahren mussten, wozu Feindseligkeiten gegenüber Minderheiten führen, lehnt jegliche Form von Diskriminierung gesellschaftlicher Gruppen ab. Wer andere nur aufgrund ihrer Abstammung, ihrer Hautfarbe oder ihres Glaubens ablehnt, hat bei uns nichts zu suchen.

Nicht zuletzt darauf geht die Ausstellung ein und wendet sich auf der Basis offizieller Untersuchungsergebnisse gegen negative Vorurteile über Deutsche aus Russland, die in der Öffentlichkeit kursieren und durch die oftmals einseitige Berichterstattung in deutschen Medien gefördert werden.

Gerade deshalb hat einer meiner Vorgänger im Amt des Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Adolf Fetsch, beim Bundestreffen unseres Verbandes in Wiesbaden 2007 die Worte des Generalsekretärs der Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft für bedrohte Völker“, Tilman Zülch, zitiert: „Aussiedlerfeindlichkeit ist nicht besser als Ausländerfeindlichkeit.“

Wir mussten immer wieder erleben, dass Vertreter der Öffentlichkeit und der Politik die Berechtigung der Deutschen aus Russland, sich in Deutschland niederzulassen, in Zweifel zogen. Wer die Tafeln unserer Wanderausstellung aufmerksam studiert, wird mehr als genügend Material zur Widerlegung dieser Zweifel finden.

Unfassbar ist das, was meine Landsleute als Bürgerinnen und Bürger in der ehemaligen Sowjetunion zu ertragen hatten – als völlig Unschuldige in Haft genommen für all das Menschenverachtende, mit dem Hitler die Welt und insbesondere auch die Sowjetunion überzog.

Es sind generationenübergreifende Traumata, unter denen die Deutschen aus Russland bis heute zu leiden haben.

Trotzdem haben sie nicht aufgegeben. Und auch wenn einseitige Medienberichte das Gegenteil behaupten: Mit überwältigender Mehrheit sind die Deutschen aus Russland resistent gegen jede Art von Diktatur und wollen vor allem eines: Als Gleiche unter Gleichen in einem demokratischen Land leben und nach Jahrzehnten der Unterdrückung endlich eine wirkliche Heimat finden.

Ganz im Sinne der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland berichtet die Wanderausstellung über diese Unterdrückung und betont: Es ist nicht der Wunsch nach Rache und Vergeltung, der uns motviert, aber wir sind es den Mitgliedern unserer Volksgruppe schuldig, die Untaten nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Mein Appell lautet daher:

Nach all dem, was die Deutschen aus Russland in den Jahren der Unfreiheit erleben mussten, mit Hunderttausenden, die zu Opfern einer Diktatur wurden, haben es meine Landsleute wahrlich verdient, in Deutschland mit offenen Armen aufgenommen zu werden – zumal sie ohne jeden Zweifel ein Gewinn für das Land sind!

Johann Thießen,
Bundesvorsitzender
der Landsmannschaft
der Deutschen aus Russland e. V.

Johann Thießen

Schicksalsweg der Russlanddeutschen Tafel 2

Nach der Statistik des Bundesministeriums des Innern und für Heimat haben von 1950 bis 2021 rund 2,5 Millionen Deutsche aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten als Aussiedler und Spätaussiedler in der Bundesrepublik Deutschland Aufnahme gefunden.

Woher kommen sie? Warum kommen sie?

Antworten auf diese Fragen will die Ausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland geben. Sie zeigt den harten Schicksalsweg einer deutschen Volksgruppe ebenso wie ihre erfolgreichen Bemühungen um Integration.

Deutsche aus Russland, die jetzt nach Deutschland kommen oder bereits seit einigen Jahrzehnten hier leben, sind zum größten Teil Nachkommen der zur Zeit der Zarin Katharina II. der Großen (1729–1796) und ihres Enkels Alexander I. (1777–1825) aus deutschen Landen ausgewanderten Menschen – Hessen, Schwaben, Pfälzer, Bayern und andere.

Ansiedlung

In die Regentschaft der beiden Zaren fallen die vier wichtigsten Auswanderungswellen aus Deutschland nach Russland, der Zug an die Wolga (ab 1764), der Zug an den Dnjepr (ab 1789), der Zug an das Schwarze Meer (ab 1803) und der Zug in den Kaukasus (ab 1816).

Die ursprüngliche Ansiedlung in Sibirien und Mittelasien erfolgte später. Sie wurde vor allem um die Jahrhundertwende 1900 notwendig, als das Land für die Deutschen im europäischen Russland knapp geworden war.

Bereits im 18. Jahrhundert, insbesondere aber im 19. Jahrhundert entstanden blühende deutsche Kolonien im Russischen Reich, deren Bewohner es dank ihres Fleißes zu beachtlichem Wohlstand brachten.

20. und 21. Jahrhundert

Grundlegend änderte sich die Situation für die Russlanddeutschen nach der russischen Oktoberrevolution, als sie noch stärker als andere Völker der Sowjetunion unter dem Stalinismus zu leiden hatten.

Nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges am 22. Juni 1941 erreichte der in seiner Härte unvorstellbare Opfergang der Russlanddeutschen seinen tragischen Höhepunkt. Repressionen, Diskriminierungen, Verfolgungen, Zwangsarbeit, Lagerhaft und Vertreibungen brachten Hunderttausenden von ihnen den Tod.

Die anderen leben zumeist – wenn sie nicht den Weg der Ausreise nach Deutschland gewählt haben bzw. ihn wählen durften – auch heute noch vorwiegend in nichteuropäischen Gebieten Russlands, in Kasachstan oder anderen mittelasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, sprich in ihren Vertreibungsgebieten, weit entfernt von ihren ursprünglichen Siedlungsgebieten.

Deutsche wandern nach Russland aus

Tafel 3

Zarin Katharina II. (1762 – 1796) hatte am 22. Juli 1763 ein Manifest erlassen, in dem Ausländer eingeladen wurden, sich in Russland anzusiedeln. Die reformfreudige Monarchin – die erste Deutsche auf dem Zarenthron – wollte hauptsächlich mit deutschen Bauern und Handwerkern den wirtschaftlichen Aufschwung ihres noch in der Leibeigenschaft verharrenden Landes fördern.

Zarin Katharina II.

Um den Erfolg ihres Aufrufes zu garantieren, räumte sie den Ansiedlungswilligen großzügige Privilegien ein:

- unentgeltliche Zuweisung unbebauten Landes
- Erlaubnis zum Kauf weiterer Grundstücke
- Steuerfreiheit bis zu 30 Jahre
- Gewerbefreiheit
- Befreiung vom Militärdienst
- freie Religionsausübung
- kulturelle Autonomie
- kommunale Selbstverwaltung
- völlige Freiheit zum Verlassen des Landes
- Reisebeihilfen u.a.m.

Zar Alexander I.

Es waren keine Abenteurer, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und im 19. Jahrhundert ihre Heimat verließen und nach Russland gingen. Es waren durchweg ehrsame und fleißige Bauern und Handwerker.
Als Gründe für die Auswanderung werden genannt:

- wirtschaftliche Not und Missstände in Deutschland infolge von Kriegen (7-jähriger und Napoleonischer Krieg),
- Heeres- und Frondienste für die eigenen Fürsten und die fremden Mächte,
- politische Unterdrückung durch die eigenen Fürsten und die fremde Besatzung,
- Missernten und Hunger,
- Beeinträchtigung der Glaubensfreiheit.

Viktor Hurr: Anwerbung von Ausreisewilligen.

Die Ausreise erfolgte in mehreren Strömen, von denen die wichtigsten genannt seien:

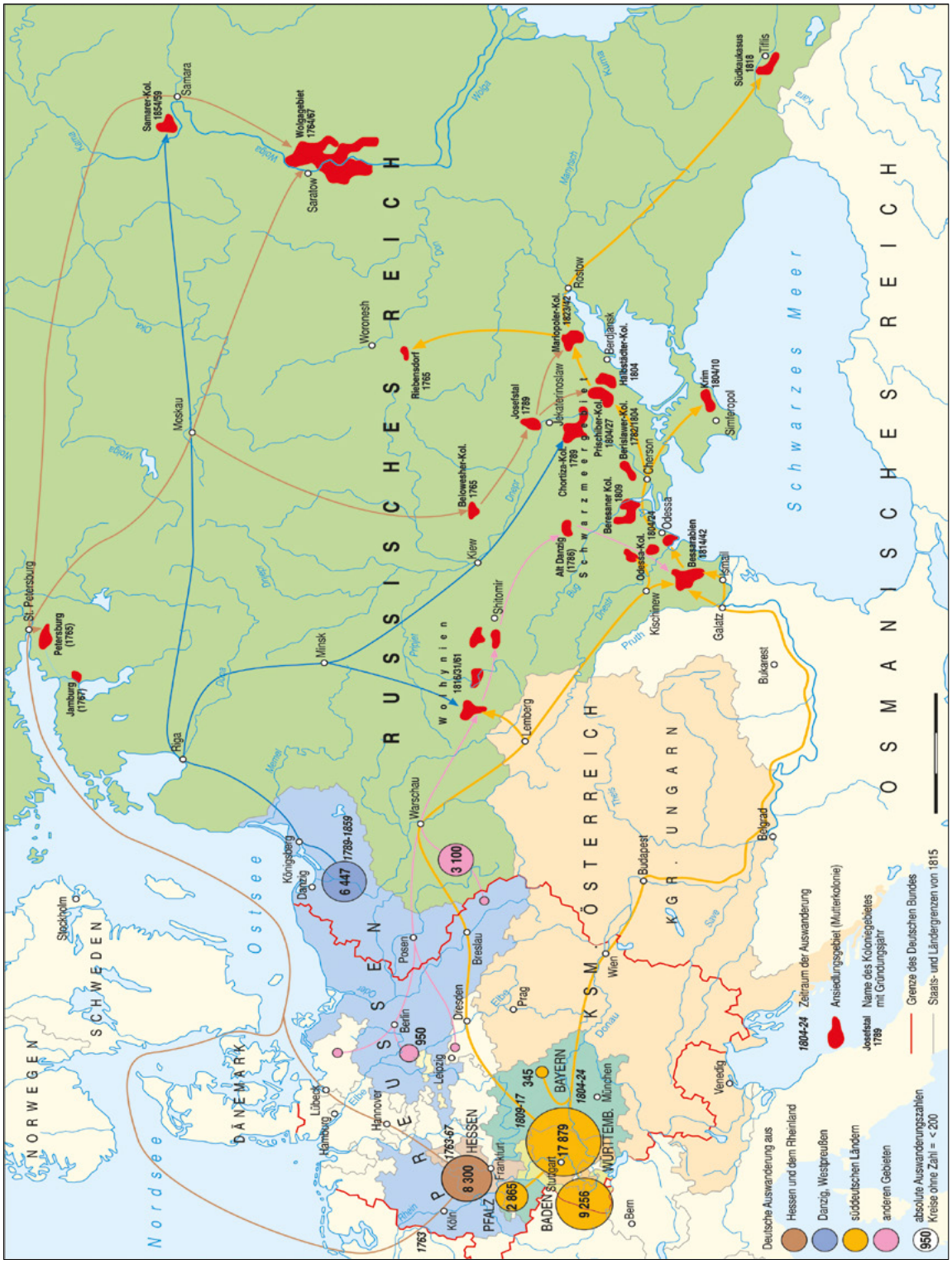
- Der Zug an die Wolga ab 1764 (unter Zarin Katharina II.) auf dem Seeweg über die Nord- und Ostsee und St. Petersburg. Die 1764 – 1767 nach Russland ausgewanderten Kolonisten siedelten auf beiden Seiten der unteren Wolga (Bergseite/Westufer und Wiesenseite/Ostufer) in 104 Kolonien. Davon waren 31 katholisch und über 60 evangelisch. Am 29. Juni 1764 wurde die erste deutsche Kolonie Nischnaja Dobrinka gegründet. 1914 gab es bereits 192 deutsche Dörfer, 152 evangelische, 38 katholische und zwei gemischte.
- 1802–1859 wanderten fast 110.000 Deutsche in das Schwarzmeergebiet aus. Auf der Donau ging es zum Schwarzen Meer, auf die Krim und in den Kaukasus. Die Besiedlung begann unter Katharina II. und fand unter Zar Alexander I. ihren Höhepunkt. Der erste größere Einwanderungsstrom in das Schwarzmeergebiet fand zwischen 1789 und 1797 statt, der zweite große Schub folgte zwischen 1804 und 1824.
- Ab 1789 wanderten mennonitische Siedler aus Westpreußen in die südrussischen Gebiete ein und gründeten Mutterkolonien, u.a. im Gebiet Saporoschje.
- Aus insgesamt 204 deutschen Mutterkolonien entstanden im Schwarzmeergebiet später über 1.800 Tochterkolonien.
- Eine besondere Gruppe bildeten die Wolhyniendeutschen, die sich zu verschiedenen Zeiten im 19. Jahrhundert in polnisch-russischen Grenzregionen (in den Gebieten um Rowno, Schitomir, Nowogradwolynsk) niederließen. 1816 bis 1861 wanderten Westpreußen, Rheinländer, Pfälzer und Schwaben nach Wolhynien aus.
- Bis zum Jahre 1871 stieg die Zahl der Deutschen in diesen Regionen auf etwa 28.560, die in ca. 139 Kolonien lebten. 1889 waren es bereits 102.139 Siedler.

Deutsche wandern nach Russland aus

Tafel 3

Nach oft monatelangen, entbehrungsreichen Reisen kamen die Siedler an ihren Bestimmungsorten an. Aus dem Nichts entstanden ihre Siedlungen, streng nach Konfession getrennt und oft nach den zurückgelassenen Dörfern und Städten der Heimat benannt.

Die Siedler kamen vorwiegend aus Hessen und dem Südwesten Deutschlands – aus Baden, Württemberg, der Rheinpfalz und dem Elsass –, aber auch aus Danzig-Westpreußen und der Oberlausitz.



Auswanderungskarte von Deutschland nach Russland im 18. und 19. Jahrhundert.

Quelle: Ingenieurbüro für Kartographie J. Zwick, Gießen

Leistungen der Deutschen in Russland – Wirtschaftliche Blüte

Getreidespeicher im Wolgagebiet.

Jakob Weber (1870 – 1958): – oben: „Beim Kochen von Melonensirup"; – unten: „Kolonisten an der Wolga".

Der Aufbau einer Existenz war für die Siedler in den ersten Jahren sehr schwer: Das raue Klima und der anders beschaffene Boden brachten Missernten, Überfälle von Nomadenstämmen forderten Opfer.

Mit viel Gottvertrauen, Fleiß, Sparsamkeit und Opferbereitschaft konnten die Kolonisten diese harte Anfangszeit überwinden und im Laufe der folgenden Jahrzehnte einen außergewöhnlichen wirtschaftlichen Aufschwung bewerkstelligen. Die kulturelle und kommunale Autonomie als Teil der Privilegien ermöglichte den Kolonisten, das von ihnen gewünschte Eigenleben zu führen:

- Sie wählten Schulzen oder Oberschulzen, die der Gemeindeverwaltung vorstanden und die untere Gerichtsbarkeit ausübten.
- Deutsch war Verwaltungs-, Gerichts- und Umgangssprache.
- Sie bauten ihre eigenen Schulen mit Deutsch als Unterrichtssprache.
- Sie errichteten Kirchen nach ihren Vorstellungen, und der Gottesdienst wurde in deutscher Sprache gehalten.
- Sie pflegten in Familie und Dorfgemeinschaft die mitgebrachten Mundarten, Sitten und Gebräuche.

Der Kinderreichtum der deutschen Siedler führte schon in der zweiten Generation zu Landmangel. Daher wurde vom Privileg des Zukaufs von Land ausgiebig Gebrauch gemacht. Neue Ländereien in anderen Teilen des Russischen Zarenreiches wurden ausfindig gemacht. So kamen zu den ursprünglichen 304 Mutterkolonien 3.232 Tochterkolonien hinzu.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 lebten 1,7 Millionen Deutsche in Russland mit einem Landbesitz von 13,4 Millionen Hektar. Nur 4,4 Prozent der Deutschen lebten in Städten.

Aufgrund ihrer Leistungen genossen die deutschen Einwanderer in ganz Russland hohes Ansehen. Ihre Zuverlässigkeit und Ordnungsliebe, ihr Fleiß und ihre Sparsamkeit wurden von Russen, Ukrainern, Georgiern, Kasachen und anderen Völkern sehr geschätzt.

In dieser Atmosphäre der Anerkennung und Wertschätzung konnten die deutschen Kolonisten in den ersten einhundert Jahren nach ihrer Ansiedlung in Wohlstand und ohne Probleme mit ihren Nachbarn leben.

Landwirtschaft und Viehzucht sowie im Süden Weinbau waren die Haupterwerbszweige. Die Produkte waren von bester Güte und vor allem in den Städten sehr geschätzt.

Leistungen der Deutschen in Russland – Wirtschaftliche Blüte

Tafel 4

Teilnehmer der 10-jährigen Gründungsfeier der Katharinenfelder Winzergenossenschaft „Union“ 1918.

Das Bild von Viktor Hurr beschreibt den Überfall auf die Schwabenkolonie Katharinenfeld in Georgien am 27. August 1826. Bereits davor, am 9. und 10. Mai, waren die benachbarten Kolonien Annenfeld und Helenendorf überfallen worden.

Odessa – Zentrum der Schwarzmeerdeutschen und Symbol ihrer Kultur und ihres Wohlstands.

Handwerk und Industrie entfalteten sich zunächst im land- und hauswirtschaftlichen Bereich. Aufgrund der hervorragenden Qualität eroberten die Erzeugnisse bald den gesamten russischen Markt. So deckten im Jahr 1911 die deutschen Großbetriebe zur Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte 6,2 Prozent des gesamten russischen Bedarfs.

Auch in den Städten wie Moskau, Sankt Petersburg, Saratow, Odessa, Tiflis, Omsk und Taschkent, in denen nur ein geringer Teil der Deutschen lebte, prägten sie das wirtschaftliche und kulturelle Leben. Ihr Einfluss reichte von Gesetzgebung, Staatsführung und Militärwesen bis hin zu Wissenschaft und Kunst, Architektur, Technik und Wirtschaft.

Bis heute erinnern die St. Michaels- und die St. Peter-und-Paul-Kirche in St. Petersburg oder die „Deutsche Vorstadt“ in Moskau, der „Lutherische Hof“ in Odessa und die „Deutsche Straße“ in Saratow an das Wirken der Deutschen.

Kultureller Aufschwung – Verkehrung ins Gegenteil

Die Kirchen

Das kirchliche Leben hatte für die Kolonisten eine ganz besondere Bedeutung.

Ihre evangelischen, katholischen und mennonitischen Kirchengemeinden standen zwar unter dem Schutz der Zaren, wie es in den Privilegien verbrieft war, sie hatten aber keinen Anspruch auf materielle Unterstützung. Auch eine Hilfe aus der Heimat war wegen des Missionierungsverbots für die christlichen Westkirchen im Russischen Reich nicht möglich.

Dadurch waren die Gemeinden auf die Opferbereitschaft der Gläubigen angewiesen. Neue Theologen zu bekommen, war schwierig, die wenigen Geistlichen wurden daher von den Lehrern tatkräftig unterstützt.

Es entwickelte sich bei den Deutschen in Russland eine kulturgeschichtlich wohl einmalige Gemeinschaftsform zwischen bürgerlicher und kirchlicher Gemeinde, die wiederum eine tragende Säule bei der Identitätswahrung war. Damit sind auch die zahlreichen und prächtigen Kirchenbauten selbst in kleineren Siedlungen zu erklären.

Die Kirchen von Messer (oben) und Schäfer, von Artjom Uffelmann bei einer Wolgareise 2012 aufgenommen im nassen Kollodiumverfahren, einem Negativ-Verfahren aus der Frühzeit der Fotografie.

Die Schulen

Das Schulwesen der Deutschen nahm in Russland ebenfalls eine Sonderstellung ein.

Die Schulfrage war weder im Manifest Katharinas noch in seinen Durchführungsbestimmungen enthalten, weil es in Russland bis Anfang des 20. Jahrhunderts kein staatliches Schulwesen gab.

So waren die Kolonisten sich selbst überlassen und schufen aus dem Nichts ein später für ganz Russland vorbildliches Schulsystem. Die deutschen Einwanderer waren sich vom ersten Tag der Ansiedlung an dessen bewusst, dass derjenige, der seine Muttersprache nicht mehr spricht, seine nationale Identität verliert.

Schulträger waren neben Stiftungen und Schulvereinen die Kirchengemeinden. In jeder Siedlung gab es eine 4-klassige Grund- oder Elementarschule. Schon bald entstand als Modell für alle deutschen Kolonien eine weiterbildende Schulart, die Zentralschule, in der auch die Lehrerausbildung stattfand. Später kamen Lehrer- und Predigerseminare, Gymnasien sowie Handels- und Landwirtschaftsschulen dazu. Auch zwei deutsche Taubstummenanstalten wurden eingerichtet.

Zeit der Reformen
Abschaffung der Sonderrechte

Die Blüte des Deutschtums in Russland fand mit Alexander II. (1855 – 1881) ein jähes Ende. Er war nach dem verlorenen Krimkrieg (1853 – 1856) gezwungen, weitgehende innenpolitische Reformen einzuführen, die das Leben und die Rechtsstellung der Deutschen in Russland tiefgreifend veränderten. Die bei der Ansiedlung „auf ewige Zeiten“ gewährten Privilegien wurden aufgehoben und die Deutschen allen anderen Bürgern des Russischen Reiches gleichgestellt. Besonders schwer wirkten sich dabei die Aufhebung der Selbstverwaltung und die Ausdehnung der Wehrpflicht auch auf die Deutschen aus, was vor allem die Mennoniten sehr schwer traf.

Zar Alexander III. (1881 – 1894) steigerte die begonnene Russifizierung der Deutschen noch beträchtlich: In den deutschen Schulen wurde 1891 in allen Fächern die deutsche Sprache abgeschafft und die

Die evangelische Kirche in der ehemaligen deutschen Siedlung Annenfeld (heute Schamkir) im Südkaukasus (Aserbaidschan).

Kultureller Aufschwung - Verkehrung ins Gegenteil

russische eingeführt. So war die Bewahrung der deutschen Identität auf die Kirchen und Familien beschränkt.

Trotz einer vorübergehenden Erleichterung im Zuge der so genannten Kleinen Revolution (1905 – 1907) gewann die russisch-chauvinistische und panslawistische Bewegung immer mehr Einfluss auf die russische Politik. Die Ablehnung und der Hass gegen die Deutschen – vor allem ihre Leistungen und Erfolge – wurden bei der russischen Intelligenz und beim Besitzbürgertum immer stärker.

Die Kirche von Kamenka (Wolgagebiet).

Lehrer und Schüler 1915 in Alt-Rotowka, Gebiet Rostow am Don.

Die ehemalige Mädchenschule in Chortitza am Dnjepr.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges

bedeutete für die Deutschen in Russland die erste Katastrophe in ihrem Bestand als Volksgruppe. Während 300.000 deutsche Männer in die russische Armee eingezogen wurden, setzte man die Deutschen zu Hause schwersten Repressionen aus; so durfte in der Öffentlichkeit und in der Kirche nicht mehr deutsch gesprochen werden. Es kam zu Ausschreitungen und Pogromen gegen die Deutschen.

Durch die „Liquidationsgesetze“ von 1915 wurden über 150.000 Wolhyniendeutsche, die im Frontbereich an der Westgrenze Russlands lebten, enteignet und nach Sibirien verschleppt.

Die Anwendung dieser Gesetze auf alle Deutschen westlich des Urals war bereits verfügt, kam aber wegen der bürgerlichen Februarrevolution (1917) und des Sturzes von Zar Nikolaus II. (1894 – 1917) nicht mehr zur Ausführung.

Oktoberrevolution und Folgen

Als am 7. November 1917 die Kommunisten unter Lenin und Trotzki die Macht an sich rissen, machten sie den Weg für Diktatur und Terror frei.

Während des Bürgerkrieges (1918 – 1922) wurden Tausende von Deutschen enteignet und ermordet. Viele Deutsche entschlossen sich unter diesen Umständen zur Auswanderung nach Nord- und Südamerika.

Eine weitere Maßnahme, von der viele Deutsche hart getroffen wurden, war die entschädigungslose Enteignung von Grund und Boden sowie die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche.

Vorübergehende Erleichterungen

Die verheerenden wirtschaftlichen Folgen dieser rigorosen Enteignungs- und Verfolgungspolitik zwangen die Kommunisten zu einem vorübergehenden Kurswechsel.

Die „Neue Ökonomische Politik“ (1921 – 1928) brachte auch den Deutschen eine gewisse Erleichterung und Hoffnung auf eine bessere Zukunftsperspektive insbesondere durch

- die Wiederzulassung von Privatbetrieben in Stadt und Land
- und die Wiedereinführung der deutschen Sprache in den deutschen Schulen.

Vor allem die Gründung der „Autonomen Sozialistischen Republik der Wolgadeutschen“ (ASSRdWD) im Jahre 1924 sowie die Bildung von insgesamt 16 eigenen deutschen Landkreisen und rund 3.000 Gemeinden in der Ukraine, auf der Krim, im Kaukasus, im Südural, in Westsibirien, Kasachstan und Kirgisien mit deutscher Amtssprache wurden als Zeichen einer Normalisierung gewertet.

1915: Pflichtbewusste und loyale Kolonisten aus Katharinenfeld im Transkaukasus als Soldaten der russischen Armee.

Durch gravierende Fehler der politisch Verantwortlichen in der Sowjetunion kam es zu Beginn der 1920er und 1930er Jahre zu verheerenden Hungersnöten in weiten Teilen des Landes. Hilfe konnte nur aus dem Ausland erwartet werden.

Kolonistenhaus in Wolhynien.

1930er Jahre: Lehrer und Schüler in Marienheim, Ukraine.

Verschärfung der Repressionen

Unmittelbar auf diese Jahre der Hoffnung folgte jedoch von 1928 bis 1932 die so genannte Entkulakisierung und Kollektivierung.

Daraus resultierte die endgültige Vernichtung des freien Bauerntums, indem nach der Enteignung des Großgrundbesitzes (1917) jetzt auch die mittelständischen Bauern enteignet und in den hohen Norden Russlands, nach Sibirien und Kasachstan deportiert wurden.

Da die Deutschen in der Mehrzahl mittelständische Bauern waren, traf sie diese Maßnahme besonders hart.

Gleichzeitig begann die Verfolgung der Kirchen aller Konfessionen mit der Folge, dass die meisten Geistlichen und Lehrer aus den deutschen Siedlungen verhaftet, verschleppt oder exekutiert wurden.

Mit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland 1933 verstärkte sich der Verdacht der Kollaboration, dem die Russlanddeutschen ausgesetzt waren, zu einem wahren Kesseltreiben.

So wurden 1934 alle Russlanddeutschen vom sowjetischen Geheimdienst (GPU) für eine Deportation im Falle eines Konfliktes mit Deutschland listenmäßig erfasst.

Außerdem wurde die erst in den 1920er Jahren zugestandene administrative und kulturelle Autonomie der deutschen Landkreise und Gemeinden außerhalb der Wolgadeutschen Republik aufgehoben und Deutsch als Unterrichtssprache abgeschafft (1936 bis 1938).

Damit war auch das kulturelle Rückgrat der Deutschen gebrochen, und bis heute gibt es keine deutschsprachigen Schulen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Die Deutsche Autonomie an der Wolga — Tafel 7

Grundlegendes

Ab 1918 existierte die „Arbeitskommune der Wolgadeutschen“ bzw. das „(Autonome) Gebiet der Wolgadeutschen“; Anfang 1924 wurde daraus die „Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen“, abgekürzt: ASSRdWD.

1917 existierten mehr als 200 ländliche deutsche Siedlungen, die sich auf beiden Seiten der Wolga ober- und unterhalb der Regionalmetropole Saratow in den Kreisen Nikolajewsk und Nowousensk des Gouvernements Samara und in Atkarsk sowie in Saratow und Kamyschin, also im Gouvernement Saratow, befanden. Sie nahmen insgesamt eine Fläche von ca. 20.000 km² ein. Einige weit entfernte Siedlungen, wie Jagodnaja Poljana, blieben außerhalb der künftigen Autonomie.

Hungersnot an der Wolga

Die Politik des Kriegskommunismus 1918 – 1921 ruinierte nachhaltig die wirtschaftlichen Grundlagen der ländlichen Bevölkerung, die unter Gewaltandrohungen gezwungen war, große Mengen an Lebensmittel abzuliefern und für die Rote Armee Rekruten, Pferde und Futter bereitzustellen.

Das autonome Gebiet wurde zum Epizentrum der katastrophalen Hungersnot 1921 – 1922. Zur Linderung der Notlage ließ die Sowjetregierung die Tätigkeit ausländischer Hilfsorganisationen zu. In Deutschland führte der Reichsausschuss „Brüder in Not“ Sammelaktionen durch. Anfang 1922 durfte eine medizinische Hilfsexpedition des DRK ihre Tätigkeit u.a. in der Arbeitskommune aufnehmen.

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die im März 1921 eingeführte Neue Ökonomische Politik (NÖP) führte marktwirtschaftliche Elemente ein und setzte stabile Ablieferungsnormen für die Bauern fest, die nun, anders als bei den zuvor durchgeführten Requisitionen, über ihre Überschüsse frei verfügen konnten.

Auch von der Aufnahme andersethnischer Siedlungen und des zentral liegenden Kreises Pokrowsk in das Autonome Gebiet im Juni 1922 erhofften sich die örtlichen Funktionäre vor allem eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Nicht zuletzt aus außenpolitischen Erwägungen stimmte das Politbüro des ZK der Kommunistischen Partei im Dezember 1923 der Statuserhöhung des Gebiets (Aufwertung zu einer Autonomen Republik) zu.

Die NÖP führte zu einer raschen wirtschaftlichen Erholung der Deutschen Autonomie, in der bereits 1927 die Gesamtfläche des bewirtschafteten Landes und die Gesamtproduktion der Landwirtschaft 80% des Vorkriegsniveaus sowie die industrielle Produktion im Berichtsjahr 1927/28 bereits 88% der Vorkriegsleistung erreichten.

Kultur- und Bildungswesen

Auf Betreiben der Republikführung nahm im Herbst 1929 das Deutsche Staatliche Pädagogische Institut seine Tätigkeit in der Hauptstadt auf; zwei Jahre später folgte die Deutsche Landwirtschaftliche Hochschule. Darüber hinaus sorgte ein dichtes Netz von Fachoberschulen und Instituten für eine fachliche und akademische Ausbildung des Personals für das Schulwesen, die Kulturarbeit, Landwirtschaft und Industrie.

Das Zentralmuseum der ASSR der Wolgadeutschen wurde 1925 in der Republikhauptstadt eröffnet. Die 1930 erfolgte Verhaftung des Direktors Georg Dinges (1891 – 1932), der in der Verbannung starb, unterbrach die erfolgreiche Sammel- und Forschungstätigkeit.

Neben dem Zentralen Republikmuseum und -archiv gab es das Akademische Deutsche Staatstheater und zwei örtliche Bühnen in Marxstadt und Balzer, die Zentrale Republikbibliothek, den Deutschen Staatsverlag und das Republikradiozentrum. Zudem erschienen fast 30 Zeitungen und Zeitschriften und jährlich Hunderte Buchtitel in deutscher Sprache. Die künstlerische und literarische Intelligenz war in den Republikverbänden der bildenden Künste und der Schriftsteller vereinigt.

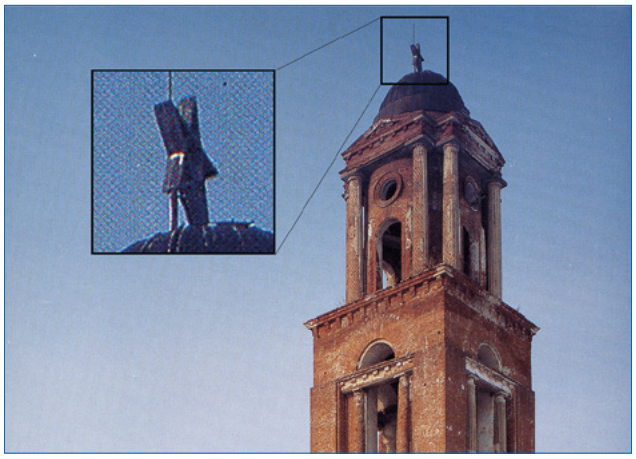
Niedergang und Auflösung

Zwischen 1928 und 1932 vollzog sich in der Sowjetunion der Übergang zu einer Mobilisierungsdiktatur. Die Zwangskollektivierung der Bauernwirtschaften, die restlose Enteignung der wohlhabenden Bauern („Kulaken“) und ihre Verbannung nach Kasachstan und in den Hohen Norden wurden rücksichtslos durchgesetzt.

Als direkte Folge dieser Politik brach 1932 – 33 erneut eine Hungerkatastrophe über das Land herein, die bis zu fünf Mio. Opfer forderte. Allein in der Wolgarepublik verhungerten in diesen zwei Jahren um die 45.300 Menschen. Mehrere tausend Bewohner der Republik fielen dem „Großen Terror“ der Jahre 1936 – 38 zu Opfer.

Die Liquidation der ASSR der Wolgadeutschen im August 1941 markierte den Übergang zu einer Verfolgung und Diskriminierung der gesamten Minderheit. Der Großteil des Territoriums der einstigen Republik fiel dem benachbarten Gebiet Saratow zu, der Rest ging an das Gebiet Stalingrad. Bis Ende 1941 wurden aus dem europäischen Teil der Sowjetunion 794.000 Deutsche nach Kasachstan und Sibirien deportiert. Ihr gesamtes Hab und Gut restlos konfisziert, man liquidierte nationale Bildungs- und Kultureinrichtungen und zerstörte Objekte der geistigen und materiellen Kultur.

(Nach Texten von Dr. Viktor Krieger)



Die evangelisch-lutherische Kirche von Warenburg, Wolga, aufgenommen Anfang der 1990er Jahre. Oben kann man noch den roten Stern erkennen, der nach der Entweihung der Kirche im Mai 1935 durch die Sowjets anstelle des Kreuzes angebracht wurde.

Das Pädagogische Institut in der Hauptstadt der Wolgarepublik, Engels.

Oft wird der Eindruck erweckt, die Verfolgung der Deutschen in Russland bzw. der Sowjetunion habe erst mit dem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 28. August 1941 „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen" begonnen. Davon kann jedoch keine Rede sein.

Immer wieder gedenkt die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland neben der Verbringung deutscher Frauen und Männer in die sowjetischen Zwangsarbeitslager auch des „Großen Terrors" in der Sowjetunion, der so genannten stalinistischen Säuberungen, die in den Jahren 1937 und 1938 ihren Höhepunkt hatten.

Unter dem Terror dieser Jahre hatten alle Völker der Sowjetunion zu leiden, in besonderem Maße aber Minderheiten wie Polen, Deutsche, Letten, Esten, Iraner oder Finnen. So stand dem Bevölkerungsanteil der Deutschen in der Sowjetunion von 0,8 Prozent ein Anteil an der Gesamtzahl der Verhafteten von 5,3 Prozent gegenüber.

Als Grund für die massenhafte Verfolgung von Minderheiten wird unter anderem die deutliche Wende in der sowjetischen Innenpolitik ab Mitte der 1930er Jahre mit einer zunehmenden Abkapselung vom Ausland genannt. Man argwöhnte, ausländische Staaten könnten durch nationale Minderheiten schädliche Einflüsse ins Land bringen.

- Bis zum 16.11.1937 wurden im Zuge der „Deutschen Operation" gegen 2.554 Personen Urteile gefällt; 2.294 dieser Personen wurden zum Tode, 74 zu zehn Jahren Lager und 168 zur Verbannung verurteilt.
- Zum 10.1.1938 war die Anzahl der zum Tode Verurteilten auf 8.597 angestiegen.
- Bis zum 15.11.1938 wurden Verfahren gegen 56.787 Personen durchgeführt. Davon wurden Urteile gegen 55.005 Personen verhängt. 41.898 Personen wurden zum Tod durch Erschießen, 10.247 zu zehn Jahren Haft, 1.913 zu fünf bis acht Jahren Haft im Besserungsarbeitslager verurteilt.
- Die meisten Todesurteile wurden gegen die Verhafteten in der Ukraine (18.005 Personen), in den Regionen Krasnodar (2.784) und Altaj (2.412) sowie in den Gebieten Nowosibirsk (2.548) und Leningrad (2.536) verhängt.

Die Historiker N. Ochotin und A. Roginskij kamen in ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass nach allen „nationalen" Operationen 335.513 Personen verurteilt wurden, davon 73,66 Prozent

Großer Terror: Vom 1. Januar 1936 bis zum 1. Juli 1938 in der UdSSR verhaftete Personen

A:Nationalität (Auswahl)	B: Zahl der Verhafteten	C: Anteil an der der Gesamtzahl der Verhafteten	D: Anteil der Nationalität an der Bevölkerung der UdSSR	Ungefähres Verhältnis C/D
Russen	657.799	43,6 %	58,4 %	0,75:1
Ukrainer	189.410	13,3 %	16,5 %	0,81:1
Polen	105.485	7,4 %	0,4 %	18,5:1
Deutsche	75.331	5,3 %	0,8 %	6,63:1
Weißrussen	58.702	4,1 %	3,1 %	1,32:1
Juden	30.542	2,1 %	1,8 %	1,17:1
Letten	21.392	1,5 %	0,1 %	15:1
Iraner	14.994	1,1 %	0,02 %	55:1
Esten	11.002	0,8 %	0,1 %	8:1
Finnen	10.678	0,7 %	0,1 %	7:1
Insgesamt	1.420.711	100 %	100 %	1:1

Viktor Hurr: Unruhige Zeiten.

Heinrich Brogsitter: „Tschorny Woron“ (der „Schwarze Rabe“, mit dem die zu Unrecht Beschuldigten in den 1930er Jahren abgeholt wurden).

zum Tode durch Erschießen. Bei der „Deutschen Operation“ lag dieser Anteil bei 76,17 Prozent. Nach ihren Berechnungen wurden 1937 – 1938 zwischen 69.000 und 73.000 Deutsche verurteilt, darunter 40.000 bis 41.000 nach „nationalen“ Operationen, 20.000 bis 22.000 im Zuge der „Kulaken-Operation“, der Rest durch Sonderberatungen des NKWD und Gerichte.

„Ich denke an das Jahr 1937, als Stalins Häscher im September in unser Dorf kamen und 54 Männer verhafteten und nach Sibirien verbannten. Keiner kam jemals wieder.

Ich war damals sieben Jahre. Je älter ich werde, desto mehr denke ich an diese Nacht. Was waren die letzten Gedanken meines Vaters? Wie ist er gestorben? Wo ist sein Grab? Wir hatten nicht einmal die kleinste Chance, uns vom Vater zu verabschieden. Noch heute nagt der Schmerz in unseren Herzen.

Es leben nicht mehr viele von der Erlebnisgeneration; ihre Nachfahren wissen nur wenig über diese schreckliche Zeit. Ich habe vergeben, vergessen kann ich jedoch niemals! Möge Gott unsere Klage hören und die Weltöffentlichkeit unsere Toten in ihre Gebete mit einschließen!“

Nelly Däs (1930 – 2021)

Viktor Hurr gab der Angst in den Zeiten des stalinistischen Terrors Ausdruck.

Nora Pfeffer: Die Ballade vom Besen

Die Dichterin, Publizistin und Übersetzerin Nora Pfeffer wurde am 31. Dezember 1919 in Tiflis, Georgien, geboren, war ab 1992 in Deutschland und starb am 15. Mai 2012 in Köln. Ihr autobiografisches Gedicht „Die Ballade vom Besen“ schrieb sie im Untersuchungsgefängnis von Tbilissi, in dem sie 1943 – 44 war, nachdem sie denunziert und vom NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) verhaftet worden war.

Ohne auf die konkreten Ursachen einzugehen, bringt das Gedicht in eindrucksvoller und berührender Weise die Trauer über das zum Ausdruck, was den Deutschen – und nicht nur ihnen! – in der Sowjetunion Stalins angetan wurde.

Woher konntet ihr wissen,
Hirsehalme,
was eure Bestimmung war,
als am silbernen Bach
der grüne Wind euch umschmeichelte?

Woher konntet ihr wissen,
Hirsehalme,
was eure Bestimmung war,
als man euch
zum goldgelben Besen zusammenband?

Und woher konntest du wissen, Besen,
was deine Bestimmung war
in der grauen Trostlosigkeit
der finsteren Zelle?...

Da wurde sie hereingestoßen –
nach Mitternacht –
die sonnenblonde Frau,
schreiende Verzweiflung
in den Augenhöhlen...
Nachts
lauschte sie in die Dunkelheit,
und ihr Herz begann zu flattern
in namenloser Angst
bei den sich nahenden Stiefeln.

Und vor der Tür verhielten die Schritte.
Ein Augenblick – Stille:
Zum Sprung holte aus das reißende
Tier:
Kurz – das Rasseln
des Schlüssels im Schloss!...

Und nach Stunden
wurde sie hereingeschleift...
Und nur der vergitterte Mond
strich für Augenblicke
mitleidig über die Erschöpfte...
Und schneckenhaft
krochen die Tage dahin,
da sie nicht schlafen durfte
nach der nächtlichen
Grausamkeit...

Und du sahest, Besen,
wie das Sonnengold ihres Haares
seinen Glanz verlor
und das Meeresblau ihrer Augen
vergraute...

Und einmal hörtest du
ihre zerrissenen Lippen flüstern:
„Ich bring dir das Tannenbäumchen,
mein Kind,
ich hab‘s dir versprochen,
mein Kind!“

Und du ahntest,
dass der schleichende Wahnsinn
schon wieder mal
Einlass begehrte
in die düstere Zelle.

Und plötzlich wusstest du,
was deine Bestimmung war:
Die Ahnungslose zu retten
aus ihrer höchsten Not.
Und du wusstest auch – wie!

„Brich ein Stäbchen von mir ab“,
rauntest du ihr zu,
„tröpfle Wasser
aus dem irdenen Krug
auf den Tisch
und kratze den Dreck von ihm ab!“

Und sie brach ein Stäbchen ab
und tröpfelte Wasser auf den Dreck
und kratzte
und schabte stundenlang...
Und sie hatte eine Beschäftigung.

Und auf einmal war da
ein grellgelber Fleck.
Und sie brach weitere Stäbchen ab
und kratzte und schabte
den Dreck vom Tisch...

Und es vergingen Tage,
bis sich der gelbe Fleck
über die ganze Tischplatte ergoss.
Und du sahst, wie ihre Augen
für Augenblicke
meeresblau schimmerten.
Und sie begann
den lehmigen Boden zu schaben.
Und darob vergingen Monate,
und dann war es ein kirschrot
lackierter Zementboden.

Und da verspürte sie
den Geschmack
von Kirschen
auf den Lippen.
Kaum wahrnehmbar –
das Lächeln um ihren Mund...

Sie freute sich
am Rot und am Gelb...

Du, guter Besen,
hattest jedoch
keine Stäbchen mehr.
Aber –
du freutest dich sehr...

Kultureller Aufschwung – Verkehrung ins Gegenteil

Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen“ (Auszug) Moskau, Kreml, 28. August 1941

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH! 24. Jahrgang.

Nachrichten

Organ des Gebietskomitees der KPdSU(B) und des Obersten Sowjets der ASSRdWD, des Stadtkomitees der KPdSU(B) und des Stadtsowjets der Deputierten der Werktätigen von Engels

Nr. 204 | Sonnabend, den 30. August 1941 | Preis 15 Kop.

ERLASS

DES PRÄSIDIUMS DES OBERSTEN SOWJETS DER UNION DER SSR

Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen

Laut genauen Angaben, die die Militärbehörden erhalten haben, befinden sich unter der in den Wolgarayons wohnenden deutschen Bevölkerung Tausende und aber Tausende Diversanten und Spione, die nach dem aus Deutschland gegebenen Signal Explosionen in den von den Wolgadeutschen besiedelten Rayons hervorrufen sollen.

Über das Vorhandensein einer solch großen Anzahl von Diversanten und Spionen unter den Wolgadeutschen hat keiner der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen, die Sowjetbehörden in Kenntnis gesetzt, folglich verheimlicht die deutsche Bevölkerung der Wolgarayons die Anwesenheit in ihrer Mitte der Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht.

Falls aber auf Anweisung aus Deutschland die deutschen Diversanten und Spione in der Republik der Wolgadeutschen oder in den angrenzenden Rayons Diversionsakte ausführen werden und Blut vergossen wird, wird die Sowjetregierung laut den Gesetzen der Kriegszeit vor die Notwendigkeit gestellt, Strafmaßnahmen gegenüber der gesamten deutschen Wolgabevölkerung zu ergreifen.

Zwecks Vorbeugung dieser unerwünschten Erscheinungen und um kein ernstes Blutvergießen zuzulassen, hat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR es für notwendig befunden, die gesamte deutsche in den Wolgarayons wohnende Bevölkerung in andere Rayons zu übersiedeln, wobei den Überzusiedelnden Land zuzuteilen und eine staatliche Hilfe für die Einrichtung in den neuen Rayons zu erweisen ist. Zwecks Ansiedlung sind die an Ackerland reichen Rayons des Nowosibirsker und Omsker Gebiets, des Altaigaus, Kasachstans und andere Nachbarortschaften bestimmt.

In Übereinstimmung mit diesem wurde dem Staatlichen Komitee für Landesverteidigung vorgeschlagen, die Übersiedlung der gesamten Wolgadeutschen unverzüglich auszuführen und die Versorgung der überzusiedelnden Wolgadeutschen mit Land und Nutzländereien in den neuen Rayons sicherzustellen.

1941 erfuhren die Russlanddeutschen stärker als jemals zuvor, dass sie trotz aller Beteuerungen des Systems nicht zu den gleichberechtigten Völkern der Sowjetunion gehörten.

Das wurde vor allem durch den Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 28. August 1941 „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen“ dokumentiert. Drei Jahre nach dem „Großen Terror“ und zwei Monate nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges am 22. Juni 1941 wurden die Wolgadeutschen darin ohne jeden Grund der Kollaboration mit dem angreifenden Deutschland bezichtigt.

„Die hysterische Angst vor Spionage und feindlichen Fallschirmjägern, die sich nach dem Angriff Hitler-Deutschlands entwickelt hatte, ließ Russlanddeutsche und deutschsprachige Emigranten leicht in den Verdacht geraten, Agenten der Gestapo oder der Abwehr zu sein. Dadurch kam es in den ersten Kriegswochen zu zahlreichen Verhaftungen.“ *(Dr. Viktor Krieger in der Informationsschrift der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, „Deutsche aus Russland gestern und heute“.)*

Der Deportationserlass vom 28. August 1941 ist zwar der bekannteste, aber bei weitem nicht der einzige. In einer Zusammenstellung kommt der russlanddeutsche Historiker Viktor Herdt auf rund 35 Erlasse, Verordnungen, Befehle und Beschlüsse, mit denen die Deportation der Russlanddeutschen mit größter Akribie geregelt wurde.

Betroffen waren schließlich alle Deutschen in der Sowjetunion, sieht man von denjenigen ab, die in dem Teil der Ukraine lebten, der damals von Hitlers Truppen besetzt war. Doch auch diese erlitten nach zwei Jahren relativer Ruhe ein Schicksal, das genauso tragisch war wie das ihrer Landsleute.

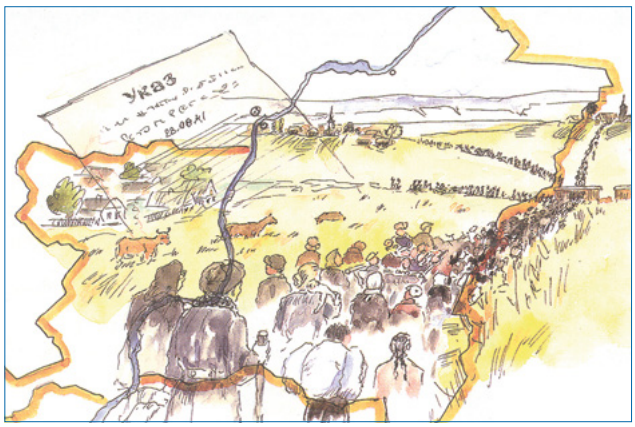
All diese Menschen wurden ohne jede Schuld zu Opfern. Ihr einziges Verbrechen bestand darin, dass sie Deutsche waren. Das allein genügte, um sie Tod und Verderben auszusetzen.

Laut Angaben des KGB der UdSSR wurden bis zum 25. Dezember 1941 894.626 Deutsche in der Sowjetunion zwangsweise umgesiedelt, die meisten aus der ASSR der Wolgadeutschen mit 374.717 Personen.

Aus ihren Siedlungsgebieten im europäischen Teil der Sowjetunion wurden sie unter menschenunwürdigen Bedingungen in die unwirtlichsten Gegenden des Riesenreiches im Osten und hohen Norden gebracht.

Bereits auf dem Weg dorthin, vor allem aber in den Zwangsarbeitslagern der sogenannten Trudarmee starben

Kultureller Aufschwung – Verkehrung ins Gegenteil



Alexander Wormsbecher: Der Erlass vom 28. August 1941.

Viktor Hurr: Deportation.

Hunderttausende Russlanddeutsche einen viel zu frühen und grausamen Tod, erlagen der Kälte und dem Hunger, mussten Schwerstarbeit leisten, bis sie mit ihren Kräften am Ende waren.

Territoriale Verschiebungen nach 1941

Vor dem II. Weltkrieg wohnten nur etwa 20% der Russlanddeutschen im asiatischen Teil der Sowjetunion. 50 Jahre später waren sie verstreut vor allem in Kasachstan und Kirgisien, in Sibirien und dem Ural anzutreffen.

Republiken und Regionen	Volkszählung 17. Jan. 1939	Volkszählung 12. Jan. 1989
UdSSR insgesamt	1.427.232	2.038.341
davon RSFSR	862.504	842.033
Unter anderem in:		
ASSR der Wolgadeutschen*	366.685	
Gebiete Saratow und Stalingrad (Wolgograd)	66.721	45.076
Nordkaukasus (ohne autonome Republiken)	109.994	52.453
Sibirien	105.391	470.763
ASSR Krim**	51.299	--
Ural	38.441	157.447
andere Regionen der RSFSR	123.673	116.294
Ukrainische SSR	392.458	37.849
Kasachische SSR	92.571	957.518
Aserbaidschanische SSR	23.133	748
Georgische SSR	20.527	1.546
Kirgisische SSR	11.741	101.309
Usbekische SSR	10.049	39.809
Weißrussische SSR	8.448	3.517
Turkmenische SSR	3.346	4.434
Tadschikische SSR	2.022	32.671
Armenische SSR	433	265
Moldauische SSR	--	7.335
Estnische SSR	--	3.466
Lettische SSR	--	3.783
Litauische SSR	--	2.058

Deportation der Deutschen in der Sowjetunion – Zeittafel

Tafel 11

Der nachstehende (unvollständige) Überblick zeigt, in welchem Umfang und mit welcher Genauigkeit die Deportation der Deutschen aus Russland in den einzelnen Gebieten der Sowjetunion geplant und durchgeführt wurde.
Von den Maßnahmen, die in dem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 28. August 1941 „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen" angekündigt wurden, waren keineswegs nur die Wolgadeutschen betroffen. Zu leiden hatten vielmehr alle Deutschen in der Sowjetunion, ganz gleich ob sie an der Wolga, am Dnjepr oder am Don, am Schwarzen Meer, auf der Krim oder im Kaukasus, in Wolhynien, in den Städten oder in Streusiedlungen wohnten.

Juni 1941: UNKWD (Verwaltung des Volkskommissariats des Innern) der Stadt und des Gebietes Moskau: Am 22. Juni sind alle deutschen Staatsangehörigen zu internieren. Staatenlose Personen deutscher Volkszugehörigkeit sind bei Vorliegen von kompromittierendem Material in Haft zu nehmen.

Juni 1941: UNKWD der Region Krasnojarsk: Anweisungen zur Internierung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit und zur Festnahme von Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen, wenn dafür ausreichend Material vorliegt.

22. Juni 1941: Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges – die Wehrmacht überfällt die Sowjetunion. Anweisungen zur Internierung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit.

28. Juni 1941: Direktive des NKWD und des NKGB (Volkskommissariat für Staatssicherheit) der UdSSR über die „Umsiedlung sozial-gefährlicher Elemente" aus Gebieten im Kriegszustand.

Juli 1941: 1.200 deutsche Arbeitssiedlerfamilien auf dem Territorium der Karelo-Finnischen SSR, die in den Jahren 1932-33 aus den Grenzgebieten der Ukrainischen SSR ausgewiesen worden sind, sollen in Anbetracht der Lage in die Komi ASSR umgesiedelt werden.

August 1941: Befehl des Kriegsrates der Südfront über die „Umsiedlung" der Deutschen aus dem Gebiet Dnjepropetrowsk.

August 1941: Befehl des Kriegsrates der Südwestfront über die „Umsiedlung" der Deutschen aus dem Gebiet Charkow.

August 1941: Deportation von 53.000 Deutschen von der Krim in den Nordkaukasus. Später werden sie mit nordkaukasischen Deutschen hinter den Ural ausgesiedelt.

26. August 1941: Befehl des Kriegsrates der Leningrader Front zur „Umsiedlung" von Deutschen und Finnen aus der Stadt und dem Gebiet Leningrad.

28. August 1941: Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen", der die Wolgadeutschen der Kollaboration mit dem Feind beschuldigt.

31. August 1941: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU über die Ukrainedeutschen; demnach müssen alle deutschen Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren in Arbeitslager im Ural und in Kasachstan mobilisiert werden. Über 18.600 Personen werden mobilisiert. Der schnelle Vormarsch der deutschen Truppen verhindert eine weitere Mobilisierung. Die mobilisierten Deutschen aus der Ukraine gehörten zum ersten Kontingent der Trudarmee.

August–September 1941: 96.000 Bürger finnischer und deutscher Nationalität werden aus Leningrad und Umland vertrieben.

3. – 20. September 1941: Deportation der deutschen Bevölkerung aus dem Wolgagebiet nach Sibirien und Kasachstan, die meisten mit 376.717 Personen aus der ASSR der Wolgadeutschen. Zum Wolgagebiet gehören außerdem die Gebiete Saratow (46.706 Deportierte), Stalingrad (26.245), Kujbyschew (11.101) und Astrachan (19.850). Am 7. September wird das Territorium der Wolgadeutschen Republik gemäß Beschluss des Präsidiums des Obersten Rates der Sowjetunion zwischen den Gebieten Saratow und Stalingrad aufgeteilt.

6. September 1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees über die Umsiedlung aus Moskau und Rostow.

6. September 1941: Befehl des Volkskommissariats des Innern über die Sicherstellung der Dokumente der Wolgarepublik.

7. – 8. September 1941: Befehl über die Entlassung aller Deutschen aus der Roten Armee und ihre Verlagerung in die Trudarmee. Bis zum Jahresende bilden etwa 15.000 Soldaten und Offiziere der Roten Armee deutscher Nationalität das zweite Kontingent der Trudarmee.

21. September 1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR über die „Umsiedlung" der Deutschen aus den Regionen Krasnodar und Ordschonikidse, dem Gebiet Tula sowie der Kabardino-Balkarischen und Nord-Ossetischen ASSR.

Deportation der Deutschen in der Sowjetunion – Zeittafel

22. September 1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR über die „Umsiedlung“ von Deutschen aus den Gebieten Saporoschje, Stalino und Woroschilowgrad.

September 1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees über die „Umsiedlung“ von 11.500 Deutschen aus dem Gebiet Kujbyschew.

September – Oktober 1941: Befehl des Kriegsrates der Westfront über die „Umsiedlung“ der Deutschen aus dem Gebiet Kalinin.

8. Oktober 1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR über die „Umsiedlung“ der Deutschen aus dem Gebiet Woronesch.

8. Oktober 1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR über die „Umsiedlung“ der Deutschen aus der Georgischen, der Aserbaidschanischen und der Armenischen ASSR.

15. Oktober 1941: Befehl des NKWD der UdSSR über die „Umsiedlung“ der Deutschen aus dem Gebiet Gorkij.

22. Oktober 1941: Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR über die „Umsiedlung“ der Deutschen aus der Dagestanischen ASSR und der ASSR der Tschetschenen und Inguschen.

25. Dezember 1941: Bis zu diesem Zeitpunkt sind 894.626 Deutsche in der UdSSR (nach anderen Angaben 949.829) deportiert und in Sondersiedlungen eingewiesen worden.

10. Januar 1942: Beschluss über die Masseneinziehung der Deutschen zur Trudarmee. Massenhafte Mobilisierungen erfolgen außerdem nach

den Beschlüssen vom 14. Februar 1942 und vom 7. Oktober 1942 (jetzt werden auch Frauen zur Trudarmee einberufen) sowie vom Mai bis September 1943. Die Trudarmee existiert offiziell bis zum März 1946, viele Deutsche müssen jedoch viel länger in ihren Mobilisierungsorten bleiben. Mehr als 316.000 deutsche Männer und Frauen werden mobilisiert, etwa 70.000 von ihnen kommen ums Leben.

9. März 1942: Befehl des Kriegsrates der Leningrader Front über die „Umsiedlung“ der Deutschen aus dem Gebiet Leningrad.

7. Januar 1944: Befehl über die Verhaftung der Volksdeutschen, die sich auf dem Territorium der UdSSR befinden, das von der deutschen Besatzung befreit worden ist. Ihr Vermögen wird beschlagnahmt, die verhafteten Volksdeutschen sind in das Sonderlager Tschernogorsk des NKWD der UdSSR der Eisenbahnverwaltung Krasnojarsk einzuweisen.

Januar 1945: Sondersiedlungen erhalten rechtlichen Status, Sonderkommandanturen werden gegründet.

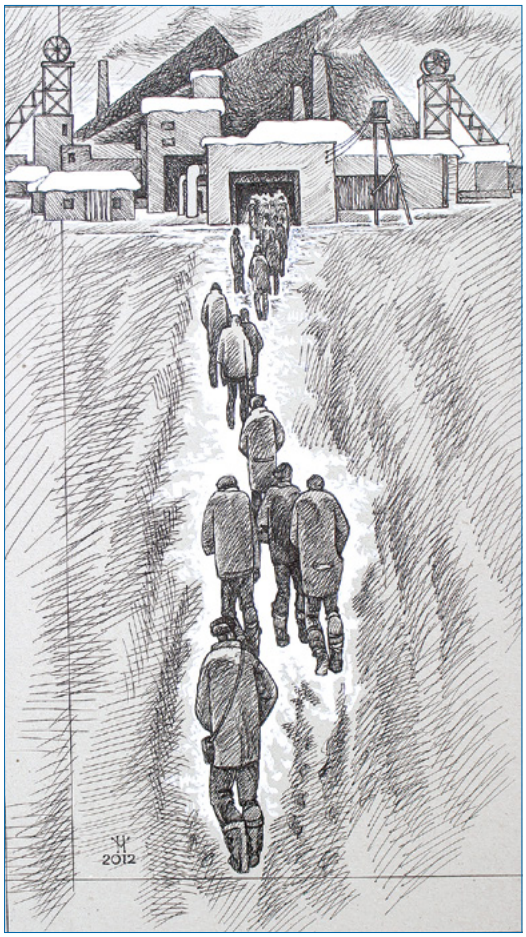
Dezember 1948: 590.977 deutsche Sondersiedler sind im Arbeitseinsatz; etwa 272.000 in der Landwirtschaft, 66.450 in der Kohleindustrie, 44.066 in der Holz- und Papierindustrie, 20.171 in der Eisenhüttenindustrie, 26.095 im Ministerium für örtlich geleitete Industrie, 25.392 im Ministerium des Innern, 14.542 in der Erdölindustrie, 16.789 auf Bauobjekten für Schwerindustrie.

26. November 1948: Beschluss „Über strafrechtliche Verantwortung für die Flucht aus den Orten der obligatorischen und ständigen Ansiedlung der während des Vaterlandskrieges in die entfernten Gebiete der Sowjetunion ausgesiedelten Personen“. Die Maßnahme sieht 20 Jahre Zwangsarbeit vor.

13. Dezember 1955: Beschluss „Über die Aufhebung der Beschränkungen in der rechtlichen Lage der Deutschen und deren Familien, die in Sondersiedlungen untergebracht sind“. In ihre früheren Orte dürfen die Deportierten jedoch nicht zurück.

29. August 1964: Beschluss „Über Änderungen im Beschluss des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR vom 28. August 1941 ‚Über die Übersiedlung der im Wolgagebiet lebenden Deutschen‘“. Die Wolgadeutschen werden von den „unbegründeten Beschuldigungen“ der Kollaboration mit dem Feind zwar befreit, aber eine Rückkehr in ihre Vorkriegswohnorte sowie die Wiederherstellung ihrer Autonomie sieht der Beschluss nicht vor.

3. November 1972: Beschluss „Über die Aufhebung der ehemals für bestimmte Bürgerkategorien vorgesehenen Einschränkungen in der Wahl des Wohnortes“. Russlanddeutsche erhalten 31 Jahre nach der Deportation das Recht, in ihre Vorkriegswohnorte zurückzukehren.



Viktor Hurr: Weg zur Kohlengrube.

Viktor Hurr: Brief aus der Arbeitsarmee.

TRUDARMEE (Arbeitsarmee; russ. trudarmija)

ist ein euphemistischer Terminus für ein besonderes System der Zwangsarbeit, das in der Sowjetunion in den Jahren 1941 – 1946 vor allem für russlanddeutsche Jugendliche, Männer und Frauen aufgebaut wurde.

Nach der Liquidation der ASSR der Wolgadeutschen und der Verbannung der deutschen Minderheit in den asiatischen Teil des Landes und ihrer weitgehenden Entrechtung nach dem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 28. August 1941 schuf man für die Deutschen des Landes eine neue Lagerkategorie – eine Zwitterkonstruktion, gedacht für rekrutierte Bauarbeiter und Strafgefangene, wobei sie in der Lagerstatistik keine Erwähnung fanden.

Merkmale der Zwangsarbeitslager:

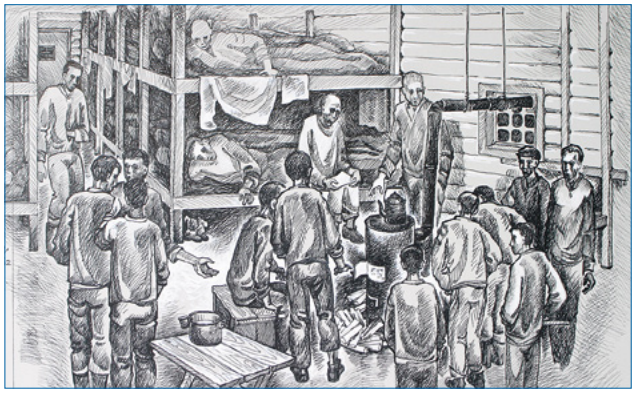
- Unterbringung in von Stacheldraht umgebenen Baracken;
- Arbeitseinsatz und Freizeit unter militärischer Bewachung;
- Essens- und Verpflegungsrationen nach den Normen des GULag;
- Verbot jeglicher nicht gebilligter Kontakte mit der zivilen Bevölkerung.

Die Aushebung durch örtliche Kriegskommissariate des Verteidigungsministeriums und ihre Unterstellung unter die Kriegsgerichtsbarkeit verlieh dieser Kategorie Züge einer militärischen Rekrutierung: Eigenmächtiges Verlassen des zugewiesenen Einsatzortes wurde nicht als Flucht, sondern als Desertion bezeichnet und entsprechend geahndet.

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR vom 10. Januar 1942 über die Richtlinien für den Einsatz deutscher Umsiedler im wehrpflichtigen Alter von 17 bis 50 Jahren (Auszüge):

- Alle deutschen Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren, die für körperliche Arbeit tauglich und in die Gebiete Nowosibirsk, Omsk, die Regionen Krasnojarsk und Altaj und in die Kasachische SSR ausgesiedelt worden sind – etwa 120.000 Personen -, werden für Arbeitskolonnen für die gesamte Dauer des Krieges mobilisiert.
- Das NKWD der UdSSR wird beauftragt, die Sachen in Bezug auf die in den Einberufungs- oder Sammelstellen zum Abtransport nicht erschienenen Deutschen sowie in Bezug auf die in Arbeitskolonnen Befindlichen für Disziplinverletzung und Arbeitsverweigerung, Nichterscheinen trotz Mobilisierungsbefehl und für Desertion aus den Arbeitskolonnen im Sonderkollegium des NKWD der UdSSR zu verhandeln und in den härtesten Fällen die Höchststrafe zu verhängen.

Baracken im Zwangsarbeitslager Tscheljabinsk in den 1940er Jahren.



Viktor Hurr: In der Männerbaracke im Arbeitslager.

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR vom 14. Februar 1942 über die Mobilisierung deutscher Männer im wehrpflichtigen Alter von 17 bis 50 Jahren mit ständigem Wohnsitz in den Gebieten, Regionen, autonomen und Unionsrepubliken (Auszug):

- Alle deutschen Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren, die für körperliche Arbeit tauglich sind und ihren ständigen Wohnsitz in den Gebieten Archangelsk, Wologda, Iwanowo, Molotow, Penza, Rjazan, Swerdlowsk, Tambow, Tschita, Tschkalow, Jaroslawl, Kirow, Nowosibirsk, Omsk, Kujbyschew und Irkutsk, den Regionen Primorje, Chabarowsk, Altaj und Krasnojarsk, der Baschkirischen und Mordwinischen ASSR, der ASSR der Mari, der Tatarischen, Udmurtischen, Tschuwaschischen und Burjat-Mongolischen ASSR, der Komi ASSR, der Kasachischen, Turkmenischen, Tadschikischen, Kirgisischen und Usbekischen SSR haben, werden für Arbeitskolonnen für die gesamte Dauer des Krieges mobilisiert und dem NKWD der UdSSR zum Einsatz beim Bau von Eisenbahnen zugewiesen.

Viktor Hurr: Wachturm im Zwangsarbeitslager.

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR vom 7. Oktober 1942 über eine zusätzliche Mobilisierung von Deutschen für die Volkswirtschaft der UdSSR (Auszüge):

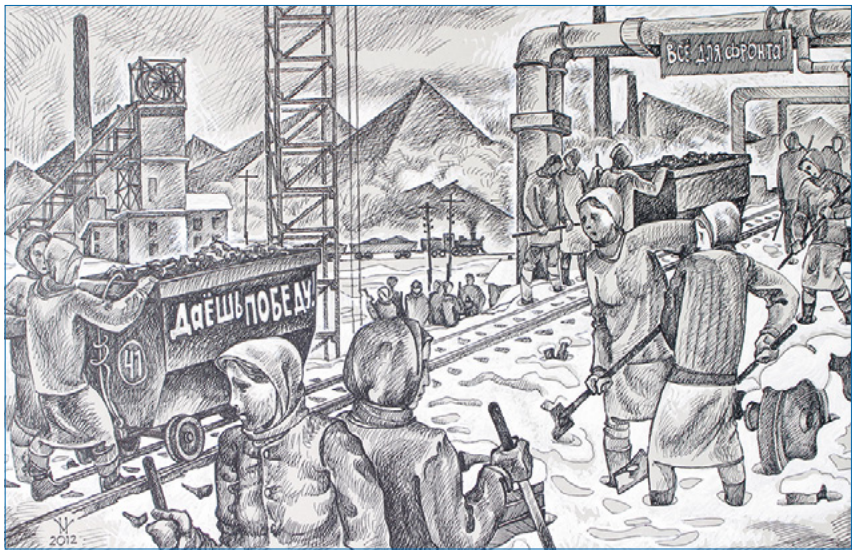
- Deutsche Männer im Alter von 15 bis 55 Jahren und tauglich für körperliche Arbeit ... werden zum Einsatz in den Arbeitskolonnen für die gesamte Dauer des Krieges zusätzlich mobilisiert.
- Zusätzlich wird eine Mobilisierung von deutschen Frauen ab 16 bis einschließlich 45 Jahre zum Einsatz in Arbeitskolonnen für die gesamte Dauer des Krieges vorgenommen. Von der Mobilisierung sind schwangere deutsche Frauen und Frauen mit Kindern unter drei Jahren freizustellen.

Die ankommenden Arbeitskräfte wurden in sog. Bautrupps eingeteilt, die ihrerseits aus Kolonnen bis zu tausend Mann und letztere aus Brigaden unterschiedlicher Größe bestanden. An der Spitze der Arbeitskolonnen standen andersethnische Vorgesetzte und Politoffiziere.

Andere Zwangsarbeiter wiederum kamen in schon existierende Straflager als Ersatz für in kämpfende Truppen überstellte oder vorzeitig entlassene Häftlinge. Dort wurden sie getrennt von den übrigen Häftlingen und der freien Belegschaft untergebracht und eingesetzt.

Die Gesamtzahl der deutschen Zwangsarbeiter lag bei etwa 350.000, d.h. dass sich jeder Dritte aus dieser Volksgruppe während des Krieges in Arbeitslagern befand. Die Einberufungsquote lag für Männer bei 80 bis 90 Prozent, für Frauen bei etwa einem Drittel der entsprechenden arbeitsfähigen Jahrgänge. Für Frauen, die weniger als drei Kinder bzw. keines unter drei Jahren hatten, lag die Einberufungsquote bei nahezu 100 Prozent.

Die deutschen Familien waren für viele Jahre getrennt. Tausende von



„Alles für den Sieg“ ist auf dem Kohlewagen zu lesen. Das Bild von Viktor Hurr illustriert, dass auch Frauen zur Zwangsarbeit unter schwersten Bedingungen verpflichtet wurden.

Viktor Hurr: Arbeitslager.

Jakob Wedel (1931–2014), „Die letzte Kraft“. Die Plastik, die im Detmolder Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte zu sehen ist, ist dem Leiden und Sterben russlanddeutscher Frauen in den sowjetischen Zwangsarbeitslagern gewidmet.

„Es wurden schon keine Einzelgräber mehr ausgehoben, sondern lange Gräben, wie Schutzgräben. Sie wurden immer länger. Spät am Abend lud man die Leichen wie Baumstämme auf Schlitten und fuhr sie in ein Massengrab, jeweils bis 20 Tote. Die Leichen wurden nackt, ohne Namen, nur mit einem Brettchen mit ihrer Nummer an den Füßen wie ein verendetes Vieh eingescharrt.

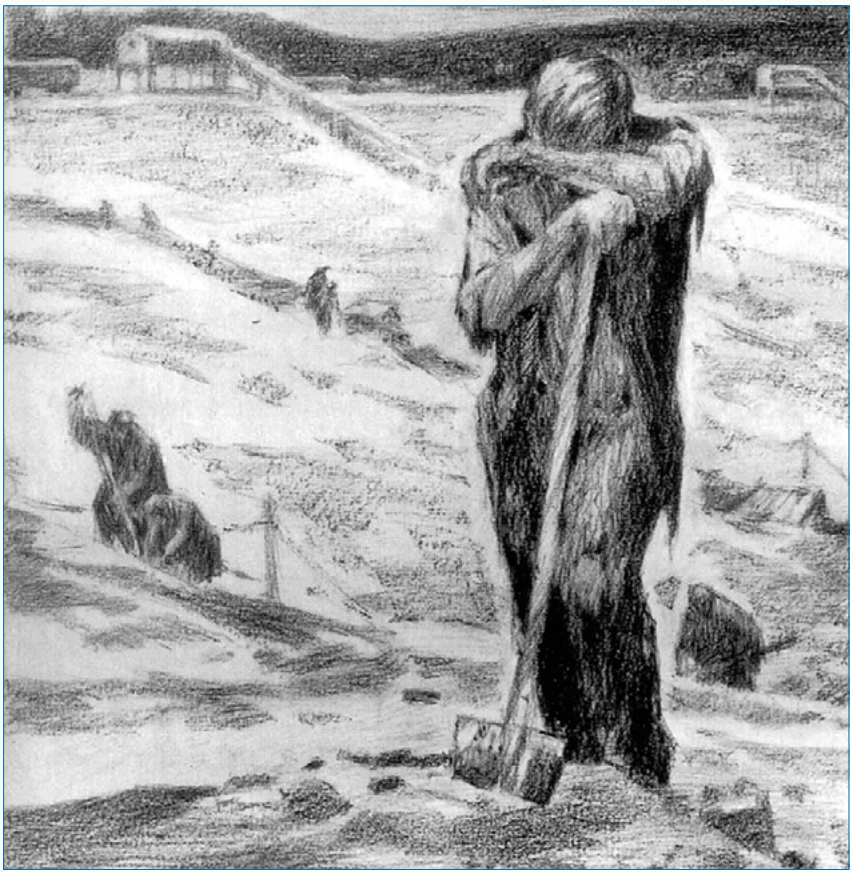
Die Menschen wurden zu Schatten. Auch mein Bruder Andrej. Er kam ins Lagerlazarett. Auf den Pritschen krümmten sich jämmerliche Geschöpfe. Der Hunger entzog den Menschen ihre Identität, verwandelte sie in nicht mehr unterscheidbare Skelette mit gelber Haut und nackten Schädeln. Andrej bat mich, ihn auf die andere Seite umzudrehen. Er lag auf der Pritsche, ohne Matratze, ohne Decke. Die Wattedecke, mit der er sich zudeckte, stank erbärmlich.

Ich drehte seinen leichten, fast trockenen Körper um und erschrak: Durch die wundgelegenen Stellen sah ich seine weißen Knochen. Am Morgen darauf war mein Bruder Andrej tot. Für mich hatte die Welt von dieser Stunde an ein anderes Gesicht bekommen.“

Gottlieb Eirich (1925 – 2016)

Kindern blieben ohne Aufsicht und Fürsorge. Viele von ihnen kamen in Kinderheime; sie erhielten andere Namen und konnten in der Folge ihre Eltern nicht mehr finden.

Insbesondere in den Jahren 1942 und 1943, als die Baustellen auf die Aufnahme dieser großen Anzahl von überwiegend bäuerlichen Häftlingen nicht vorbereitet waren, war die Sterblichkeit außerordentlich hoch. Sie trug genozidale Züge. So kam im Lager Wjatlag im Winter 1942 über ein Drittel der Lagerinsassen ums Leben. Selbst nach Statistiken des NKWD waren zum 1. Januar 1943 rund 26 Prozent der Arbeitsarmisten arbeitsunfähig. Eine verlässliche Zahl der Opfer lässt sich bislang nicht angeben; die Sterblichkeitsrate soll Hochrechnungen aus einzelnen Lagern zufolge nicht weniger als 20 Prozent betragen haben.

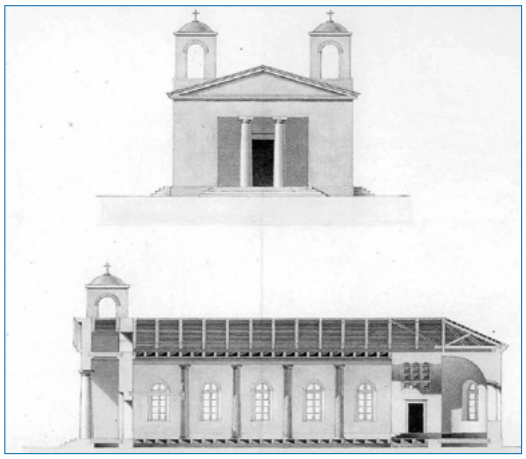


Zwei Bilder aus der Dokumentation des russlanddeutschen Malers Michael Disterheft (1921–2005), „In jenen Jahren. Requiem für alle Deportierten, Verbannten und Ermordeten“. Seine Texte zu den Bildern: – oben: „Ein Schritt nach links – ein Schritt nach rechts. Das gilt als Fluchtversuch. Also gibt es die ‚gesetzmäßige‘ Kugel in den Rücken.“ – unten: „Los, los! ‚Der Spaten ist kein Bagger...‘ Diese Worte waren überall und ständig zu hören.“

Glaubens- und Kirchenverfolgung in der UdSSR

Tafel 14

Die evangelische Kirche in der Schwazmeermetropole Odessa.



Entwurf der katholischen Kirche in der Schwarzmeerkolonie Rastadt, Bezirk Beresan, von 1828. 1830 wurde die Kirche gebaut.

„Ohne die Vertreter der christlichen Kirchen wären unsere Veranstaltungen – seien es nun Bundes- und Landestreffen, Delegiertenversammlungen oder Gedenkfeiern anlässlich der Deportation der Deutschen in der Sowjetunion – um vieles ärmer.

Der christliche Glaube gibt unserer Arbeit Ziel und Perspektive, mit der zentralen Wertschätzung des christlichen Glaubens haben wir aber auch einer historischen Verantwortung gerecht zu werden.

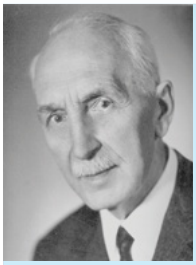
Es sind aber auch viele unter den Deutschen aus Russland, die unter Christentum und vor allem Kirche etwas Anderes verstehen als ihre einheimischen Nachbarn. Wie hier in Deutschland der Glaube gelebt wird, ist ihnen oft fremd, zu unpersönlich, zu kalt.

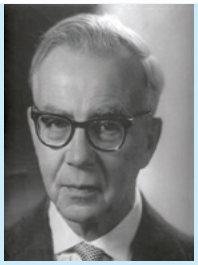
Wie sie denken und fühlen, passt vielleicht nicht in die Gegenwart, es kann jedoch den Kirchen Impulse geben, wieder verstärkt auf die Menschen und ihre Bedürfnisse einzugehen und sich weniger an Ritualen und Formellem zu orientieren.

Innerhalb der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland müssen wir leider feststellen, dass die Kontakte vonseiten der Kirchen lockerer geworden sind. Vielleicht lassen sie sich von der Auffassung leiten, die Integration, auch die religiöse, sei abgeschlossen.

Das mag auf Äußerlichkeiten zutreffen. Deutsche aus Russland können durchaus als Leistungsträger bezeichnet werden, sie haben herausragende Künstler und Sportler. Sie sind froh, ein Leben ohne Schikanen und Repressionen führen zu können. Was ihnen jedoch häufig fehlt, ist das Gefühl, mit ihrer Mentalität angenommen zu werden. Allzu oft müssen sie erleben, dass aus bedauerlichen Einzelfällen Gesamtvorwürfe konstruiert werden, die bei ihnen den Eindruck erwecken, doch nicht willkommen zu sein."

Der Bundesvorsitzende der LmDR, Johann Thießen, bei der Jahrestagung der Konferenz für Aussiedlerseelsorge der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im Januar 2019





Zwei Geistliche, die das Bild der LmDR in den ersten Jahren nach ihrer Gründung in entscheidender Weise geprägt haben:

Links: Heinrich Roemmich (geb. 1888 in Worms, Gebiet Odessa, gest. 1980 in Stuttgart) war der geistige Vater der LmDR. Er war Mitgründer und Vorsitzender des „Hilfskomitees der evangelisch-lutherischen Ostumsiedler", aus der auf seine Initiative die „Arbeitsgemeinschaft der Ostumsiedler" wurde, die 1955 in Landsmannschaft der Deutschen aus Russland umbenannt wurde. Pfarrer Roemmich war auch ihr erster (provisorischer) Vorsitzender 1950, ab 1952 Geschäftsführer, ab 1954 Sprecher, ab 1968 Ehrenpräsident und Berater auf Lebenszeit.

Rechts: Johannes Schleuning (geb. 1879 in Norka, Wolga, gest. 1961 in Braunschweig) war von 1952 bis 1957 als Sprecher und Vorsitzender der erste Mann der Landsmannschaft und danach ihr Ehrenpräsident. Schleuning wurde schon 1914 nach Sibirien verbannt, konnte aber nach der Februarrevolution von 1917 zurückkehren und die „Saratower deutsche Volkszeitung" herausgeben. Kam 1918 nach Deutschland, wo er Vorsitzender des Vereins der Wolgadeutschen wurde und vielen Landsleuten half. Er half auch während des Krieges und danach in Berlin und Brandenburg vielen Deutschen aus Russland, aber auch anderen Menschen als Pfarrer und Superintendent der evangelisch-lutherischen Kirche.

Glaubens- und Kirchenverfolgung in der UdSSR

Tafel 14

Anlässlich der Konstituierenden Sitzung der Arbeitsstelle Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz am 19. April 2012 in Frankfurt/Main nahm die Landsmannschaft Stellung zur Verfolgung des Glaubens und der Kirchen in der ehemaligen UdSSR:

„Für die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, die 1950 von Vertretern der evangelisch-lutherischen, katholischen, mennonitischen und baptistischen Kirche gegründet wurde, waren der christliche Glaube und die Zusammenarbeit mit den Kirchen von Анfang an Stützpfeiler ihres Wirkens.

Der christliche Glaube gibt unserer Arbeit Ziel und Perspektive, und ohne die Wertschätzung des christlichen Glaubens wären wir der religiösen Prägung großer Teile unserer Landsleute nicht gerecht geworden, für die Religion und Kirche im Mittelpunkt ihres Lebens stehen. Mit der zentralen Wertschätzung des christlichen Glaubens haben wir aber auch einer historischen Verantwortung gerecht zu werden: Wir dürfen nämlich niemals vergessen, dass die religiösen Gemeinschaften in der Sowjetunion Stalins systematisch vernichtet wurden, um die kommunistische Weltanschauung als einzige zuzulassen und sie mit allen staatlichen Mitteln zu fördern.“

Zum Ausmaß der Kirchenverfolgung in der UdSSR führt der Historiker Dr. Alfred Eisfeld in einer Stellungnahme für den Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ aus:

„Geistliche (‚Kultdiener‘) wurden bereits 1930 der Schicht der grundbesitzenden Bauern (Kulaken) in Bezug auf Besteuerung und Entzug des Wahlrechts zugerechnet.

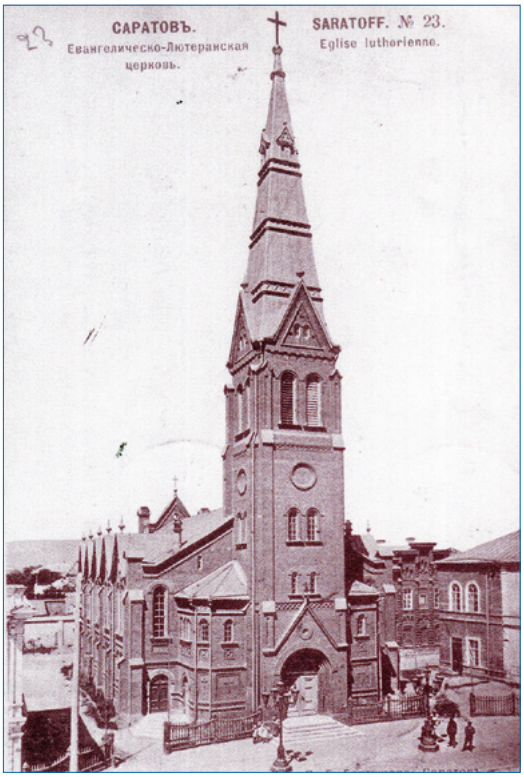
Die Bekämpfung der Kirchen und Religionen wurde ab Sommer 1937 verstärkt im Rahmen des Befehls des NKWD Nr. 00447 ‚Über Operationen zwecks Repressierung ehemaliger Kulaken, Krimineller und anderer antisowjetischer Elemente‘ und der so genannten nationalen Linien geführt. Ab Juli 1937 wurden Geistliche aller Religionen systematisch verhaftet, überwiegend zum Tode oder zu langjährigen Strafen mit Einweisung in Arbeitslager verurteilt.

In den Jahren 1937 bis 1938 wurden ca. 200.000 Geistliche und Laien repressiert und circa 100.000 hingerichtet.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat 1918 – 1938 250 Metropoliten, Erzbischöfe und Bischöfe verloren, davon 50 allein 1937.

Die Römisch-Katholische Kirche in der UdSSR hat in den Jahren 1918–1939 601 Priester verschiedener Volkszugehörigkeit verloren. Von ihnen kamen 187 ums Leben, das Schicksal von 168 Priestern, die in Gefängnisse und Lager eingewiesen wurden, ist bislang nicht geklärt; 92 blieben nach der Abbüßung der Strafen am Leben und in der UdSSR; 154 haben nach der Entlassung aus den Gefängnissen, Straflagern und der Verbannung die UdSSR verlassen und emigrierten ins Ausland. Die Katholische Kirche stellte 1939 ihre Tätigkeit in der UdSSR ein. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in der UdSSR hat in den Jahren 1918–1938 317 Kirchen und 856 Bethäuser verloren. Etwa 200 Pastoren wurden zu Gefängnis- und Lagerhaft verurteilt, davon kamen 37 ums Leben. Über 100 Pastoren gingen ins Ausland. Die letzten Kirchen wurden 1939 geschlossen. Die Kirche hörte auf zu existieren.

Die Bekämpfung der jüdischen, moslemischen, buddhistischen und freikirchlichen Gemeinschaften und Priester verlief zeitgleich und mit ähnlichen Folgen.“



Evangelisch-lutherische Kirche (oben) und katholischer Dom in Saratow, Wolgagebiet.

Verbannung auf „ewige Zeiten“ – Sonderkommandantur

Tafel 15

Im Flüchtlingstreck von der Ukraine in den Warthegau.

Bei der Zwangsarbeit 1946 in Orsk, Gebiet Orenburg, Ural.

Im Bergbau Kimpersai in Batamschinsk, Gebiet Aktjubinsk, Kasachstan.

Rund 350.000 Deutschen, vor allem in der Ukraine, blieb das Schicksal der Deportation zunächst erspart, weil die deutschen Truppen so schnell vorgestoßen waren, dass den sowjetischen Behörden keine Zeit zur Deportation geblieben war. Diese Menschen zogen dann 1943/44 mit der zurückweichenden deutschen Front in langen Trecks westwärts. Sie wurden im Wartheland bei Posen (Poznan) und Litzmannstadt (Lodz) angesiedelt und erhielten im Wege der Einzeleinbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit.

Nach Kriegsende wurden sie von sowjetischen „Repatrierungskommandos“, die überall nach Russlanddeutschen fahndeten, erfasst und in die Sowjetunion verschleppt, wo sie „wegen Verrats der sozialistischen Heimat“ zu lebenslanger Verbannung und Zwangsarbeit verurteilt wurden.

Insgesamt wurden in den Jahren 1941 bis 1945 1,1 Millionen Deutsche aus dem europäischen Teil der Sowjetunion in Gebiete östlich des Urals deportiert. Selbst die schon in Sibirien und im asiatischen Teil der UdSSR lebenden Deutschen wurden in Zwangsarbeitslager verschleppt und unter „Sonderkommandantur“ gestellt.

Trotz Kriegsende im Mai 1945 änderte sich das Schicksal dieser Geschundenen nicht.

Im Gegenteil: Mit dem Dekret des Obersten Sowjets vom 26. November 1948 wurden die Deportierten auf „ewige Zeiten“ den Deportierungsorten zugewiesen. Sie wurden unter Sonderkommandanturaufsicht gestellt; bei unerlaubtem Verlassen dieser Orte drohte ihnen Zwangsarbeit bis zu 20 Jahren. Personen, die ihnen bei der Flucht halfen, wurden zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

So fristeten die Russlanddeutschen auch nach dem Krieg ein Leben als Arbeitssklaven, als Ausgestoßene, die nicht einmal eines Personalausweises würdig waren, sondern lediglich einen „Deportierungsschein“ bekamen, der sie gegenüber jedermann als „Faschisten“ abwertete.

Deutsch konnte ausschließlich in der Familie gesprochen werden, die Kinder durften nur russische Kindergärten und Schulen besuchen; eine Weiterbildung war völlig ausgeschlossen.

In der Öffentlichkeit wurden die Deutschen totgeschwiegen und als Volksgruppe ignoriert, obwohl sie mit etwa 2 Millionen Menschen unter den 100 Nationalitäten der UdSSR die 14. Stelle einnahmen.

In dieser entwürdigenden Trostlosigkeit mussten die Russlanddeutschen noch zehn Jahre nach Ende des II. Weltkrieges schuldlos ihr Dasein fristen.

Erst am 10. März 1955 erhielten Sondersiedler in der UdSSR endlich ihre Pässe, die ihnen seit Kriegsende vorenthalten worden waren.

Drei Monate nach dem Besuch des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, in Moskau im Spätsommer 1955 folgte aus Moskau der Ukas vom 13. Dezember 1955, mit dem die Meldepflicht bei der Kommandantur für Deutsche und ihre Familien aufgehoben wurde, die immer noch in Sondersiedlungen festgehalten wurden.

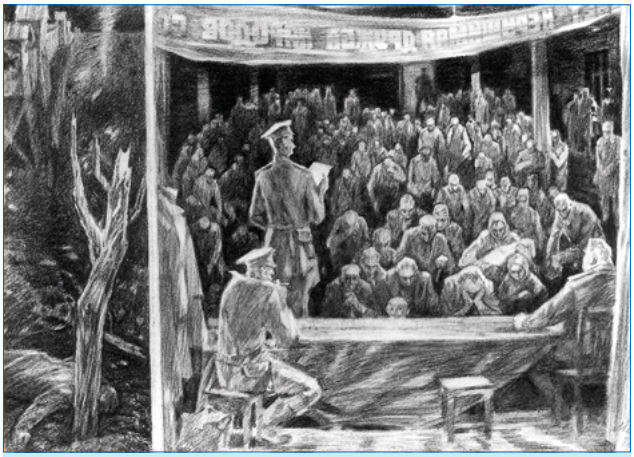
Das war theoretisch eine Verbesserung ihrer Rechte. In der Praxis aber blieb ihre Lage auch mehr als zehn Jahren nach Kriegsende und über 14 Jahre seit ihrer Verbannung weiterhin trostlos:

Verbannung auf „ewige Zeiten“ – Sonderkommandantur

In der Verbannung 1954 in Beresniki, Gebiet Perm, Nordural.

Viktor Hurr: Neuer Wohnort in Kasachstan.

- Es vergingen noch Monate, bis der Ukas in ihren Verbannungsorten bekannt wurde.
- Sie erhielten nichts von ihrem konfiszierten Vermögen zurück.
- Eine Wiederherstellung der Autonomie oder eine Rückkehr in ihre Heimatorte an der Wolga, im Kaukasus, auf der Krim oder in der Ukraine blieben ihnen weiterhin verwehrt.
- Auswanderungen nach Deutschland bewegten sich alljährlich – außer 1951, als 1.721 Deutsche ausreisen durften – in der Nähe der Nullgrenze oder fanden überhaupt nicht statt.



Michael Disterheft: „Sondersiedlung, auf ewig‘“. Disterheft schreibt dazu:

„Der schwarze Tag, der 28. November 1948. Man verliest den Erlass des Obersten Sowjets der UdSSR über die Sondersiedlung, auf ewig‘ der deportierten Völker. Im Saal herrscht Grabesstille, die ab und zu vom Aufstöhnen der Frauen unterbrochen wird. Die Männer stehen, unfähig, ein Wort herauszubringen, und schweigen.

Dieser Erlass zerstörte das Schicksal von Millionen Menschen; er erhob Gewalt und Genozid zum Gesetz und rechtfertigte sie. Die Sondersiedler waren nun der ‚legitimen‘ Ablehnung ihrer Mitbewohner ausgesetzt. Man misstraute ihnen, verdächtigte sie und hasste sie sogar.“

Auszug aus dem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 26. November 1948

Zwecks Festigung des Siedlungsregimes für die vom Obersten Machtorgan der UdSSR während des Zweiten Weltkrieges zwangsausgesiedelten Tschetschenen, Karatschajer, Inguschen, Balkaren, Kalmücken, Deutschen, Krimtataren u.a. sowie in Anbetracht der Tatsache, dass bei ihrer Verschickung die Geltungsdauer ihrer Aussiedlung nicht bestimmt worden ist, wird festgelegt, dass die o.g. Personen in diese fernen Regionen auf ewig ausgewiesen sind; ihnen wird das Recht auf Rückkehr in die früheren Siedlungsorte aberkannt.

Für den eigenmächtigen Wegzug (die Flucht) aus den Orten ihrer Pflichtansiedlung sind die Schuldigen zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit zu ziehen. Als Strafzumessung für dieses Verbrechen sind 20 Jahre Zwangsarbeit anzusetzen.

Personen, die sich der Verbergung der aus den Orten der Pflichtansiedlung Geflüchteten schuldig gemacht bzw. Personen, die ihnen die Flucht ermöglicht haben, wie auch Personen, die sich dadurch schuldig machen, dass sie den Umgesiedelten die Rückkehr in deren früheren Siedlungsorte genehmigen oder ihnen bei der Einrichtung in den früheren Siedlungsorten helfen, unterliegen einer strafrechtlichen Verfolgung. Diese Verbrechen sind mit fünf Jahren Freiheitsentzug zu bestrafen.

Bilanz des Schreckens

Im Schicksal der Russlanddeutschen spiegelt sich, wie in keinem anderen Volk, der erste Zivilisationsbruch der europäischen Geschichte wider, der mit der Machtergreifung der Bolschewiki eingeleitet wird und mit dem untrennbar das Wort „GULag" verbunden ist:

- wahllose Erschießungen im Bürgerkrieg;
- Lebensmittelrequisitionen, die den millionenfachen Hungertod 1921 – 22 verursachten;
- restlose Enteignungen der Bauernschaft;
- Deportationen und Zwangsarbeit für mindestens zwei Millionen wohlhabende Bauern („Kulaken");
- durch überstürzte Kollektivierung hervorgerufene Hungernot 1932 – 33, die wieder Millionen Menschen das Leben kostete;
- Kirchen- und Glaubensverfolgungen;
- Massenterror mit hunderttausendfachen Justizmorden und Einweisungen von Millionen ins Straflager;
- Deportationen ab 1935 und verstärkt nach Ausbruch des II. Weltkrieges;
- und und und...

Auf mindestens 20 Mio. Menschen beläuft sich die Zahl der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in der UdSSR.

Die Russlanddeutschen mussten unter diesen und vielen anderen Verbrechen überdurchschnittlich leiden. Nach einer eher konservativen Rechnung sind von 1917 bis 1948 etwa 480.000 deutsche Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer vorzeitig ums Leben gekommen: erschossen, erfroren, verhungert, an Entkräftung und Krankheiten gestorben.
Eine gravierende Zahl für eine Ethnie, die Anfang der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts lediglich um die 1,35 Millionen Menschen zählte.

Dr. Viktor Krieger

1914 – 1918: Insgesamt sollen im Verlauf des I. Weltkrieges etwa 200.000 russische Staatsbürger deutscher Herkunft Zwangsverschickung erleben. Wie viele die Strapazen der Aussiedlung, die lange Fahrt in den überfüllten Zügen und die Entbehrungen in den Bestimmungsorten nicht überlebt haben, lässt sich nicht einmal annähernd feststellen. **Auf jeden Fall handelt es sich um Tausende Menschenleben.**

1918 – 1922: Die Zahl der Hunger- und Bürgerkriegsopfer allein unter den Wolgadeutschen – innerhalb und außerhalb des Autonomen Gebiets, die Hungerflüchtlinge mit eingerechnet – wird auf 108.000 geschätzt. Für das Schwarzmeergebiet ist von 50.000 – 60.000 Toten auszugehen. **Unter Einbeziehung anderer Siedlungsräume in Sibirien, Zentralasien und Zentralrussland sind für diese Jahre mindestens 180.000 – 200.000 Opfer unter der russlanddeutschen Minderheit zu beklagen.**

1924: Eine weitere Hungersnot in der Wolgarepublik von weit geringerem Ausmaß als zwei Jahre davor **fordert etwa 5.000 Menschenleben.**

1928 – 1932: Übergang zur Zwangskollektivierung der selbständigen Bauernwirtschaften, einhergehend mit der restlosen Enteignung der wohlhabenden Bauern („Kulaken") und ihrer Verbannung nach Kasachstan und in den Hohen Norden. Die Kulakendeportationen betreffen bis zu diesem Zeitpunkt etwa

Bilanz des Schreckens

Tafel 16

Arbeitslager, Ural

50.000 Deutsche. **Mehrere tausend werden von der GPU (Geheimpolizei) verhaftet und abgeurteilt. Die Strafen reichen von dreijähriger Haft bis zum Erschießen.**

1932 – 1933: Hungerkatastrophe an der Wolga, in Kasachstan und in der Ukraine – Folge der überstürzten und unfreiwilligen Kollektivierung. **Insgesamt sterben nicht weniger als 100.000 Russlanddeutsche an den Folgen der Stalinschen „Umgestaltung der Landwirtschaft".**

1937 – 1938: Die sowjetische politische Strafjustiz verurteilt in diesen zwei Jahren 1.345.000 Personen, von denen 681.692 erschossen werden. Nach den bislang veröffentlichten Opferlisten und der Schätzung der russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial" **kostet der „Große Terror" etwa 55.000 Deutschen das Leben; weitere 20.000 landen im Straflager (GULag).**

1942: Durch geheime Beschlüsse des GKO vom 10. Januar, 14. Februar und 7. Oktober werden im Laufe des Krieges ca. 350.000 russlanddeutsche Jugendliche, Frauen und Männer zur Zwangsarbeit mobilisiert. **Dabei sind etwa 60.000–70.000 Lageropfer zu beklagen.**

1941 – 1945: In den Sondersiedlungsorten in Sibirien und Kasachstan kommen aufgrund miserabler Unterbringungsbedingungen und fehlender Lebensmittel **etwa 70.000 – 80.000 Deportierte ums Leben.**

1941 – 1948: Tausende und Abertausende – **man kann von nicht weniger als 15.000 – 20.000 Fällen ausgehen** – sterben in den Nachkriegsjahren in der Verbannung vorzeitig, vor allem wegen der Hungersnot 1946 – 47.
Zusammen mit den Umgekommenen in Zwangslagern und Sondersiedlungen werden die Verluste der russlanddeutschen Minderheit in diesen Jahren auf nicht weniger als 150.000 – 160.000 Menschen geschätzt.

Dr. Viktor Krieger

Entschädigung für ehemalige deutsche Zwangsarbeiter

In seiner Sitzung am 6. Juli 2016 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen, deutschen Staatsbürgern, die zwischen dem 1. September 1939 und dem 1. April 1956 Zwangsarbeit für einen ausländischen Staat verrichten mussten, einen symbolischen Anerkennungsbeitrag in Höhe von 2.500 Euro zu gewähren.
Von besonderer Bedeutung ist diese Entscheidung für deutsche Heimatvertriebene und (Spät-) Aussiedler, die unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit verrichten mussten und nur mit viel Glück und eisernem Willen überlebten.
Die LmDR begrüßt diese Entscheidung als humanitäre Geste mit Symbolgehalt, die einer größeren Öffentlichkeit bewusst macht, was viele Deutsche ohne jede Schuld zu erdulden hatten.
Wir schließen uns darüber hinaus der ursprünglichen Forderung des Bundes der Vertriebenen an, einen Entschädigungsfonds einzurichten, an dem sich auch Staaten beteiligen sollten, die Zwangsarbeit angeordnet haben, und Unternehmen, die von dieser Zwangsarbeit profitiert haben.

Pressemitteilung der LmDR

Kulturelle Wiederbelebung

Tafel 17

Nach der Volkszählung von 1989 bekannten sich rund 2 Millionen Deutsche in der damaligen Sowjetunion zu ihrem Volkstum. Es dürften aber tatsächlich mehr gewesen sein, weil zum Zeitpunkt der Erhebung das Bekenntnis zum Deutschtum noch mit persönlichen Risiken verbunden war.

Es grenzt an ein Wunder, dass die Russlanddeutschen trotz ihrer Verstreuung und ihrer über 50 Jahre dauernden sprachlichen und kulturellen Unterdrückung ihre Zugehörigkeit und ihr Bekenntnis zur deutschen Volksgruppe bewahrten.

Kaum waren die Kommandantur aufgehoben und die Rehabilitierung offiziell verkündet, fingen die Russlanddeutschen mit bescheidensten Mitteln an, ihre kulturelle Eigenständigkeit zu finden.

Nach dem Verbot der Autonomiebewegung entfalteten sie in den 70er und 80er Jahren eine im Westen kaum wahrgenommene kulturelle Aktivität, mit der sie ihre Landsleute in der gesamten Sowjetunion für die Volksgruppe motivierten und ihnen Mut und Zuversicht für die Zukunft vermittelten.

Das 1980 als Wanderbühne gegründete „Deutsche Schauspieltheater Kasachstan“ in Temirtau (später in Alma-Ata) übernahm in dieser „Volksgruppenpolitik durch Kultur“ die Rolle einer damals noch nicht bestehenden Volksgruppenvertretung.

Im Zuge von Perestroika und Glasnost waren die meisten Russlanddeutschen optimistisch bezüglich einer Verwirklichung der Autonomie und sahen für sich Zukunftsperspektiven im Land, was zum Teil wohl auch auf die allgemeine Welle der Hoffnung in der gesamten Sowjetunion zurückzuführen war.

Die ersten Verbände und zahlreiche kulturelle Vereinigungen der Russlanddeutschen waren Zeichen ihres Selbstbewusstseins und ihres großen Willens, die eigene kulturelle Identität zu bewahren und zu pflegen.

Denn: Hatten 1926 noch 95 Prozent der Deutschen in Russland Deutsch als Muttersprache angegeben und 1959 immerhin noch 75 Prozent, waren es 1989 nur noch 48 Prozent.

Das war nicht verwunderlich, da es ab 1938 keine deutschen Schulen mehr gab (mit Ausnahme der Deutschen Wolgarepublik mit 171 Schulen bis 1941) und die Deutschkenntnisse bei vielen Russlanddeutschen auf den Dialekt zurückgedrängt wurden, sofern er noch familiär vermittelt werden konnte. Und während des Krieges und unmittelbar danach war sogar der Gebrauch des Dialekts verboten.

Das Deutsche Schauspieltheater in Temirtau.

Festival der deutschen Kultur 1990 in Alma-Ata, Kasachstan: – oben: Auftritt der Gruppe aus Schdanowka (Orenburg); – unten: Schlussbild des Festivals.

Moskau, März 1989. Teilnehmer der „Wiedergeburt“ – Gründungskonferenz, darunter der Schriftsteller und Journalist Waldemar Spaar (2. von links), der Dichter und Pädagoge Reinhold Leis (2. von rechts) und der spätere Projektleiter der Wanderausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Jakob Fischer (rechts).

Als erste freie Organisationen der Deutschen in der ehemaligen Sowjetunion wurden gegründet:

- 1989 die zwischenstaatliche Vereinigung der Deutschen („Wiedergeburt“);
- 1990 der Internationale Verband der Russlanddeutschen;
- 1991 der Internationale Verband der deutschen Kultur.

Und obwohl in ihrer Entfaltung massiv unterdrückt, hinterließen die Deutschen auch im geistigen und gesellschaftlichen Leben nicht zu übersehende Spuren. Als einige Beispiele von vielen seien genannt:

- die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, **Boris Rauschenbach** und **Eugen Pinnecker**;
- die Mitglieder der Nationalen Akademie der Republik Kasachstan, **Erwin Gossen** und **Ernst Boos;**
- der bedeutende Komponist **Alfred Schnittke** und die weltberühmten Pianisten S**wjatoslaw Richter** und **Rudolf Kehrer**;
- die Olympiasieger im Gewichtheben, **Rudolf Pflugfelder** und **David Riegert**.

Kalender des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur (IVDK).

Alfred (links) und Viktor Schnittke.

Viktor Schnittke

Ich hab mich in fremde Sprachen verirrt,
zu fremden Stämmen gesellt.
Mit vierundzwanzig steh ich verwirrt
in einer fremden Welt.
Der Heimweg wird wohl ein weiter sein.
Ich fürchte, ich schaff es nicht.
Als Wegweiser da – ein beschriebener Stein,
dort – ein erloschenes Licht.

2013: Mitwirkende einer Veranstaltung mit Musik von Alfred Schnittke und Poesie von Viktor Schnittke. Organisiert wurde die Veranstaltungsreihe vom Nürnberger Kulturbeirat zugewanderter Deutscher in Kooperation mit dem Nürnberger Haus der Heimat und der Ortsgruppe Nürnberg der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

Teilnehmer der zweiten Delegation der Russlanddeutschen, die 1967 in Moskau die Wiederherstellung der Wolgarepublik forderte.

Am 13. Dezember 1955 erließ das Präsidium des Obersten Sowjets der Sowjetunion ein Dekret, wonach die Kommandanturaufsicht und Zwangsarbeit aufgehoben wurden.

- Die Rückkehr in die ursprünglichen Heimatorte im europäischen Teil der Sowjetunion blieb jedoch verboten.
- Auch wurden die nationalen Rechte der Deutschen nicht wiederhergestellt.
- Sie mussten sich verpflichten, nie wieder in ihre ehemaligen Siedlungsgebiete zurückzukehren und keine Ansprüche auf das konfiszierte Eigentum zu erheben.

Als sich infolge dieses Dekretes etwa 200.000 Russlanddeutsche spontan für die Aussiedlung nach Deutschland entschieden, wurde ihnen auch das verweigert.

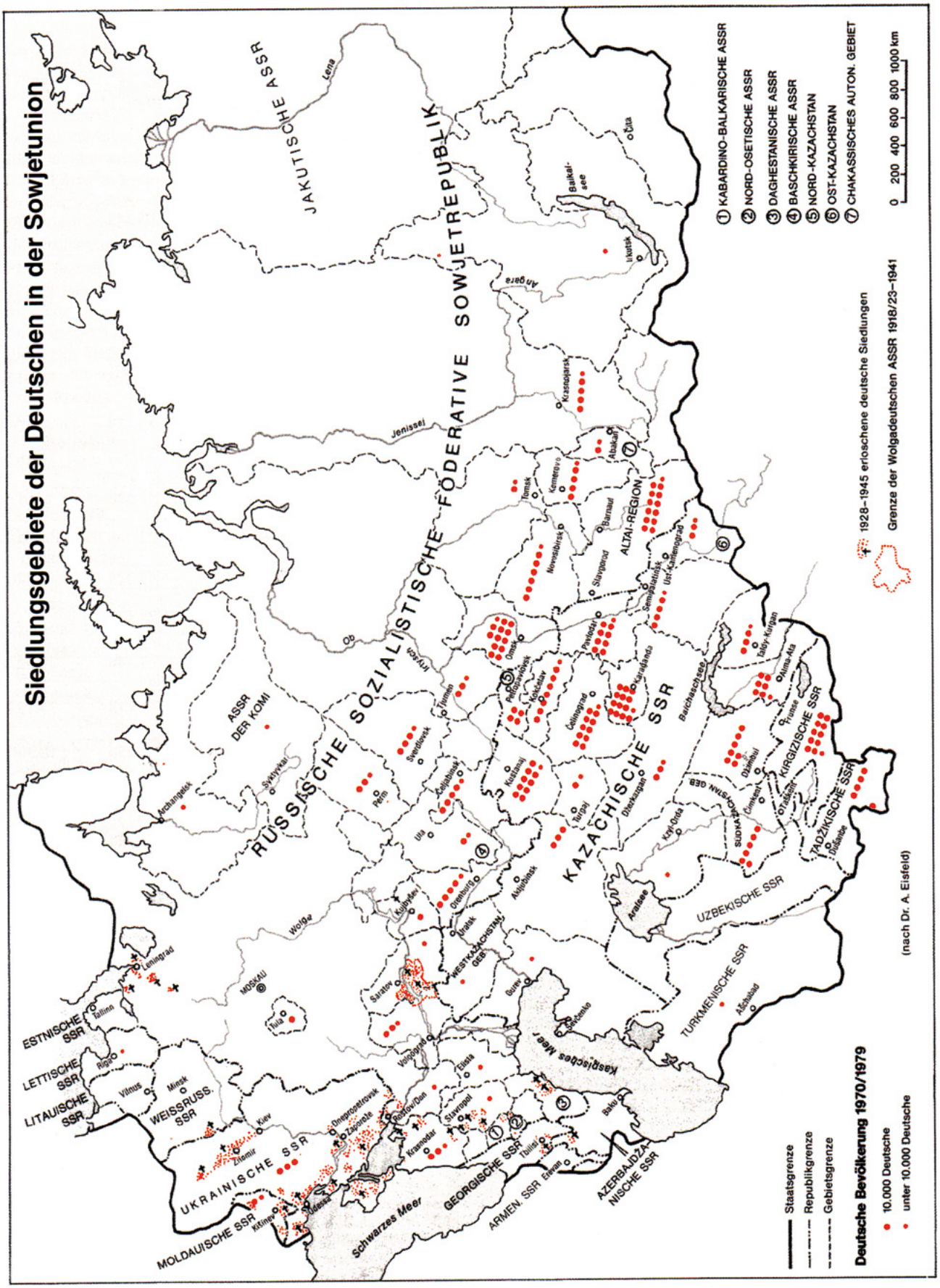
In der Öffentlichkeit und in der Presse wurden die Deutschen weiterhin totgeschwiegen. Die im Dekret zugesagte Hilfe für den „wirtschaftlichen Aufbau unter Berücksichtigung ihrer nationalen Besonderheiten und Interessen" wurde nicht ausgeführt.

Erleichterungen, aber die Schikanen gehen weiter

Trotzdem erleichterte das Dekret aufgrund der nun möglichen, wenn auch eingeschränkten Bewegungsfreiheit das Los der Russlanddeutschen.

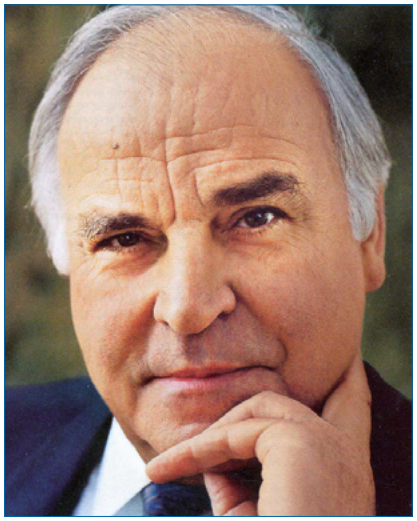
Die 1958/59 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR vereinbarte Ausreise der Russlanddeutschen zum Zwecke der Familienzusammenführung mit in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Verwandten ersten Grades brachte leider nur einen kurzfristigen Anstieg der Ausreisegenehmigungen.

Obwohl sich beim Deutschen Roten Kreuz innerhalb kurzer Zeit die Anträge zu Hunderttausenden türmten, durften zwischen 1959 und 1970 lediglich rund 15.000 Personen ausreisen. Die Genehmigungspraxis der sowjetischen Behörden war schleppend, willkürlich und schikanös.


Siedlungsgebiete der Deutschen in der Sowjetunion
RUSSISCHE SOZIALISTISCHE FÖDERATIVE SOWJETREPUBLIK
JAKUTISCHE ASSR
ASSR DER KOMI
KAZACHISCHE SSR
ALTAI-REGION
UKRAINISCHE SSR
WEISSRUSS. SSR
ESTNISCHE SSR
LETTISCHE SSR
LITAUISCHE SSR
MOLDAUISCHE SSR
GEORGISCHE SSR
AZERBAJDSCHANISCHE SSR
ARMEN. SSR
UZBEKISCHE SSR
TURKMENISCHE SSR
KIRGIZISCHE SSR
TADZIKISCHE SSR
WESTKAZACHSTAN GEB.
SÜDKAZACHSTAN GEB.
Schwarzes Meer
Kaspisches Meer
Aralsee
Baikalsee
Jenissei
Ob
Irtysch
Lena
Wolga
Angara
MOSKAU
Leningrad
Archangelsk
Sykytykar
Swerdlowsk
Perm
Tscheljabinsk
Ufa
Kuibyschew
Saratov
Wolgograd
Orenburg
Uralsk
Aktjubinsk
Kustanai
Petropawlowsk
Omsk
Tjumen
Tomsk
Nowosibirsk
Barnaul
Slawgorod
Semipalatinsk
Ust-Kamenogorsk
Pawlodar
Karaganda
Zelinograd
Tselinograd
Dshambul
Frunse
Alma-Ata
Taldy-Kurgan
Baschaschsee
Kyzyl-Orda
Dshezkasgan
Turgai
Kuibyschew
Krasnojarsk
Abakan
Irkutsk
Ulan Ude
Chita
Estland
Lettland
Litauen
Tallinn
Riga
Vilnius
Minsk
Kiew
Zhitomir
Dnjepropetrowsk
Saporoshje
Rostov/Don
Krasnodar
Stawropol
Tiflis
Baku
Eriwan
Aschabad
Sewtschenko
Guriev
Odessa
Kischinew
Tula
Kaluga
Smolensk
Pskow
Leningrad
Wolgograd
Saratow
Uralsk
Orenburg
Aktjubinsk
Kustanai
Petropawlowsk
Omsk
Tjumen
Tomsk
Nowosibirsk
Barnaul
Slawgorod
Semipalatinsk
Ust-Kamenogorsk
Pawlodar
Karaganda
Zelinograd
Dshambul
Frunse
Alma-Ata
Taldy-Kurgan
Baschaschsee
Kyzyl-Orda
Dshezkasgan
Turgai
Kuibyschew
Krasnojarsk
Abakan
Irkutsk
Ulan Ude
Chita
① KABARDINO-BALKARISCHE ASSR
② NORD-OSETISCHE ASSR
③ DAGHESTANISCHE ASSR
④ BASCHKIRISCHE ASSR
⑤ NORD-KAZACHSTAN
⑥ OST-KAZACHSTAN
⑦ CHAKASSISCHES AUTON. GEBIET
1928–1945 erloschene deutsche Siedlungen
Grenze der Wolgadeutschen ASSR 1918/23–1941
0 200 400 600 800 1000 km
(nach Dr. A. Eisfeld)
Deutsche Bevölkerung 1970/1979
10.000 Deutsche
unter 10.000 Deutsche
Staatsgrenze
Republikgrenze
Gebietsgrenze

Teilrehabilitierung – Autonomiebestrebungen Tafel 18

1989: – oben: Teilnehmer der Gründungskonferenz der Gesellschaft „Wiedergeburt“, deren oberstes Ziel die Wiederherstellung der Deutschen Wolgarepublik war.
– unten: Arbeitsgruppe bei der Gründungskonferenz. In der Mitte Josef Schleicher (1960 – 2016), langjähriger Projektleiter der landsmannschaftlichen Wanderausstellung und Verfasser des Standardwerkes zur russlanddeutschen Autonomiebewegung.



Unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Präsident Michail Gorbatschow öffneten sich für die Deutschen in der Sowjetunion die Tore in die Bundesrepublik.

Mit dem „Tauwetter“ in der Ostpolitik der 1960er Jahre entspannte sich die Lage der Russlanddeutschen ein wenig. Mit dem Dekret vom 29. August 1964 des Präsidiums des Obersten Sowjets wurden die Deutschen nach 23 Jahren von der pauschalen Beschuldigung des Verrats freigesprochen. Leider blieb diese längst fällige Rehabilitierung jedoch ohne die erhofften Folgen.

Nach dem bisher Erlittenen konnte das die Deutschen aber nicht abschrecken: Mit dem Mut der Verzweiflung brachten sie eine Bewegung zur Wiederherstellung der früheren Autonomie ins Rollen. Die Sicherheitskräfte des KGB erstickten aber sämtliche Aktivitäten mit immer härteren und brutaleren Mitteln bis zum ausdrücklichen Verbot aller Autonomiebestrebungen im Jahr 1968.

Der am 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR abgeschlossene Vertrag über gegenseitigen Gewaltverzicht brachte zwar eine Verbesserung des Klimas hinsichtlich der Deutschen im Allgemeinen und der Russlanddeutschen im Besonderen.

Doch außer einem vorübergehenden Anstieg der Ausreisegenehmigungen und der Einbeziehung der Russlanddeutschen in den Erlass der Regierung vom 3. November 1972 über die Gewährung der Freizügigkeit für alle Sowjetbürger gab es keine Verbesserung der Lage für die Volksgruppe. Auch die Unterzeichnung der Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) in Helsinki am 1. August 1975 durch die Sowjetregierung ergab keine konkreten Auswirkungen für die Deutschen in der UdSSR.

Erst Anfang der 1980er Jahre konnten die Russlanddeutschen mit ihrer Forderung nach Autonomie wieder in die Öffentlichkeit treten. So war es möglich, dass in den Jahren 1988 und 1989 drei Delegationen von Russlanddeutschen aus allen Teilen der UdSSR mit einer eindrucksvollen Zahl von Unterschriften in Moskau für die Autonomie vorstellig werden konnten.

Der Durchbruch in den deutsch-sowjetischen Beziehungen war schließlich mit dem von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Präsident Michail Gorbatschow 1990 abgeschlossenen „Abkommen über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR“ geschafft.

Die Familie Steinmark (Nach Angaben von Rose Steinmark) Tafel 19

Der Vorfahre von Rose Steinmark, Georg Steinmark, wurde 1732 in Ober-Seemen im heutigen Hessen geboren. Im blühenden Alter machte sich Georg Steinmark mit seiner Ehefrau Anna Barbara geb. Lantz und zwei Kindern (Gertrauda, geb. 1759, und Johannes, geb. 1765) per Schiff auf den Weg aus Lübeck nach Russland.

Die Familie ließ sich am 18. Juni 1767 in der wolgadeutschen Kolonie Dönhof nieder, die am 21. Juli 1766 gegründet und nach dem Anführer dieser ursprünglichen Siedlergruppe, Christian Dönhof, benannt wurde. Laut Volkszählung von 1767 erhielt die Familie von Georg Steinmark vom Vormundschaftskontor in Saratow „32 Rubel, 2 Pferde, 2 Zäune, 1 Pferdewagen, 3 Sätze Pferdeleine, 5 Sätze Seil, 1 Sense und 1 Krummholz".

Die Dorfbewohner waren größtenteils lutherischer Konfession.

Die Familie wuchs und gedieh, es kamen Kinder auf die Welt, wuchsen heran, heirateten, gründeten neue Familien und erwirtschafteten sich einen gewissen Wohlstand.

In den 1920er Jahren gab es im Dorf einen Genossenschaftsladen, eine landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft und eine Lesehütte.

Als die Dorfbewohner 1931 gegen die Beschlagnahmung der Ernte gerichtete Massenproteste organisierten, wurde ihr Aufstand durch Kräfte der OGPU (Geheimpolizei der Sowjetunion) niedergeschlagen und alle aktiv Beteiligten entkulakisiert und nach Kasachstan verbannt. Im gleichen Jahr wurden einige Dorfbewohner repressiert, weil sie angeblich eine die Kollektivierung untergrabende Zelle einer konterrevolutionären Aufstandsorganisation gegründet hatten. Diese Maßnahmen trafen auch die Familie Steinmark.

Auf der Suche nach einem besseren Leben gingen Großmutter Maria Katharina Steinmark (1910 – 1967) und Großvater Heinrich Haas (1910 – 1983) mit ihren Kindern Heinrich, Eugenia, Erna und Jakob in den Altai und kamen 1939 im Dorf Kamyschi, Bezirk Slawgorod, an. Das Leben schien sich zu normalisieren, in Kürze kamen aber neue Herausforderungen auf die Familie zu.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde Heinrich Haas im November 1941 in die Arbeitsarmee eingezogen und in das Gebiet Nowosibirsk verschickt. Die Jahre 1948 – 1954 verbrachte er in einer Sondersiedlung in der Region Krasnojarsk und durfte erst im April 1954 nach Kamyschi zurückkehren. In den schweren Kriegsjahren waren die Kinder auf sich selbst gestellt, weil die Mutter Maria Katharina für einige Jahre ins Gefängnis musste.

Rose Steinmarks Eltern Heinrich Steinmark (1930 – 2004) und Katharina Stettinger (1928) heirateten 1949 in Kamyschi und bekamen sechs Kinder. 1963 siedelte die Familie nach Kasachstan um und lebte dort bis 1975. Die Sehnsucht nach dem Ort, den sie als Kinder verlassen mussten, führte sie aber zurück an die Wolga. Sie landeten jedoch nicht in ihren Geburtsorten, sondern im Dorf Starizkoje, dem ehemaligen Reinwald, und lebten dort bis zur Auswanderung nach Deutschland (1993).

1914: Die Eltern des Großvaters von Rose Steinmark, Katharina geb. Lind und Konrad Haas, beide gestorben in Dönhof.

Die ehemalige luth. Kirche in Reinwald, erbaut 1913, dient heute als Dorfklub.

Mitglieder der Familie Steinmark um 1950 (jeweils von links): – 1. Reihe: Rose Steinmarks Vater Heinrich, Großmutter Maria Katharina und Großvater Heinrich Haas; – 2. Reihe: die Schwestern des Vaters, Frida, Eugenia und Erna, mit Ehemännern.

Kasachstan, 1967: Katharina und Heinrich Steinmark mit Kindern.

Die Familie Steinmark (Nach Angaben von Rose Steinmark) Tafel 19

Katharina und Heinrich Steinmark in Deutschland, 2003.

Mitte der 1980er Jahre: Rose Steinmark (vorne 2. von rechts) mit Schauspielern und Mitarbeitern des Deutschen Theaters in Temirtau.

Rose Steinmark selbst wurde 1951 in Kamyschi, Region Altai, geboren.

- **1969 – 1973:** Studium an der Fakultät für deutsche Sprache und Literatur der Pädagogischen Hochschule Nowosibirsk.
- **1973 – 1981:** Lehrerin für muttersprachlichen Deutschunterricht an der Mittelschule in der Kolchose „Trudowik", Kasachstan.
- **1981 – 1991:** Chefdramaturgin am Deutschen Theater in Temirtau/Alma-Ata. Studium der Theaterwissenschaft in Moskau, Riga und Alma-Ata (1983, 1984, 1986). Veröffentlichte diverse Beiträge zum Schaffen des Theaterensembles in Medien Kasachstans, Russlands und anderen postsowjetischen Republiken, arbeitete mit Dramatikern, Schriftstellern und Regisseuren zusammen.
- **1991 – 2000:** Tätigkeit am Staatlichen Fernsehen Kasachstans als Chefredakteurin, Drehbuchautorin und Moderatorin der deutschen Redaktion „Guten Abend!". Einige der Sendungen können auf der Internetseite www.wolgadeutsche.net angesehen werden. („Theater – ein Ort, wo man sterben lernt...", Russlanddeutsche Schriftsteller, „Hier bin ich geboren" u. a.)
- **2000:** Auswanderung nach Deutschland. Tätig als Dozentin für Integrationskurse an Sprachschulen in Mainz und Münster.
- **2014:** Ehrenpreis des Russlanddeutschen Kulturpreises des Landes Baden-Württemberg für die Erhaltung und Förderung des Kulturgutes der Deutschen aus Russland.

Die Autorin lebt zurzeit in Münster (NRW) und schreibt Beiträge zum Thema Theater, Literatur und Kultur der Russlanddeutschen. Mitglied der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und des Deutschen Verbandes der Pressejournalisten.

Rose Steinmark

Rose Steinmark, „Das Schicksal eines Theaters"

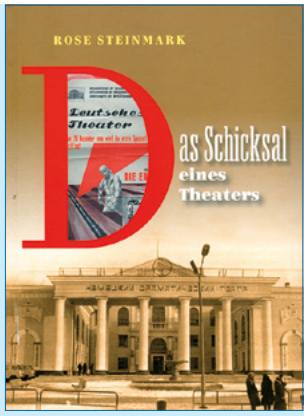
Rose Steinmark dokumentiert in ihrem Buch die Geschichte des deutschen Theaters in Russland und der Sowjetunion – in der Zwischenkriegszeit und vor allem der Nachkriegszeit.

Mit dem Deutschen Schauspieltheater Temirtau/Almaty in Kasachstan, das 1980 eröffnet wurde, war das Leben der Verfasserin zehn Jahre lang aufs Engste verbunden. Als Chefdramaturgin des Theaters, zuständig für die Dramaturgie, die Beziehungen zu den Autoren und Verlagen, die Kontakte zu anderen Theatern und der Presse, hat sie mit viel Herzblut und Leidenschaft maßgeblich dazu beigetragen, dass das Theater ein russlanddeutsches Profil bekam und sich verstärkt auf das russlanddeutsche Kulturerbe besann.

Neben zahlreichen anderen Abhandlungen steht die Wiederbelebung des deutschen Theaters in der Nachkriegszeit, diesmal in Kasachstan, dem größten Verbannungsgebiet der Deutschen in der Sowjetunion, im Mittelpunkt der Dokumentation.

Die Verfasserin nimmt ihre Leser mit auf Gastspielreisen nach Sibirien, Kasachstan und an die Wolga, geht mit ihnen auf die Tourneen in der Bundesrepublik 1989 und der DDR 1990.

Das Theater, als Kulturstätte für die Deutschen in der UdSSR gedacht, stand im Mittelpunkt der kulturellen und politischen Ereignisse rund um die Russlanddeutschen.



376 Seiten

ISBN: 978-5-9907539-5-2.

Die Familie Mangold (Nach Angaben von Dr. Wendelin Mangold) Tafel 20

Die Siedlung Selz im Schwarzmeergebiet mit der Kathedrale Mariä Himmelfahrt.

Der Vorfahre von Wendelin Mangold, Joseph Mangold, wanderte 1808 im Alter von 35 Jahren mit seiner Frau (34 J.) und den Söhnen Kaspar (13 J.) und Johannes (8 J.) aus Mothern/Weißenburg im Elsass nach Selz im Gebiet Odessa (Schwarzmeergebiet) aus.

Das 1808 gegründete Dorf Selz war wie die benachbarten Dörfer Kandel, Straßburg, Baden und Elsass Teil der deutschen Kolonie Kutschurgan. Im Gründungsjahr ließen sich in Selz Auswanderer aus dem Elsass, aus Baden und der Pfalz nieder.

Selz war ein katholisches Dorf, das zunehmend prosperierte. 1816 hatte es bereits 100 Bauernhöfe, eine Mühle, eine Schmiede, eine Schule, eine Sattlerwerkstatt und eine katholische Kirche. Später wurde Selz Kreiszentrum und war von 1924 bis 1939 Zentrum des deutschen Nationalen Rayons.

In Selz wurde der Bischof der römisch-katholischen Diözese Tiraspol, Anton Zerr (1849 – 1932), geboren. Hier wurde auch der Großvater von Wendelin Mangold, Michael Mangold, geboren und empfing mit seiner Frau das Sakrament der Ehe.

Mit den Bürgerkriegsunruhen in der Ukraine (1917 bis 1920) war auch das friedliche Leben in den deutschen Kolonien beendet. Die deutschen Kolonisten wehrten sich zwar gegen die Enteignung, konnten aber nicht verhindern, dass ihr gesamtes Vermögen konfisziert und die Kathedrale zerstört wurde. Vermögende wurden als Klassenfeinde betrachtet und verfolgt. Wer konnte, flüchtete ins Ausland. Auch der Großvater von Wendelin Mangold mütterlicherseits musste 1920 als vermögender Bauer flüchten und seine Frau und drei kleine Kinder für immer zurücklassen.

Seine Frau starb bald darauf vor Kummer, ihre Mutter wurde mit den drei Enkeln aus dem Haus gejagt. Wendelin Mangolds Großvater konnte daher nichts über das weitere Schicksal seiner zurückgelassenen Familie erfahren, wusste nichts von ihrer Flucht in den Warthegau 1944 und die Verschleppung in den Nordural 1945.

Ebenso tragisch war das Schicksal von Wendelin Mangolds Vater. 1915 in Mariental, Gebiet Saratow, Wolga, als Albert Barbiere geboren, starben seine Eltern während der Hungersnot an der Wolga zu Beginn der 1920er Jahre. In zwei Zügen wurden Kinder zu schwarzmeerdeutschen Familien in der Ukraine gebracht, um sie vor dem Hungertod zu retten. Albert Barbiere wurde vom kinderlosen Ehepaar Margarete und Michael Mangold adoptiert.

Michael Mangold mit Ehefrau Margarete, geborene Duttenhofer, im Jahr 1954.

Wendelin Mangolds Großvater mütterlicherseits, Wendelin Usselmann, im Alter von 47 Jahren mit seiner zweiten Frau in Toronto, Kanada.

Die Großmutter mit den drei zurückgelassenen Kindern; links Wendelin Mangolds Mutter Katharina Usselmann.

Katharina Mangold, geb. Usselmann.

Albert Mangold, geb. Barbiere

Sondersiedlung Tschurotschnaja im Gebiet Molotow/Perm.

Margarete und Michael Mangold lebten zu dieser Zeit in Neudorf/Schewtschenko, Rayon Rasdelnoje, Gebiet Odessa. Sie errichteten ein Steinhaus, legten einen Weinberg an, bauten Getreide an und züchteten Pferde. In dem Dorf gab es noch keine Schule, so dass Michael Mangold Analphabet blieb. Trotzdem war es für ihn eine schöne und glückliche Zeit, an die er sich immer gern erinnerte.

Die Eltern heirateten 1934. 1936 wurde Wendelin Mangolds Bruder Michael geboren, er selbst kam 1940 auf die Welt. 1944 musste sich die Familie im Zeichen des Zweiten Weltkrieges auf die gefährliche Flucht in den Westen begeben. Unterwegs kam der Bruder Heinrich zur Welt.

1945 wurde die Familie in Numsdorf, Kreis Teltow, Brandenburg, interniert und von dort in den Norden des Urals, in eine Waldsiedlung inmitten der Taiga verschleppt, die sie erst 1955 verlassen durfte. Hier gab es keinen Strom, keinen Verkehr, kein Krankenhaus, keine Bibliothek, keine Verbindung mit der Außenwelt und lediglich eine Grundschule, in der zwei russische Mädchen alle vier Klassen unterrichteten. Außer Bäumefällen im Wald gab es keine Arbeit. Im Ural wurden in der Familie Mangold drei weitere Kinder geboren.

Nach der Entlassung aus der Aufsicht durch die Sonderkommandantur zog die Familie 1956 nach Nowosibirsk und lebte in Baracken ohne Leitungswasser, Zentralheizung und sanitäre Einrichtung als Domizil verschleppter und verbannter Russlanddeutscher. Arbeit gab es nur auf dem Bau.

Wendelin Mangold erlebte in den Jahrzehnten nach dem Umzug die folgenden Stationen seines Lebens:

- **1962 – 1967:** Studium an der Fakultät für Deutsche Sprache und Literatur der Pädagogischen Hochschule Nowosibirsk.
- **1967 – 1990:** Dozent und Lehrstuhlleiter an der Pädagogischen Hochschule Koktschetaw, Nordkasachstan.
- **1979:** Promotion zum Dr. phil. in Moskau im Fachbereich Germanistik (deutsche Gegenwartssprache).
- **1988:** Aufnahme in den Verband der Schriftsteller der UdSSR (Sektion deutschschreibender Autoren).
- **1990:** Auswanderung nach Deutschland und anschließend bis zur Rente 2007 Tätigkeit bei der Seelsorge für katholische Aussiedler in Königstein im Taunus.

1956: Die Kinder der Familie Mangold. In der Mitte Alexander, hinten rechts Wendelin mit Johann auf dem Schoß und hinten links Heinrich mit Magdalene auf dem Schoß.

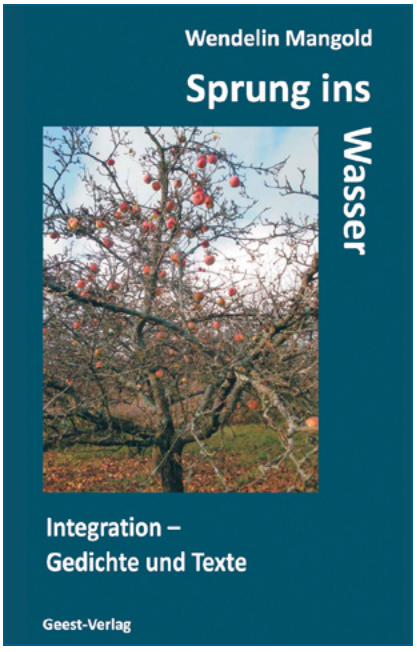
Dr. Wendelin Mangold

- **2013:** Auszeichnung mit dem Hessischen Preis „Flucht, Vertreibung, Integration“.
- **2019:** Uraufführung der von ihm verfassten Tragikomödie „Vom Schicksal gezeichnet und geadelt“ in Wiesbaden.
- **2020:** Gastprofessor an der Universität Kokschetau mit einem Fachkurs für russlanddeutsche Literatur.
- **2020:** Ehrengabe des Russlanddeutschen Kulturpreises des Landes Baden-Württemberg.

Wendelin Mangold lebt zurzeit in Königstein im Taunus (Hessen) und ist literarisch und ehrenamtlich weiter aktiv, hält Vorträge und gibt Lesungen. Er ist Mitglied der LmDR und Ehrenmitglied des Literaturkreises der Deutschen aus Russland.

Wendelin Mangold (hinten links) beim Schriftstellerseminar in Moskau 1980.

Einige der von Wendelin Mangold verfassten Bücher. Auf dem Titelbild von „Wenn Steine weinen könnten“ ist er vor der Ruine des Hauses seiner Großeltern zu sehen.



Wendelin Mangold, „Sibirische Trüffel“

„Wir haben Herbst für Herbst die Knollen aus der Erde gebuddelt, und wer das nicht getan, überstand den Winter nicht“, heißt es in der Miniatur „Sibirische Trüffel“, die dem Buch von Wendelin Mangold den Titel gegeben hat.

In der Publikation, die 2015 im Verlag „edita gelsen“ erschienen ist, sind thematisch zusammenhängende Kurztexte gesammelt, die als Impressionen zu Themen wie Russland, Russlanddeutsche und russlanddeutsche Aussiedler bezeichnet werden können und eine Sache häufig viel besser auf den Punkt bringen als längere Erörterungen. „Denn bekanntlich liegt in der Kürze die Würze“, sagt der Autor, der auch in seinem poetischen Schaffen dem gleichen Ansatz folgt.

Durch die gegenwärtige Krise zwischen Ukraine und Russland ist die Aktualität des Buches zusätzlich gegeben. Es ist eine Lektüre mit einem weinenden und einem lachenden Auge.

Der/Die Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung Tafel 21

Geschichte des Amtes

Ende der 1980er Jahre kam es zu einem erheblichen Anstieg der Aussiedler- bzw. Spätaussiedlerzahlen aus den Ländern Osteuropas (Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien) und insbesondere aus der Sowjetunion.

Deshalb beschloss die Bundesregierung am 28. September 1988 die Einsetzung eines Beauftragten für Aussiedlerfragen (ab 2002: Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten). Dieser sollte alle Aktivitäten der Regierungsstellen koordinieren, um die Aufnahme von Aus- und Übersiedlern zu verbessern.

- Erster Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung war **Dr. Horst Waffenschmidt** (CDU).
- Zum Nachfolger wurde am 2. Dezember 1998 der Bundestagsabgeordnete **Jochen Welt** (SPD) berufen.
- Ab dem 17. November 2004 übte der Bundestagsabgeordnete **Hans-Peter Kemper** (SPD) das Amt aus.
- Am 1. Februar 2006 wurde der Parlamentarische Staatssekretär im BMI, **Dr. Christoph Bergner** (CDU), zu seinem Nachfolger ernannt.
- Am 8. Januar 2014 übernahm der Bundestagsabgeordnete **Hartmut Koschyk** (CSU) das Amt.
- Vom 1. November 2017 bis 10. April 2018 war der Parlamentarische Staatssekretär **Prof. Dr. Günter Krings** (CDU) Aussiedlerbeauftragter.
- Anschließend amtierte der Präsident des Bundes der Vertriebenen, **Prof. Dr. Bernd Fabritius** (CSU), bis zum 14. April 2022.

Zu seiner Nachfolgerin wurde die SPD-Bundestagsabgeordnete **Natalie Pawlik** ernannt.

Natalie Pawlik wurde 1992 in Wostok in Russland geboren. Mit sechs Jahren kam sie gemeinsam mit ihrer Familie als Spätaussiedlerin nach Deutschland, wo sie nach dem kurzen Aufenthalt im Grenzdurchgangslager Friedland in Bad Nauheim (Hessen) lebte und aufwuchs. Seit 2021 ist sie direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Wetterau (Hessen).

Für die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ist die Beauftragte zentrale Ansprechpartnerin auf Bundesebene. Sie ist verantwortlich für die Koordinierung der Aussiedlerpolitik der Bundesregierung, der Integrationsmaßnahmen mit Bund, Ländern und Gemeinden sowie der im Eingliederungsbereich tätigen Kirchen, Wohlfahrtsverbände und gesellschaftlichen Gruppen. Zusätzlich betreut sie die in den Herkunftsgebieten der Aussiedler verbliebenen Deutschen, koordiniert die Maßnahmen der Hilfenpolitik und übernimmt den Co-Vorsitz der bestehenden Regierungskommissionen zu Angelegenheiten der deutschen Minderheiten.

Auch für die nationalen Minderheiten ist die Beauftragte zentrale Ansprechpartnerin auf Bundesebene. Sie vertritt die Bundesregierung in den bestehenden Kontaktgremien.

Bundesministerium des Innern und für Heimat

Integration der Deutschen aus Russland – gelungen? Tafel 22

Die 2022 veröffentlichte Studie „Integration gelungen? Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von (Spät)Aussiedlerinnen und (Spät)Aussiedlern“ des Sachverständigenrates für Integration und Migration (gefördert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) kommt zu folgenden Ergebnissen:

- (Spät)Aussiedlerinnen und (Spät)Aussiedler sind insgesamt gut integriert. Ihre Arbeitsmarktbeteiligung ist hoch und ihr Durchschnittseinkommen liegt zwischen dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und dem der übrigen Personen mit eigener Migrationserfahrung. Zugleich sind überdurchschnittlich viele von ihnen als Arbeiterinnen und vor allem Arbeiter tätig. Etwa ein Drittel der (Spät)Aussiedlerinnen und (Spät)Aussiedler ab 65 Jahren ist armutsgefährdet.
- Im Vergleich zu anderen Personen mit Migrationserfahrung berichten (Spät) Aussiedlerinnen und (Spät)Aussiedler kaum von Diskriminierungserfahrungen. Wird jedoch Benachteiligung wahrgenommen, geht dies häufig mit einem geringeren Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland einher. Trotzdem identifizieren sich über 90 Prozent der (Spät)Aussiedlerinnen und (Spät)Aussiedler mit Deutschland; eine Verbundenheit mit dem Herkunftsland berichten insbesondere Personen aus der ehemaligen Sowjetunion viel seltener.
- (Spät)Aussiedlerinnen und (Spät)Aussiedler pflegen zahlreiche Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund, was auch ein Grund für ihre hohe Identifikation mit Deutschland ist.
- (Spät)Aussiedlerinnen und (Spät)Aussiedler, aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion befinden sich gegenüber denjenigen aus anderen Geburtsländern in einer ökonomisch insgesamt etwas ungünstigeren Situation und bezeichnen sich seltener als politisch interessiert bzw. kompetent. Diese Unterschiede hängen u. a. mit Änderungen in den gesetzlichen Rahmenbedingungen in den 1990er Jahren, mit dem Bildungsniveau und ihrer durchschnittlich kürzeren Aufenthaltsdauer zusammen.
- Außerdem sind sie mit den politischen Verhältnissen in Deutschland etwas weniger zufrieden als andere (Spät)Aussiedlerinnen und (Spät)Aussiedler.
- (Spät)Aussiedlerinnen und (Spät)Aussiedler stellen die Unabhängigkeit deutscher Medien häufiger infrage als andere Zugewanderte. Zugleich vertrauen aber auch sie eher den deutschen Medien als den Medien des jeweiligen Herkunftslandes.

Die gesamte Studie ist abrufbar unter https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/svr-studie-spaetaussiedler-innen.pdf

Aussiedler und Spätaussiedler aus der ehemaligen UdSSR 1950 bis 2021

1950 – 1952:	1.784
1953 – 1955:	172
1956 – 1958:	6.061
1959 – 1961:	9.180
1962 – 1964:	1.337
1965 – 1967:	2.703
1968 – 1970:	2.703
1971 – 1973:	11.106
1974 – 1976:	22.230
1977 – 1979:	24.955
1980 – 1982:	12.798
1983 – 1985:	2.820
1986 – 1988:	62.813
1989 – 1991:	393.404
1992 – 1994:	616.137
1995 – 1997:	513.485
1998 – 2000:	299.707
2001 – 2003:	260.510
2004 – 2006:	101.828
2007 – 2009:	13.299
2010 – 2012:	6.171
2013 – 2015:	14.097
2016 – 2018:	20.797
2019 – 2021:	18.496
1950-2021:	**2.417.146**

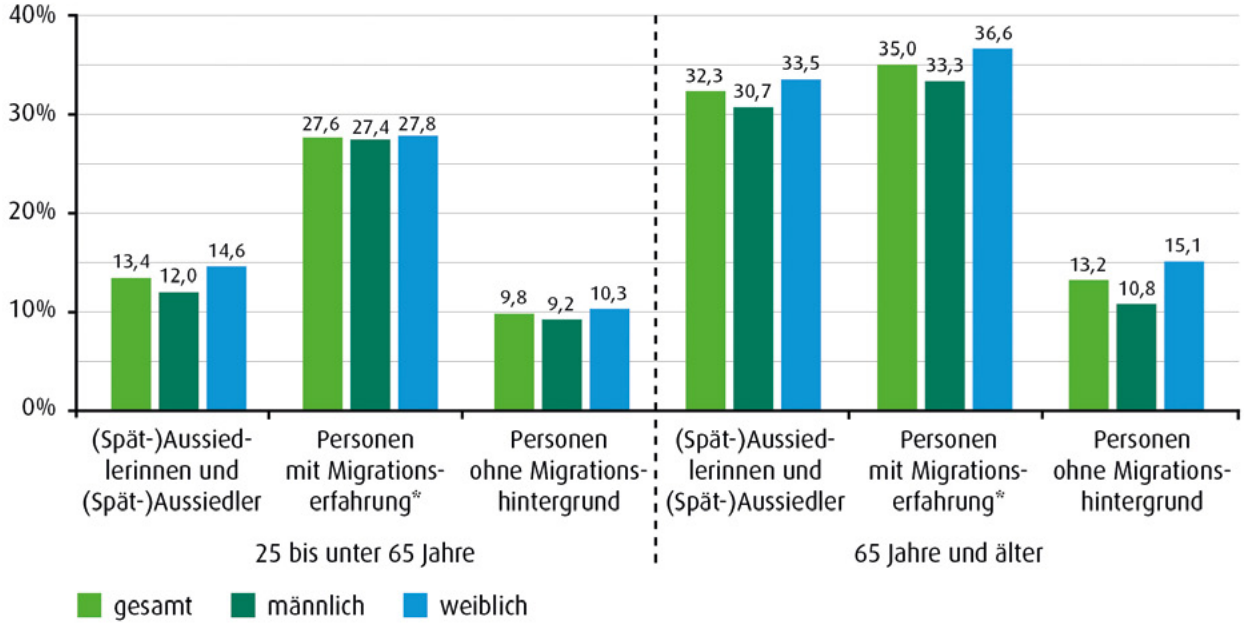
Außer durch ihre ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Gliederungen auf Orts- und Landesebene unterstützt die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland die Integration der Deutschen aus Russland durch eine ganze Reihe von Projekten und mittels Migrationsberatungsstellen:

MBE – Migrationsberatung: Beratung und Begleitung von Neuzugewanderten – im Alter ab 27 Jahren mit einem dauerhaften Aufenthalt in Deutschland – vor, während und nach einem Integrationskurs – von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland betreute Stellen:

- Baden-Württemberg: Karlsruhe und Stuttgart
- Bayern: München und Regensburg
- Berlin: drei Stellen
- Hessen: Bad Homburg, Groß-Gerau und Melsungen
- Niedersachsen: Hannover
- Rheinland-Pfalz: Neustadt an der Weinstraße
- Sachsen: Dresden

Weitere Informationen unter: http://mbe.LmDR.de

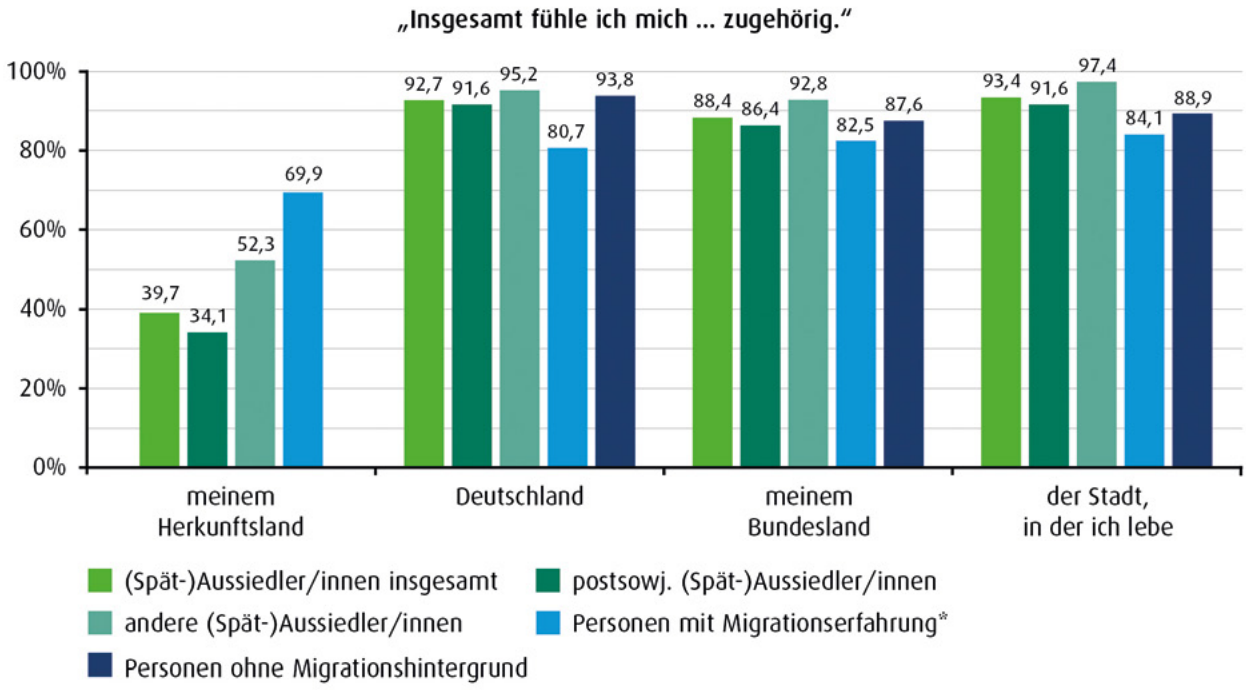
Armutsgefährdungsquoten der Bevölkerung 2019 (nach Altersgruppen, Migrationshintergrund und Geschlecht)



Anmerkung: Basis ist die Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz mit gültigen Einkommensangaben; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung

Zugehörigkeitsgefühl zum Herkunftsland, zu Deutschland, zum eigenen Bundesland und zur eigenen Stadt 2020 (nach Migrationshintergrund)



Anmerkung: Anteil derjenigen, die „eher" oder „voll und ganz" zustimmen; * selbst zugewanderte Personen ohne (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Grafiken erstellt im Rahmen der Studie „Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von (Spät)Aussiedlerinnen und (Spät)Aussiedlern".

Vorurteile (auf beiden Seiten!) verletzen!

Ergebnisse einer von Albina Baumann durchgeführten empirischen Untersuchung

Vorurteile - Herkunftsdeutsche über Deutsche aus Russland	Vorurteile - Deutsche aus Russland über Herkunftsdeutsche
Sie wollen unsere Sprache nicht sprechen.	Sie haben keinen Geschmack (Kleider).
Sie integrieren sich nicht, bleiben unter sich.	Sie sind Fremden gegenüber intolerant.
Sie tischen auf, um zu protzen.	Sie sind krankhaft geizig; man bekommt höchstens ein Glas Wasser.
Sie trinken Wodka.	Sie trinken mehr als wir.
Sie sind maßlos beim Essen und Trinken.	Sie können nicht feiern, sind langweilig.
Sie schnappen uns die Arbeitsplätze weg.	Sie beanspruchen die besten Arbeitsplätze für sich und überlassen uns die Drecksarbeit.
Sie bauen Häuser von unseren Steuergeldern.	Sie haben einen geringen Zusammenhalt in der Familie, unter Freunden und Kollegen.
Die Frauen verharren in ihrer traditionellen Rolle, unterwerfen sich.	Die Frauen sind keine guten Hausfrauen.
Die älteren Frauen sind altmodisch (Kopftuch, dicke Strümpfe).	Sie haben keinen Respekt Älteren gegenüber.
Die Männer sind Paschas.	Die Männer sind schwach.
Ihre Kinder sind laut, haben keine Kultur und keine Manieren.	Sie haben Hunde und Katzen lieber als Kinder.
Sie sind unfreundlich.	Ihre Freundlichkeit ist künstlich.
Sie sind ausgelassen und laut.	Sie verstehen keinen Humor, sind steif.
Sie sind aufbrausend und streitsüchtig.	Sie bestehen auf Vorschriften, halten sich aber selbst nicht daran.

Projekte der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland im Rahmen des Bundesprogramms „Gesellschaftlicher Zusammenhalt" (Stand Ende 2021)

Projektname	Projektorte
Empowerment und Engagement. Integration durch gesellschaftliche Teilhabe	Kreis Groß-Gerau, Hessen
Generationenübergreifendes Engagement	Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, Bayern
Frauentreffs in Städten am Neckar (in Kooperation mit DJR e. V., Stuttgart)	Heilbronn, Heidelberg, Stuttgart, Mannheim, Ludwigsburg, Baden-Württenberg
Identitätsfindung in einer heterogenen Gesellschaft	Groß-Gerau, Hessen
Meine neue Heimat Deutschland	Wuppertal, NRW
Mut für Diversität	Fürth, Passau, Weißenburg, Ansbach, Straubing, Regensburg, Bayern
Orte für Partizipation von Migranten (in Kooperation mit DJR e. V., Stuttgart)	Weingarten, Stuttgart, Pforzheim, Backnang, Baden-Württemberg
Politische Diskussionen stärken – andere Positionen akzeptieren	Düsseldorf, Neuss, Leverkusen, Duisburg, NRW
Mein – Dein – UNSER Weg	Kaiserslautern, Rheinland-Pfalz

Die Landsmannschaft – der Deutschen aus Russland e. V. Tafel 23

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bundesdelegiertenversammlung der LmDR in Fulda 2022.

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. (LmDR) ist die älteste und größte Organisation der Volksgruppe in der Bundesrepublik Deutschland und offen für alle Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion.

Der Verband wurde 1950 als „Arbeitsgemeinschaft der Ostumsiedler" gegründet und 1955 in „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V." umbenannt. Er versteht sich als Interessenvertretung, Hilfsorganisation und Kulturverein der Deutschen aus Russland nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Die LmDR verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke, ist überparteilich und überkonfessionell und sucht stets den Dialog mit allen demokratischen Parteien. Familienzusammenführung sowie die soziale, gesellschaftliche, berufliche und religiöse Eingliederung in die deutsche Gesellschaft, Kultur-, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit gehören zu den wichtigsten Aufgaben der LmDR.

Die LmDR ist organisatorisch unterteilt in Landes- sowie rund 120 Orts- und Kreisgruppen, deren Vertreter bei der alle drei Jahre stattfindenden Bundesdelegiertenversammlung den ehrenamtlich tätigen Bundesvorstand wählen. Koordiniert wird die Arbeit der Landsmannschaft durch die in Stuttgart ansässige Bundesgeschäftsstelle.

Die Verbandszeitung „Volk auf dem Weg" ist die Stimme der Landsmannschaft und ihrer Mitglieder. Das „Heimatbuch" und andere Publikationen behandeln die Geschichte und Kultur der Deutschen aus Russland.

Um die Aufklärungsarbeit über die Volksgruppe zu fördern, ist die landsmannschaftliche Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart" seit über 25 Jahren bundesweit unterwegs.

Der Bundesvorstand

setzt sich nach den Wahlen bei der Bundesdelegiertenversammlung am 10. und 11. September 2022 wie folgt zusammen:

- **Johann Thießen** (Bundesvorsitzender; Hessen)
- **Albina Baumann** (stellvertretende Bundesvorsitzende, Bayern)
- **Walter Gauks** (stellvertretender Bundesvorsitzender, Berlin)
- **Roman Ramenski** (Baden-Württemberg)
- **Valentina Wudtke** (Bayern)
- **Olesja Romme** (Baden-Württemberg)
- **Lilli Bischoff** (Niedrsachsen)

2013 wurde der langjährige Bundesvorsitzende **Adolf Fetsch** (Bayern) zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes gewählt.

Die Mitglieder des 2022 gewählten Bundesvorstandes der LmDR (jeweils von links): – vorne: Olesja Romme, Lilli Bischoff, Johann Thießen, Valentina Wudtke, Albina Baumann; – hinten: Roman Ramenski, Walter Gauks.

Die Vorsitzenden der größten Landesgruppen:

- Baden-Württemberg: **Ernst Strohmaier**
- NRW: **Dietmar Schulmeister**
- Bayern: **Ewald Oster**
- Niedersachsen: **Lilli Bischoff**
- Hessen: **Johann Thießen**
- Rheinland-Pfalz: **Valentina Dederer**
- Vorsitzender der Jugendorganisation der LmDR: **Walter Gauks**

Schwerpunkte landsmannschaftlicher Arbeit

Tafel 24

Im Motto des 32. Bundestreffens der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (2015 in Stuttgart), „Deutsche aus Russland – hier und heute. Von Hilfesuchenden zu Leistungsträgern“, drückte sich die Neuorientierung des Verbandes aus, die in den letzten Jahren Gestalt angenommen hat. Grob gegliedert, lassen sich die 72 Jahre seit der Gründung der Landsmannschaft 1950 in drei Phasen unterteilen:

Phase I – 1950 bis Ende der 1980er Jahre:

Die ersten vier Jahrzehnte nach Ende des II. Weltkrieges waren für die Landsmannschaft insbesondere gekennzeichnet durch

- die Sorge um die Deutschen in der Sowjetunion, denen in minimalem Ausmaß die Ausreise nach Deutschland gestattet wurde,
- die Forderung nach Familienzusammenführung,
- den Einsatz für die Gleichstellung der Deutschen aus Russland mit anderen Vertriebenen (Lastenausgleich, Fremdrentengesetz, allgemeine Ausgleichsgesetzgebung),
- Kampf gegen das Vergessen einer in der Sowjetunion festgehaltenen Volksgruppe,
- die Lenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf das Schicksal der politischen Gefangenen im sowjetischen Machtbereich.

Phase II – Ende der 1980er Jahre bis etwa 2008:

Mit dem rapiden Anstieg der Aussiedlerzahlen aus der damaligen Sowjetunion ab Ende der 1980er Jahre änderten sich die Anforderungen für die Landsmannschaft.

In den Vordergrund traten Bemühungen um das Gelingen der Integration von Menschen, denen verstärkt Hindernisse in den Weg gestellt wurden. Stichworte:

- mangelhafte Akzeptanz seitens der Politik und Öffentlichkeit;
- Nichtanerkennung mitgebrachter schulischer und beruflicher Qualifikationen;
- gravierende Benachteiligungen durch die sog. Fremdrentenregelung (Stichwort Altersarmut);
- weitgehend fehlende aktive Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse im Spätaussiedlerbereich;
- kaum vorhandenes Wissen der Öffentlichkeit über die Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland.

Hinzu kam der drastische Rückgang der Spätaussiedlerzahlen durch die Neufassung des Zuwanderungsgesetzes vom 1.1.2005.

Phase III – Gegenwart

Unterstützt durch offizielle Untersuchungsergebnisse, geht die LmDR davon aus, dass die Integration der Deutschen aus Russland als Erfolgsgeschichte zu betrachten ist. Ohne nach wie vor bestehende Integrationshindernisse zu übersehen, hat die Landsmannschaft daher ihre Herangehensweise an die Herausforderungen im Spätaussiedlerbereich modifiziert und ihren traditionellen Maßnahmenkatalog (vor allem in den Bereichen Jugend, Soziales und Kultur) ergänzt und den Gegebenheiten der Gegenwart angepasst. Einige Beispiele:

Der amtierende Bundesvorsitzende der LmDR, Johann Thießen, ging nach seiner Wiederwahl im September 2022 auf zwei Punkte, die im Mittelpunkt der landsmannschaftlichen Arbeit stehen sollten, gesondert ein:

„Wie mein Vorgänger im Amt des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun, immer wieder betonte, sind die Deutschen aus Russland ‚auffällig unauffällig‘.

Diese Einschätzung trifft zu, dieses ‚auffällig unauffällig‘ hat uns aber über Jahrzehnte hinweg geschadet und sollte durch die beiden Adjektive ‚selbstbewusst‘ und ‚deutlich‘ ersetzt werden.

Als Beispiel 1 der mangelhaften Berücksichtigung unserer Interessen nenne ich die weitgehend ausbleibende Reaktion der Parteien auf unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021.

Statt auf unsere Fragen einzugehen, schickte man uns im Gegensatz zu vergleichbaren Aktionen in früheren Jahren diesmal vorgefertigte Formulare, die in keiner Weise geeignet waren, Antworten auf unsere drängenden Fragen zu bekommen.

Dieser Vorgang ist gewiss ärgerlich, viel schlimmer und für viele unserer Landsleute existenzbedrohend ist dagegen die Tatsache, dass die politisch Verantwortlichen in diesem Land schon seit den 1990er Jahren so gut wie keine Anstalten machen, wirkliche Veränderungen der restriktiven Regelungen der Fremdrentengesetzgebung vorzunehmen, die dazu geführt haben, dass die Deutschen aus Russland in weit überdurchschnittlichem Maße von Altersarmut bedroht sind.

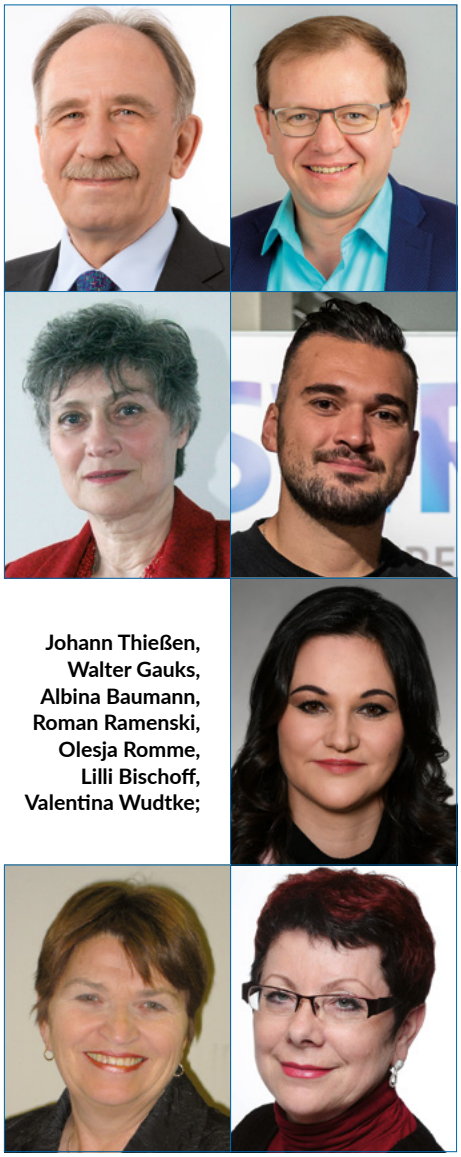
Gerade in dieser Angelegenheit sollten wir uns gemeinsam an dem orientieren, was ich anlässlich meiner Wahl zum Bundesvorsitzenden im Jahr 2018 in ‚Volk auf dem Weg‘ geschrieben habe. Ich zitiere den Wortlaut in leicht veränderter, den gegenwärtigen Verhältnissen angepasster Form:

‚Es gibt Politiker, die den besonderen Weg der Deutschen aus Russland nicht erkannt haben beziehungsweise nicht anerkennen wollen.

Diese Politiker sollten auch damit rechnen, dass das Interesse an einer Zusammenarbeit seitens der meisten Deutschen aus Russland nur gering sein wird. In Fällen von Versprochenem und doch nicht Eingehaltenem wird ähnlich verfahren.‘“

Schwerpunkte landsmannschaftlicher Arbeit

- 2013 wurde ein neuer Jugendverband der Landsmannschaft gegründet (Vorsitzender Walter Gauks), der in enger Zusammenarbeit mit dieser agiert, seine Inhalte jedoch eigenständig festlegt.
- 2020 wurde das Amt einer Frauenbeauftragten der LmDR (gegenwärtig: Albina Baumann) geschaffen.
- Darüber hinaus existieren in der LmDR die folgenden Bundesausschüsse:
  Haushaltsausschuss – **Johann Thießen**
  Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit – **Albina Baumann**
  Organisationsausschuss – **Lilli Bischoff**
  Ausschuss für Soziales, Familie und Frauen und Jugend – **Walter Gauks**
  Kulturausschuss – **Valentina Wudtke**
  Bildungs- und Innovationsausschuss – **Roman Ramenski**
  Wirtschaftsausschuss – **Olesja Romme**
  Grenzüberschreitende Maßnahmen – **Walter Gauks**
- Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit unter Nutzung aktueller Kommunikationsmedien.
- Ausweitung des landsmannschaftlichen Beratungsangebotes im Sozialbereich, insbesondere im Jugend- und Seniorenbereich.
- Als vorrangiges Ziel der Kulturarbeit wurde die Schaffung eines zentralen Museums und Archivs zur Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland festgelegt.
- Weitere Bereiche:
  - Zusammenarbeit mit Vertretern der im Bundestag vertretenen Parteien;
  - Beteiligung an grenzüberschreitenden Maßnahmen der Bundesregierung;
  - Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. gestern und heute“;
  - Herausgabe von Publikationen zur russlanddeutschen Thematik;
  - Projektarbeit;
  - Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer.



Johann Thießen, Walter Gauks, Albina Baumann, Roman Ramenski, Olesja Romme, Lilli Bischoff, Valentina Wudtke;

Teilnehmerinnen der Bundesdelegiertenversammlung der LmDR in Fulda 2022.

„Volk auf dem Weg“

„Volk auf dem Weg“ ist eindeutig definiert als offizielles Mitteilungsblatt der LmDR, das ausschließlich reserviert ist für Beiträge, die sich mit Belangen der Volksgruppe und landsmannschaftlichen Themen befassen. Die Diskussionen über die Inhalte der Politik der Landsmannschaft finden nicht auf den Seiten von „Volk auf dem Weg“ statt, sondern in den dafür vorgesehenen Gremien des Vereins (Vorstände, Ausschüsse, Delegiertenversammlungen, Beirat), die jedem Mitglied der Landsmannschaft unmittelbar (durch Wahl bzw. Berufung) oder mittelbar über Mitbestimmung auf Ortsebene zugänglich sind.

Im Idealfall

bestimmen die Ergebnisse der Arbeit der landsmannschaftlichen Gremien und sonstigen Einrichtungen auch die Inhalte von „Volk auf dem Weg“, so dass sich neben Artikeln allgemein volksgruppenspezifischen Inhalts unter anderem die folgenden Rubriken ergeben haben:

- Politik der Landsmannschaft
- Aktivitäten der landsmannschaftlichen Gliederungen
- Verdiente Mitglieder der LmDR
- Projekte
- Beispiele erfolgreicher Integration
- Leistungsträger
- Politisch aktive Mitglieder
- Jugend
- Kulturarbeit
- Literatur
- Kirche und Glaube
- Geschichte der Volksgruppe
- Grenzüberschreitende Maßnahmen

Selbstverständlich

gelten auch für „Volk auf dem Weg“ die Grundprinzipien der landsmannschaftlichen Öffentlichkeits- und Pressearbeit:

- Zusammenhalten – Zukunft gestalten!
- Sachlichkeit und Kompetenz statt subjektiver und einseitiger Berichterstattung!
- Bundesdeutsche Realität statt irrationales Wunschdenken!
- Integration statt Parallelgesellschaft!
- Weg vom Negativen – hin zum Positiven!
- Weg vom Passiven – hin zum Offensiven!

Beiträge,

die aus Platzgründen nicht in „Volk auf dem Weg“ berücksichtigt werden können, werden verstärkt auf der Homepage der LmDR (*www.lmdr.de)* veröffentlicht.

Publikationen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Heimatbücher der Deutschen aus Russland

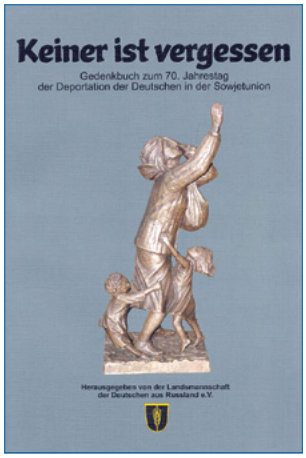
30 Heimatbücher und fünf Sonderbände der Heimatbuch-Reihe hat die LmDR seit 1953 veröffentlicht. Sie stellen eine Dokumentation dar, die das Bewusstsein für das wertvolle kulturelle Erbe der Russlanddeutschen wachhält und eine Fundgrube für Wissenschaftler in der Gegenwart und Zukunft ist. Dass die Mitglieder der LmDR die Arbeit, die dahinter steckt, aber auch den Wert der Heimatbücher zu schätzen wissen, bestätigen sie immer wieder durch ihre Spenden.

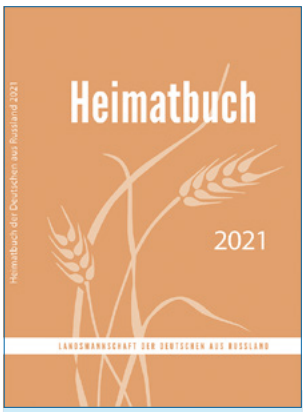
Die Heimatbücher der Landsmannschaft wurden geschrieben, um jedem Deutschen aus Russland die Möglichkeit zu geben, sich verstärkt mit seiner Volksgruppe identifizieren zu können. Sie wurden aber auch in der Hoffnung geschrieben, dass sich der eine oder andere alteingesessene Bürger der Bundesrepublik Deutschland ein möglichst abgerundetes Bild der vielfach verkannten deutschen Menschen machen kann, die erst in letzter Zeit die Möglichkeit erhalten haben, in die Heimat zurückzukehren, die ihre Vorfahren im 18. oder 19. Jahrhundert in dem Glauben verließen, auch in der Ferne Deutsche bleiben zu können.

Seit über sechs Jahrzehnten ist die LmDR dem Konzept der Heimatbücher treu geblieben. Von Anfang an war das Heimatbuch als Sammelband gestaltet. Mit der Zeit hat das ursprüngliche Konzept zwar etliche Veränderungen erfahren, aber es hat sich auch im Laufe von Jahrzehnten bewährt. Jeder Band ist eine ausgewogene Mischung aus Beiträgen, die anhand fundierter Quellen entstanden sind, und Erinnerungen von Zeitzeugen, aus Dorfgeschichten, persönlichen Erfahrungen oder Porträts herausragender Persönlichkeiten der russlanddeutschen Geschichte.

Weitere Publikationen der LmDR

- Bücherangebot auf Seite 56
- LmDR.de – Digitale Bibliothek





Heimatbuch 2021 – Aus dem Inhalt

- **Dr. Alfred Eisfeld:** Zur Geschichte der Deutschen in Kasachstan
- **Dr. Viktor Krieger:** Die erzwungene Rückkehr in die historische Heimat
- **Nina Paulsen:** Interview mit Prof. Dr. Annelore Engel-Braunschmidt
- **Nina Paulsen:** Zur Geschichte der Wolgadeutschen
- 1990: Festival der deutschen Kultur und Kunst in Alma-Ata
- Russlanddeutscher Kulturpreis
- **Rita Laubhan:** Deutsche im Südkaukasus
- **Dr. Robert Korn:** August Lonsinger (1881–1953): Durchbruch der literarischen Schallmauer
- **Rose Steinmark:** Das Deutsche Gebietstheater Dnjepropetrowsk
- **Johannes Weiz:** „Ich wollte Arzt werden und meine Mutter heilen."
- **Ernst Strohmaier:** Organisationen der Deutschen aus Russland
- **Dr. Anton Bosch:** Die Wiener KSZE-Konferenz von 1985 - 1986

Katharinen-Preis der Deutschen aus Russland

- **Der Katharinen-Preis wurde 2013 von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Erinnerung an Zarin Katharina II. gestiftet, die mit ihrem Manifest vom 22. Juli 1763 Ausländer zur Einwanderung nach Russland einlud.**

- **Mit dem Katharinen-Preis erinnert die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland an die Geschichte und Kultur der Deutschen in Russland, in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten und würdigt ihren Beitrag zum kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben.**

- **Der Katharinen-Preis wird an Persönlichkeiten und Einrichtungen der Politik, des Geisteslebens oder der Wirtschaft verliehen, die sich besondere Verdienste um die Russlanddeutschen in der Sowjetunion, ihren Nachfolgestaaten und in Deutschland erworben haben.**

2013: Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes

Im Rahmen einer Feierstunde am Vorabend des 31. Bundestreffens der Landsmannschaft in Augsburg wurde der Katharinen-Preis der Deutschen aus Russland am 19. Juni 2013 zum ersten Mal verliehen. Preisträger war der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes.

Den Preis nahm der damalige Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Rudolf Seiters, gemeinsam mit der Leiterin des DRK-Suchdienstes, Dorota Dziwoki, entgegen.

Der damalige Bundesvorsitzende der Landsmannschaft, Waldemar Eisenbraun, würdigte den Preisträger mit den Worten:

„Bereits in den ersten fünf Jahren nach der Gründung des Suchdienstes konnten insgesamt 6,5 Millionen briefliche Suchanfragen und Mitteilungen durch das DRK beantwortet sowie Auskünfte erteilt werden.

Diese Menschen und ihre Nachkommen sind dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes bis zum heutigen Tage zu innigem Dank verpflichtet. Dazu gehören nicht zuletzt meine Landsleute, die Deutschen aus Russland.

Wir dürfen nicht vergessen, dass noch Jahre und Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg nur wenigen von ihnen nach schlimmen Zeiten der Repressionen die Rückkehr in die Heimat ihrer Vorfahren gestattet wurde. 1950 und 1953 etwa durfte kein einziger ausreisen, und 1963 waren es beispielsweise gerade einmal 209.

Dass unsere konstruktive Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz bis in die heutige Zeit andauert, durf-

ten wir gerade erst erfahren, als das DRK mit ausführlichen Stellungnahmen die Initiative der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland für eine verbesserte Härtefallregelung bei der Familienzusammenführung im Spätaussiedleraufnahmeverfahren unterstützte. “

2015: Grenzdurchgangslager und Gemeinde Friedland

Beim 32. Bundestreffen der LmDR am 4. Juli 2015 in Stuttgart wurde der Preis dem Grenzdurchgangslager Friedland und der Gemeinde Friedland in Niedersachsen für ihre Verdienste bei der Aufnahme und Eingliederung der Deutschen aus der ehemaligen UdSSR verliehen.

Wie Albina Nazarenus-Vetter, Mitglied der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und Stadtverordnete in Frankfurt am Main, in ihrer Laudatio betonte, hatte sich die Jury für die Gemeinde und das Grenzdurchgangslager Friedland als „Tor zur Freiheit“ der Deutschen aus Russland entschieden.

Die Deutschen aus Russland betrachteten Friedland, so die Laudatorin, als Symbol der demokratischen Grundwerte wie Freiheit und Gleichberechtigung, auf die sie als diskriminierte Minderheit in der ehemaligen Sowjetunion jahrzehntelang verzichten mussten. Friedland gelte vielen von ihnen als „eigentliche Heimat der Deutschen aus Russland“.

Im Namen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und aller Landsleute, für die Friedland das „Tor zur Freiheit“ bedeutet, bedankte sich Albina Nazarenus-Vetter abschließend ganz herzlich beim Grenzdurchgangslager und der Gemeinde Friedland für ihren unermüdlichen Einsatz für Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen und finden.

2022: Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

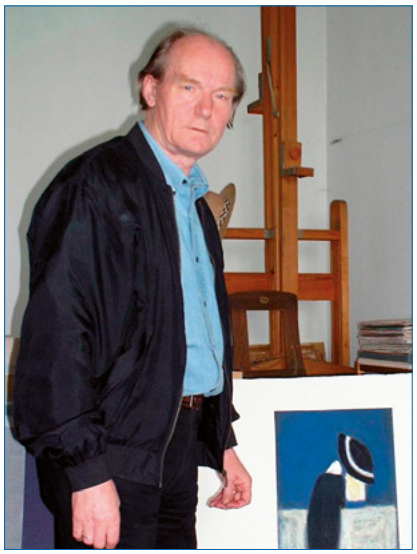
Bereits 2019 beschloss der Bundesvorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, den Katharinen-Preis für das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten zu verleihen. Aufgrund der Corona-bedingten Einschränkungen mussten die Übergabe auf das Jahr 2022 verschoben werden.

DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters und Dorota Dziwoki, Leiterin des DRK-Suchdienstes, bei der Preisverleihung 2013.

Bild unten: (von links): Waldemar Eisenbraun, Bundesvorsitzender der LmDR, Andreas Friedrichs, Bürgermeister der Gemeinde Friedland, Laudatorin Albina Nazarenus-Vetter und Heinrich Hörnschemeyer, Standortleiter des Grenzdurchgangslagers Friedland bei der Preisverleihung 2015.

Nelly Däs

Konstantin Erhard



Peter Dik mit einem seiner Werke.

1996 (Literatur): Nelly Däs – Chronistin der Deutschen aus Russland:

Nelly Däs (geb. 1930 in Friedental, Ukraine, gest. 2021 in Waiblingen, Baden-Württemberg) war über Jahrzehnte die bekannteste russlanddeutsche Schriftstellerin in Deutschland. Ihre Bücher beschäftigen sich mit der Geschichte der Volksgruppe, ganz gleich, ob es sich um Russlanddeutsche in Deutschland, in der Ukraine, in Sibirien, im Urwald Südamerikas, auf der Flucht oder in der Verbannung handelt.

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde sie durch zahlreiche Lesungen, vor allem aber 1996 durch die Verfilmung ihres Romans „Das Mädchen vom Fährhaus“ durch das ZDF unter dem Titel „Nadia – Heimkehr in die Fremde“ bekannt.

Nelly Däs‘ Leben war schon ganz früh von ehrenamtlichem Engagement geprägt, nicht zuletzt innerhalb der LmDR. Für ihren Einsatz erhielt sie das Bundesverdienstkreuz am Bande, die Goldene Ehrennadel der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und des Landes Baden-Württemberg, die Goldene Ehrennadel mit Eichenlaub des Deutschen Roten Kreuzes sowie die Goldene Ehrennadel des Bundes der Vertriebenen.

1998 (Musik): Konstantin Erhard – Pianist, Komponist und Musikpädagoge mit vielseitigem Engagement:

Konstantin Erhard (geb. 1953) aus Weimar erhielt den Hauptpreis für sein kompositorisches, publizistisches und pädagogisches Schaffen. Er komponiert Orchester-, Instrumental- und Vokalmusik.
In den 1990er Jahren trat er wiederholt bei Veranstaltungen der LmDR auf.

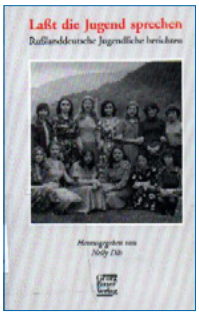
2000 (Kunst): Peter Dik – Grenzgänger zwischen Kulturen und Stilrichtungen in der Kunst:

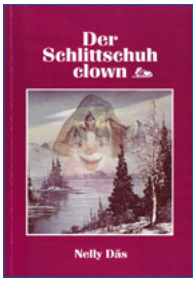
Der Graphiker und Maler Peter Dik (geb. 1939 in Gljaden, Altai, gest. 2002 im Künstlerdorf Worpswede, Niedersachsen) gehörte zu den größten bildenden Künstlern des 20. Jahrhunderts in Russland.

1977 wurde Dik in den Kunstverband der Sowjetunion aufgenommen, 1991 wurde er in Russland mit dem Titel „Verdienter Künstler“ und 1999 mit der Auszeichnung „Volkskünstler“ geehrt. Dies ermöglichte ihm, sich durch Reisen und Studienaufenthalte weiterzuentwickeln, zuerst in den ehemaligen Sowjetrepubliken Lettland, Georgien, Armenien und Estland, ab 1992 auch in Deutschland.

2002 (Literatur): Dr. Alfred Eisfeld – Beitrag zur Geschichtsforschung gewürdigt:

Der Historiker Dr. Alfred Eisfeld (geb. 1951 in Uwa, Udmurtien) erhielt den Preis in Anerkennung „der Erhaltung und Förderung des Kulturgutes der Russlanddeutschen“. In den vergangenen Jahrzehnten hat er nahezu alle Aspekte der Geschichte und Kultur der russlanddeutschen Volksgruppe thematisiert und dokumentiert.





Russlanddeutscher Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg – I

In zahlreichen wissenschaftlichen Dissertationen, Fachreferaten und Publikationen setzte er sich vor allem mit der Diskriminierung und Verfolgung der Deutschen in der ehemaligen UdSSR auseinander. Aus der Zusammenarbeit mit Archiven in Russland, Aserbaidschan und der Ukraine sind Findbücher für Archivbestände hervorgegangen, die Dokumente zur Geschichte der Russlanddeutschen enthalten.

Über Jahre engagierte er sich ehrenamtlich innerhalb der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, vor allem in der Kulturarbeit und bei der Herausgabe von Publikationen.

Dr. Alfred Eisfeld

2004 (Musik): Prof. Rudolf Kehrer – „Musik hat mich mein Leben lang verfolgt. Im guten Sinne des Wortes.“:

Der Hauptpreis ging an den weltbekannten Klaviervirtuosen Prof. Rudolf Kehrer (geb. 1923 in Tiflis, Georgien, gest. 2013 in Berlin).

Bekannt war Kehrer lange nur in den Ostblockländern, da ihm die Regierung Reisen in den Westen verweigerte. Trotzdem wurde ihm zweimal die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Begründung verweigert, er sei als Professor des Moskauer Konservatoriums privilegiert gewesen. Erst mit Hilfe von Freunden klappte es beim dritten Antrag, 1998, im Alter von 75 Jahren.

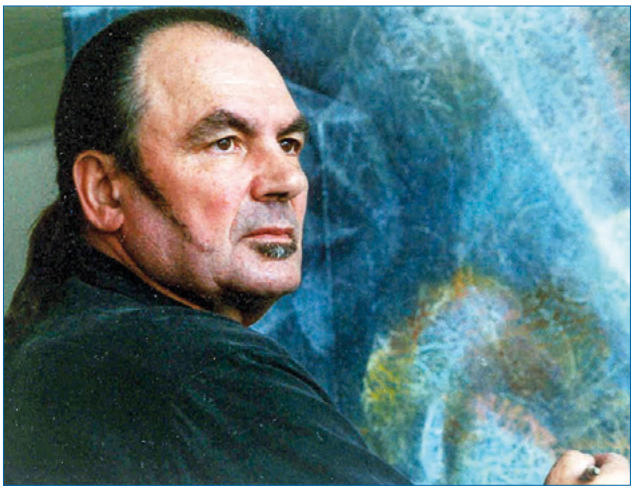
Rudolf Kehrer erhielt im Laufe seines Lebens viele hohe Auszeichnungen, wirkte immer wieder als Jurymitglied bei bedeutenden Klavierwettbewerben mit und leitete internationale Meisterkurse für Klavier.

Prof. Rudolf Kehrer

2006 (Kunst): Nikolaus Rode – Kunst als „Aufschrei und Appell an eine neue Menschlichkeit“:

Das Werk des Bildenden Künstler Nikolaus Rode (geb. 1940 in Eigental, Schwarzmeergebiet) ist untrennbar mit seiner eigenen Lebensgeschichte verknüpft, die von Krieg, Flucht, Deportation, Diskriminierung und dem Leid, den diese mit sich bringen, geprägt ist. Ein beträchtlicher Teil seiner Werke hält in eindringlicher Weise die Leidens- und Verfolgungsgeschichte der Russlanddeutschen im 20. Jahrhundert fest.

Nikolaus Rodes Werke leben vom Symbolgehalt der Darstellung; er will die Menschen aufrütteln und betroffen machen. Dabei ziehen sich bestimmte Motive und Symbole wie ein roter Faden durch sein künstlerisches Schaffen: Krieg und Tod, Flucht und Vertreibung, Stacheldraht, Zwangsarbeit in den Wäldern Sibiriens, Kälte und Schmerz der Ausgrenzung sowie das An-die-Wand-gestellt-und-zur-Zielscheibe-gemacht-werden – sowohl in Russland als auch in Deutschland.



Nikolaus Rode. Rechts sein Bild „Ausbruch“.

Russlanddeutscher Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg – II

Irene Langemann

Dr. Elena Seifert

Denis Lomtev

2017 überreichte der Bundesvorsitzende der LmDR, Johann Thießen, der langjährigen Leiterin des Museums für russlanddeutschen Kulturgeschichte, Dr. Katharina Neufeld, die Goldene Ehrennadel des Verbandes.

2008 (Darstellende Kunst): Irene Langemann – Filmregisseurin und Drehbuchautorin, die unkonventionelle Wege geht:

Irene Langemann (geb. 1959 in Issilkul, Gebiet Omsk) wurde der Preis für ihre herausragenden Leistungen als Drehbuchautorin und Regisseurin verliehen.

Einige ihrer Dokumentarfilme wurden international preisgekrönt. 2001 erhielt sie in San Francisco den Golden Gate Award für „Russlands Wunderkinder". Der Film „Lale Andersen – Die Stimme der Lili Marleen" (2001) wurde mit dem Grand Prix für den besten ausländischen Dokumentarfilm und weiteren Preisen ausgezeichnet. Auch „Die Martins-Passion" (2004) erhielt mehrmals Auszeichnungen bei internationalen Wettbewerben. 2008 drehte sie den Film „Rubljowka" über die Moskauer Gesellschaft in der postsowjetischen Zeit,

Durch ihre unkonventionelle Herangehensweise entdeckt sie in Vergessenheit geratene Persönlichkeiten neu, hinterfragt Mythen und findet neue Zugänge zur Realität. Im Mittelpunkt ihrer Filme stehen keine „gewöhnlichen" Talente, es sind meist Grenzgänger zwischen Ländern, Kulturen und Sprachen, wie etwa der russlanddeutsche Klaviervirtuose Prof. Rudolf Kehrer in „Das Ende einer Odyssee..." (1998).

2010 (Literatur): Dr. Elena Seifert – erheblicher Beitrag zur Literaturgeschichte der Russlanddeutschen:

Die Literaturwissenschaftlerin und Schriftstellerin Dr. Elena Seifert (geb. 1973 in Karaganda, Kasachstan) aus Moskau wurde für ihre Monografie „Genreprozesse und das ethnische Weltbild in der Poesie der Russlanddeutschen der zweiten Hälfte des 20. bis Anfang des 21. Jahrhunderts" ausgezeichnet.

Elena Seifert ist Preisträgerin internationaler Literaturwettbewerbe, Mitglied des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur sowie Chefredakteurin des Almanachs, der jedes Jahr literarische Beiträge überwiegend russlanddeutscher Autoren veröffentlicht. Sie ist Autorin von über 200 wissenschaftlichen Arbeiten und schreibt für mehrere Periodika in Russland und im Ausland.

2012 (Musik): Dr. Denis Lomtev – ... damit die Leute nicht vergessen, wer für sie lebte und schuf:

Dem 1972 in Moskau geborenen Musikwissenschaftler Dr. Denis Lomtev ist es gelungen, die herausragende Beteiligung von Deutschen an der russischen Musikkultur in einem neuen, von ideologischen und politischen Prägungen freiem Licht darzulegen.

Lomtev ist Autor von mehreren Büchern und Dutzenden Aufsätzen über Aspekte der deutschen Musikkultur in Russland.

Im BMV Verlag Robert Burau sind seine Forschungsergebnisse in Buchform erschienen: „An der Quelle: Deutsche Musiker in Russland", „Deutsches Musiktheater in Russland", „Geistliche Musikkultur der Deutschen in Russland", „Die Deutschen in der russischen Musikwissenschaft" und „Deutsche in der musikalischen Infrastruktur Russlands".

2014 (Kulturvermittlung): Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte Detmold – ein Auswanderungsmuseum der besonderen Art:

Die Jury war sich bei der Zuerkennung des Preises einig, dass „das 1996 aus einer privaten Initiative hervorgegangene Museum am besten dem entspricht, was der diesjährige russlanddeutsche Kulturpreis auszeichnen soll: Engagement bei der Vermittlung, Verbreitung und Förderung russlanddeutscher Kultur und Identität".

Unter dem Motto „Der Geschichte eine Heimat geben – Integration durch Identität gestalten" sammelt, dokumentiert und vermittelt das Museum die kulturellen und historischen Erfahrungen der Russlanddeutschen und ist ein Auswanderungsmuseum der besonderen Art.

Das kulturgeschichtliche Museum Detmold versteht sich vor allem als interkultureller Begegnungs- und Lernort. Am Beispiel der Geschichte der Russlanddeutschen werden den Besuchern grundlegende Inhalte über die Migrationsproblematik vermittelt.

In den Räumlichkeiten des Museums finden regelmäßig Sonderausstellungen, Seminare und Workshops zu den verschiedensten Bereichen der russlanddeutschen Kulturgeschichte statt

Russlanddeutscher Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg – II

2016 (Kulturvermittlung): Russland-Deutsches Theater Niederstetten mit den Schauspielern Maria und Peter Warkentin:

Mit ihrem Russland-Deutschen Theater Niederstetten (Baden-Württemberg) leisten die Schauspieler Maria (geb. 1958 bei Omsk) und Peter (geb. 1959 in der Altairegion) Warkentin seit mehr als zwanzig Jahren einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung der russlanddeutschen Kultur.

Das Theater versteht sich als Brücke zwischen Deutschen aus Russland und Einheimischen. Auf dem Spielplan stehen u.a. Werke russlanddeutscher Herkunft und Eigenproduktionen, welche die russlanddeutsche Geschichte und Gegenwart thematisieren.

Mit Vorstellungen wie „Emigranten“ von Slawomir Mrozek und „Zwei auf einer Bank“ von Alexander Gelman sowie Eigenproduktionen wie „Und die Kabale und die Liebe“, „Der weite Weg zurück“, „MIX-MARKT einfach anders“ oder „Die Kist‘ von der Wolga“ finden Maria und Peter Warkentin überall begeisterte Zuschauer.

Maria und Peter Warkentin

2018 (Kulturvermittlung): „Russlanddeutsche Lieder. Geschichte – Sammlung – Lebenswelten“ – historisch-kritische Edition über das Liedgut der Russlanddeutschen:

Der Hauptpreis wurde Ingrid Bertleff, Eckhard John und Natalia Svetozarova für das zweibändige Werk „Russlanddeutsche Lieder. Geschichte – Sammlung – Lebenswelten“ verliehen. Damit würdigte die Jury eine Leistung, die in besonderem Maße zur Bewahrung, Erschließung und Vermittlung eines bedeutenden Teils des kulturellen Erbes der Russlanddeutschen beiträgt.

Kulturpreis 2018: Staatssekretär Wilfried Klenk (4. von links), der Bundesvorsitzende der LmDR, Johann Thießen (rechts), und Jury-Präsident Waldemar Weber (links) mit den PreisträgerInnen (Hauptpreis, Förderpreis, Ehrengabe) auf der Bühne (von links): Nina Hurr, Viktor Hurr, Eckhard John, Ingrid Bertleff, Dr. Irene Klünder und Elena Schilling.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnten die Preise des Jahres 2020 erst mit einem Jahr Verzögerung übergeben werden. Von links sind auf dem Titelbild des landsmannschaftlichen Presseorgans „Volk auf dem Weg“ zu sehen: Katharina Martin-Virolainen (Förderpreis), Eleonora Hummel (Hauptpreis) und Dr. Wendelin Mangold (Ehrengabe).

2020 (Literatur) Eleonora Hummel – breitenwirksame Auseinandersetzung mit ihrem kulturellen Hintergrund:

18 Jahre nach Erhalt des Förderpreises des Russlanddeutschen Kulturpreises wurde der Schriftstellerin Eleonora Hummel (geb. 1970 in Zelinograd, heute Nur-Sultan, Hauptstadt von Kasachstan) 2020 der Hauptpreis verliehen.

Die Jury hob in der Begründung der Entscheidung unter anderem hervor, dass sich Eleonora Hummel breitenwirksam mit ihrem kulturellen Hintergrund auseinandersetze. In bemerkenswerter Weise gelinge es ihr, Themen wie zum Beispiel die Erinnerungskultur und Mehrfachzugehörigkeit nicht nur für Personen mit russlanddeutschem Zuwanderungshintergrund zu platzieren, sondern diese auch in einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu überführen. Ihre Texte ermöglichten damit sowohl das Selbstverstehen von Russlanddeutschen wie auch das Fremdverstehen durch die Mehrheitsgesellschaft.

Eleonora Hummel

Wanderausstellung der LmDR „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“

Zentraler Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist die Präsentation der Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“ (bis Ende 2013 „Deutsche aus Russland gestern und heute. Volk auf dem Weg“), die vom Bundesministerium des Innern gefördert wird und seit über 25 Jahren ein Multiplikator des Wissens über die Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen ist.

Ziel

der Wanderausstellung ist, die Öffentlichkeit über die Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland aufzuklären und somit bestehende Vorurteile über diese Volksgruppe im Besonderen und Zuwanderer aus anderen Ländern im Allgemeinen abzubauen.

Dazu werden geschichtliche Hintergründe beleuchtet, warum die Deutschen nach Russland ausgewandert sind und warum sie 250 Jahre später wieder nach Deutschland zurückkehren.

Die Tätigkeit

der Projektleiter Jakob Fischer, Dr. Eugen Eichelberg und Christian Sprenger an den jeweiligen Ausstellungsorten teilt sich in zwei Bereiche auf:

- Organisation der Wanderausstellung und der dazu gehörenden Begleitveranstaltungen (zum Beispiel Feiern zur Ausstellungseröffnung, Podiumsdiskussionen, gemeinsame Gottesdienste, Tage und Abende der Begegnung, Seniorennachmittage, gemeinsame Veranstaltungen mit Repräsentanten der Politik und Öffentlichkeit);
- anschließende Präsentation der Wanderausstellung in Form von Vorträgen und Führungen.

Die Präsentation

der Wanderausstellung wird von den Projektleitern organisiert.

Dazu gehört die Kontaktaufnahme zu Schulen, Stadt- und Kreisverwaltungen, kirchlichen Einrichtungen, Bibliotheken, Mehrgenerationenhäusern, Jugendhäusern, Banken und Sparkassen, Bürgerhäusern, Stadthallen, Wohlfahrtsverbänden etc., die sich bereit erklären, die Wanderausstellung in ihren Räumlichkeiten kostenlos aufzustellen und der Bevölkerung zugänglich zu machen.

Die Wanderausstellung und der dazu gehörende Katalog werden durch weitere Instrumente ergänzt, mit deren Hilfe die LmDR auf sachlicher Basis dem offensichtlichen Mangel an korrekten Informationen über die deutschen Spätaussiedler aus den Staaten der GUS begegnet.

Die Projektleiter der Wanderausstellung (von links): Jakob Fischer, Dr. Eugen Eichelberg und Christian Sprenger.

Im Rahmen von Schulprojekttagen

versucht die Wanderausstellung, Schüler über die Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland aufzuklären. Deshalb werden an den teilnehmenden Schulen jeweils zwei bis drei Projekttage zum Thema „Migration und Integration“ durchgeführt.

Begleitveranstaltungen:

Außerdem werden zahlreiche Veranstaltungen mit Vorträgen, Führungen durch die Ausstellung und Kulturprogramm zum gegenseitigen Kennenlernen von Einheimischen und Deutschen aus Russland durchgeführt:

- Ausstellungseröffnungen mit Politikern sowie Vertretern von Kirchen, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden und Schulen;
- Podiumsdiskussionen mit Politikern zum Thema „Integration in Deutschland“;
- gemeinsame Gottesdienste unter dem Motto Thema „Heimat in der Fremde – Fremde in der Heimat“;
- Tage und Abende der Begegnung;
- Seniorennachmittage und Jugendbegegnungstage;
- gemeinsame Veranstaltungen mit den Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Zeittafel zur Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen

1652
Endgültige Errichtung der „Deutschen Vorstadt“ („Nemezkaja sloboda“) in Moskau.

1702
In einem Berufungsmanifest sichert Peter der Große den einwanderungswilligen Militärs und Fachleuten Religionsfreiheit zu.

1703
Gründung von St. Petersburg, wo sich zahlreiche deutsche Wissenschaftler, Militärs und Handwerker niederlassen.

1727
In der neuen russischen Hauptstadt St. Petersburg erscheint die erste deutsche Zeitung, die spätere „St. Petersburger Zeitung“ (verboten 1916).

1735
Gründung der St. Annenschulen in St. Petersburg.

1762
12. Dezember: Erster Aufruf von Zarin Katharina II. zur Auswanderung nach Russland, dem wenig Erfolg beschieden ist.

1763
22. Juli: Einladungsmanifest der Zarin Katharina II., vor allem an Handwerker und Ackerbauern. Es beginnt die Zeit der Masseneinwanderung deutscher und anderer Ausländer.

1764
Gründung von Nishnaja Dobrinka, der ersten deutschen Kolonie an der Wolga.

1764 – 1773
An der Wolga werden 104 deutsche Siedlungen (Kolonien) angelegt, 45 auf der Bergseite und 59 auf der Wiesenseite; 66 Kolonien sind lutherisch, 38 katholisch. In Saratow konstituiert sich eine evangelische Gemeinde.

1765
Gründung der Herrnhuter Kolonie Sarepta (heute Teil von Wolgograd); im Umkreis von St. Petersburg entstehen die „Nördlichen Kolonien“, in Neurussland die Belowescher Kolonien bei Kiew.

1789
In den Siedlungen Chortitza und Rosental am Dnjepr entstehen die ersten Kolonien deutscher Mennoniten in der Südukraine.

1800
Gnadenprivileg Pauls I. für die Mennoniten.

1803
Ansiedlung von Deutschen in Odessa. Gründung einer evang. Gemeinde.

1804 – 1824
Württemberger, Pfälzer, Badener und Elsässer folgen dem Einladungsmanifest des russischen Zaren Alexander I. (1801 – 1825) zur Ansiedlung am Schwarzen Meer (Neurussland, Bessarabien, die Krim).

1814
Beginn der deutschen Auswanderung nach Bessarabien.

1816
Ansiedlung von Westpreußen, Rheinländern, Pfälzern und Württembergern in Wolhynien.

1816/1817:
Beginn der Auswanderung von schwäbischen Siedlern aus Württemberg in den Südkaukasus.

1822
Gründung der ersten weiterführenden Bildungsanstalt für Kolonisten in Orloff, Taurien.

1826
27. August: Überfall von einheimischen Stämmen auf die deutsche Siedlung Katharinenfeld im Kaukasus mit zahlreichen Toten und in die Sklaverei Verschleppten.

1830
Gründung eines Lehrerseminars in Odessa.

1832
Gesetz über die evangelisch-lutherische Kirche in Russland.

1848
Gründung des katholischen Bistums Tiraspol mit Sitz in Saratow.

1853 – 1856
Deutsche Siedler unterstützen die russischen Truppenteile im Krimkrieg tatkräftig bei der Versorgung und Krankenpflege.

1854 – 1859
Mennoniten aus Westpreußen gründen Kolonien im Gebiet Samara, Wolgagebiet.

1856
Gründung eines katholischen Priesterseminars in Saratow.

1861
Aufhebung der Leibeigenschaft in Russland.

1863
Gründung der „Odessaer Zeitung“.
Deutsche Einwanderer aus Schlesien und Polen gehen als Siedler nach Wolhynien.

1871
Aufhebung der staatlichen Sonderverwaltung der Kolonisten. Sie werden nun als „Siedler-Eigentümer“ Teil des russischen Bauernstandes. Deutsche Dörfer und Landkreise behalten die innere Selbstverwaltung, unterste-

Anmerkung: Bis zum 1. Februar 1918 sind alle Daten der russischen Geschichte nach dem Julianischen Kalender (alter Stil) angegeben. Ab dem Jahr 1900 betrug der Unterschied zu dem im Westen geltenden Gregorianischen Kalender 13 Tage. Deshalb wurde in der Sowjetunion zum Beispiel der Tag der bolschewistischen Machtergreifung, die so genannte Oktoberrevolution, die am 25. Oktober 1917 (A.S.) stattfand, am 7. November (25. Oktober plus 13 Tage) gefeiert.

Zeittafel zur Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen

hen jedoch seither der allgemeinen Verwaltung auf Gouvernements- und Bezirksebene.
Erste Auswanderungswelle nach Übersee.

1874
Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Deutsche in Russland.

1881
24. Mai: Einweihung der katholischen Kathedrale in Saratow.

1882 – 1914
Gründung zahlreicher Tochtersiedlungen in Turkestan, in der kasachischen Steppe, in Sibirien und im Südural.

1887
Erlass über die Begrenzung des Grundbesitzes für Ausländer in den russischen Westgouvernements.

1895
Verbot der Vergabe von Krediten der Bauernbodenbank an deutsche Siedler-Eigentümer.

1897
Zwangsrussifizierung: abrupte Umstellung in deutschen Dorfschulen auf den Unterricht der meisten Fächer in russischer Sprache. Nach 1907 teilweise zurückgenommen.

1905
Erste russische Revolution, Unruhen und Aufstände auf dem Land und in den Städten.
17. Oktober: Zar Nikolaus II. verkündet die Einführung einer gesetzgebenden Reichsduma und die Gewährung bürgerlicher Grundrechte.

1906
Gründung der „Saratower Deutschen Zeitung", 1914 verboten und 1917/1918 kurzzeitig wieder erschienen.

1914
Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges werden die Deutschen in Russland zahlreichen Restriktionen unterzogen, obwohl ungefähr 300.000 von ihnen in der russischen Armee Dienst leisten.
4. August: Demolierung und Ausplünderung der Deutschen Botschaft in St. Petersburg.
18. August: Die Hauptstadt St. Petersburg wird in Petrograd umbenannt.
18. August: Erlass der Zarenregierung verbietet den Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit.
Die russische Militärführung der westlichen Frontabschnitte ordnet die Ausweisung zahlreicher „verdächtiger Elemente" und potentieller Landesverräter an. Insgesamt werden bereits in diesem Jahr etwa 30.000 russische Bürger deutscher Herkunft belangt.

1914 - 1916
Schließung aller deutschsprachigen periodischen Presseorgane, Verbot des Schulunterrichts und der Gottesdienste in der Muttersprache.

1915
2. Februar: „Liquidationsgesetze". Deutscher Landbesitz soll in einem 150 Kilometer tiefen Grenzstreifen zwangsveräußert und russischen Bauern gegeben werden.
Die Militärverwaltung ordnet Deportationen der Deutschen aus den frontnahen Gouvernements ins Landesinnere an; vor allem die Deutschbalten und Wolhynier sind davon betroffen.
26. – 29. Mai: Antideutscher Pogrom in Moskau mit mehreren Toten und Verwundeten.
14. Juni: Anordnungen der Militärverwaltung zur Aussiedlung der deutschen Kolonisten und Juni aus dem Gouvernement Wolhynien. Bereits bis zum 20. Juli 1915 werden etwa 70.000 Wolhyniendeutsche in größter Eile ins Innere des Landes verschickt.
13. Dezember: Verschärfung der Liquidationsgesetzgebung, Ankauf des Landbesitzes der russischen Untertanen „feindstaatlicher Herkunft" zu festen Preisen und nur durch die Bauern-Länderbank.

1916
Insgesamt werden während des Ersten Weltkrieges etwa 200.000 russische Staatsbürger deutscher Herkunft zwangsverschickt; Tausende kommen dabei ums Leben.

Ausführliche Angaben zu Opferzahlen des kommunistischen Terrors in der Sowjetunion auf Tafel 16 der Ausstellung.

1917
Liquidationsgesetzgebung soll sich praktisch auf das ganze Land erstrecken.
27. Februar: Bürgerliche demokratische Revolution stoppt weitere Zwangsaussiedlungen und -enteignungen.
Kongresse der Russlanddeutschen in Moskau, Saratow und Warenburg/Wolga, Slawgorod/Sibirien und Odessa.
25. Oktober: „Oktoberrevolution"; Machtergreifung der Bolschewiki.

1918
1. bis 14. Februar: Wolgadeutscher Kongress in Warenburg, der eine territoriale Autonomie verlangt.
3. März: Frieden von Brest-Litowsk mit gegenseitiger Repatriierungsklausel für russischstämmige Bürger in Deutschland bzw. deutschstämmige Bürger in Russland.
April: Im Wolgagebiet wird eine „Kommission für deutsche Angelegenheiten" unter der Leitung des späteren Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Ernst Reuter, gebildet.
19. Oktober: Der Rat der Volkskommissare genehmigt per Dekret die Errichtung einer Gebietsautonomie (Arbeitskommune) der Wolgadeutschen.
Dekret der kommunistischen Regierung „Über die Trennung von Staat und Kirche und der Schule von der Kirche", wodurch „alles Vermögen der in Russland bestehenden Kirchen und Religionsgemeinschaften zum Staatseigentum" erklärt wird.

1919
Juli – August: Bewaffnete Erhebung der deutschen Bauernschaft in Großliebental, Kreis Odessa, gegen bolschewistische Lebensmitteleintreibungen und Mobilisierungen.
Oktober – Dezember: Plünderungen, Brandschatzungen, Raub, Verwüstungen, Vergewaltigungen und mehrere hundert Morde gehen auf das Konto der Banden des Anarchisten Machno, insbesondere in den Mennoniten-Siedlungen der Südukraine.

Zeittafel zur Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen

1921
Auf Revolution und Bürgerkrieg folgt in Russland eine große Hungersnot, verursacht in erster Linie durch falsche Wirtschaftspolitik mit rücksichtslosen Nahrungsmitteleintreibungen, von denen die deutschen Dörfer an der Wolga und im Süden des Landes hart getroffen werden. Das Präsidium des Gebietsexekutivkomitees des Autonomen Gebietes der Wolgadeutschen erklärt, dass mehr als zwei Drittel der dort lebenden Wolgadeutschen (etwa 300.000) hungern.
März: Unter dem Eindruck der landesweiten Unruhen und Bauernaufstände beschließt die Sowjetführung einen Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik" (NÖP, 1921 – 1928).
März – April: Hungeraufstände in mehreren wolgadeutschen Dörfern, die brutal niedergeschlagen werden.
16. Mai: Gründung des Allrussischen mennonitischen landwirtschaftlichen Vereins.

1922
Eingliederung russischer, ukrainischer und tatarischer Dörfer in das Gebiet der Wolgadeutschen.
August: In Seelmann, Wolga, wird das erste deutschsprachige pädagogische Technikum, das ein Jahr später nach Marxstadt überführt wird, gegründet.

1923
Gründung des Allrussischen Mennonitischen landwirtschaftlichen Vereins (aufgelöst 1928).

1924
20. Februar: Aufwertung des Autonomen Gebietes zur Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen (ASSRdWD) mit Pokrowsk, dem späteren Engels, als Hauptstadt.
12. Juni: Einführung von Deutsch als Amts- und Unterrichtssprache in der ASSRdWD.

1925
9. Juni: Beschluss der Regierung der Wolgarepublik zur Gründung des Zentralmuseums der ASSRdWD mit dem Sprachwissenschaftler Prof. Georg Dinges als erstem Direktor.

1926
Verabschiedung der Verfassung der ASSRdWD.
Laut Volkszählung leben in der Sowjetunion 1.238.549 Deutsche, davon in der Ukraine 393.924, in der ASSRdWD 379.630, auf der Krim 43.631 usw.
In Moskau erscheint die „Deutsche Zentralzeitung" (DZZ), die bis 1939 existiert.

1927
Gründung eines deutschen Rayons Altai.

1928
Beginn der Zwangskollektivierung der selbständigen Bauernwirtschaften, verbunden mit der restlosen Enteignung der wohlhabenden Bauern („Kulaken") und ihrer Verbannung nach Kasachstan und in den Hohen Norden.
5. Oktober: Beschluss der Regierung der RSFSR über die Gründung des Deutschen Pädagogischen Instituts in Pokrowsk, Wolgagebiet, zur Ausbildung von Lehrern für Mittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache.

1929
8. April: Per Gesetz werden Geistliche und andere Personen im Dienst der Kirche zu zweitrangigen sowjetischen Bürgern erklärt.
Als Protest gegen Enteignungen und religiöse Verfolgungen brechen im November und Dezember an die 14.000 Deutsche, zumeist Mennoniten, mit ihren Familien auf. Sie fordern freie Ausreise aus dem Land. Insgesamt gelingt es 5.671 von ihnen, über Deutschland nach Amerika auszuwandern.

1930
6. Januar: Offizielle Eröffnung der ersten Hochschule mit deutscher Unterrichtsprache in der Sowjetunion, des Deutschen Pädagogischen Instituts in Engels.
30. Januar: Verhaftung von Prof. Georg Dinges; Auftakt zum Kampf gegen den „deutschen bürgerlichen Nationalismus" in der Wolgarepublik.

1931
Zum **1. Juli** sind 95 Prozent der Wolgadeutschen in Kolchosen. Zahlreiche deutsche Kirchen werden zu „Kulturhäusern" umfunktioniert.

1932
22. Mai: Offizielle Eröffnung des Deutschen Akademischen Staatstheaters in Engels

1932 – 1934
Zweite große Hungersnot an der Wolga, in Kasachstan und in der Ukraine; eine Folge der überstürzten Kollektivierung, die besonders die Landbevölkerung trifft.

1933
Dezember: Führende Dozenten und Professoren der Deutschen Abteilung des Ukrainischen Pädagogischen Instituts in Odessa werden verhaftet.

1936
Nach einem Regierungsbeschluss über die Aussiedlung von 15.000 polnischen und deutschen Haushalten aus der Ukraine werden 69.283 Personen aus den Grenzgebieten nach Kasachstan verbannt; Polen machen dabei mit etwa 75% das Gros der Zwangsausgesiedelten aus.
5. Dezember: Annahme der Stalin'schen Verfassung, die direkte oder indirekte Beschränkungen der Rechte von Personen aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit oder die Propagierung von Nationalitätenhass unter Strafe stellt.

1937
Sämtliche deutschen Kirchen werden entweiht.
Die ASSRdWD bekommt eine sozialistische Verfassung.

1937 – 1938
Die sowjetische politische Strafjustiz verurteilt in diesen zwei Jahren 1.372.382 Personen, von denen 681.692 erschossen werden. Nach bislang veröffentlichten Opferlisten und Schätzungen der russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial" kostete der „Große Terror" etwa 55.000 Deutschen das Leben

Zeittafel zur Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen

12. Dezember 1937: Neun Wolgadeutsche in den Obersten Sowjet der UdSSR, das „oberste Organ der Staatsgewalt“, gewählt.

1938

24. Januar: Beginn der Schließung der deutschsprachigen allgemeinbildenden Schulen sowie Fach- und Hochschulen mit Ausnahme derer, die in der ASSR der Wolgadeutschen liegen.
1. September: Alle deutschen Schulen außerhalb der ASSR der Wolgadeutschen werden im Normalfall in russische und seltener in ukrainische umgewandelt.
Zu den Maßnahmen im Rahmen des „Großen Terrors“ in den Jahren 1936 bis 1938 siehe Tafel 9.

1939

Die Anfang des Jahres durchgeführte Volkszählung registriert in der UdSSR 1.427.232 Deutsche – 0,8 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes.
März: Auflösung der deutschen Rayons in der Ukraine.

1939 – 1940

Aufgrund der geheimen Absprache der beiden Diktatoren Stalin und Hitler annektiert die Sowjetunion Bessarabien (gehörte zu Rumänien), die Westukraine und Westweißrussland (zu Polen) sowie die unabhängigen baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Die dort ansässige deutsche Minderheit votiert in überwiegender Mehrheit für Deutschland („Vertragsumsiedler“).

1941

22. Juni: Beginn des Angriffs von NS-Deutschland auf die Sowjetunion.
28. August: Verabschiedung des Erlasses über die Aussiedlung der Deutschen aus den Wolgaregionen. Damit legalisiert das Präsidium des Obersten Sowjets der Sowjetunion die Deportation seiner deutschen Bürger, die zu dieser Zeit bereits voll im Gange ist. Es kommt zur Auflösung und Liquidierung aller kulturellen Institutionen wie deutsche Museen, Bibliotheken, Theater, Zeitungen oder Verlage. Schließung oder Umprofilierung von Bildungsstätten, Verbot des Unterrichts in deutscher Sprache.
31. August: Das Politbüro des Zentralkomitees der ukrainischen KP beschließt die Ausweisung der Deutschen aus der Ukraine.
7. September: Territorium der ASSR der Wolgadeutschen geht an die Gebiete Saratow und Stalingrad.

1942

Durch geheime Beschlüsse des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 10. Januar, 14. Februar und 7. Oktober werden im Laufe des Krieges ca. 350.000 russlanddeutsche Jugendliche, Frauen und Männer zur Zwangsarbeit mobilisiert.
Zum Verlauf der Deportation und der Verbringung in die Zwangsarbeitslager siehe Tafeln 10-13 der Ausstellung.

1943 – 1944

Etwa 340.000 Schwarzmeerdeutsche, die in den nationalsozialistischen Herrschaftsbereich geraten sind, werden beim Rückzug der Wehrmacht in den Warthegau umgesiedelt und erhalten die deutsche Staatsbürgerschaft („Administrativumsiedler“).
Eine Reihe von Völkern, Tschetschenen, Kalmücken, Krimtataren u.a., werden kollektiv des Vaterlandsverrats beschuldigt und nach Sibirien und Zentralasien deportiert.

1945

8. Januar: Regierungsverordnung der Sowjetunion über die Rechtsstellung der Deutschen und anderer deportierter Völker. Einrichtung von Sonderkommandanturen zur besseren Kontrolle der Sondersiedler.
8. (9.) Mai: Kapitulation des Deutschen Reiches.
11. Oktober: Befehl des NKWD der Sowjetunion zur Einweisung aller repatriierten Russlanddeutschen in Sondersiedlungen.
21. September: Gründung des Grenzdurchgangslagers Friedland, das sich über die Jahrzehnte für Millionen deutsche Heimkehrer, Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler zum Symbol ihrer Ankunft und ihres neuen Lebens in Deutschland entwickelt.

1945 – 1946

„Repatriierung“ unter Zwang und falschen Versprechungen von ca. 210.000 russlanddeutschen „Administrativumsiedlern“. Sie werden jedoch nicht in ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete in der UdSSR, sondern in die Deportationsgebiete in Zentralasien und Sibirien gebracht und unter das Sonderregime des Innenministeriums gestellt.

1946

Gründung des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, der etwa 23.000 Deutschen aus Russland erfolgreich bei der Suche nach Verwandten helfen kann.

1948

21. Februar: Verordnung des Ministerrates „Über die Verbannung, Ausweisung und über die Sondersiedlungen“, die ein wesentlich strengeres Unterbringungsregime für die verbannten Völker vorsieht.
26. November: Verschärfung der Bedingungen für Deutsche und andere Sondersiedler durch ein Dekret, das die Verbannung „auf ewig” festschreibt und für unerlaubtes Verlassen des Aufenthaltsortes 20 Jahre Zwangsarbeit vorsieht.

1950

22. April: Gründung der LmDR in Stuttgart unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft der Ostumsiedler“. Ihren heutigen Namen erhält sie bei ihrem dritten Bundestreffen am 30. Mai 1955 in Frankfurt am Main.
5. August: Die LmDR unterzeichnet die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“.

1953

5. März: Stalins Tod. Vorsichtige Liberalisierung der sowjetischen Gesellschaft, beginnende Rehabilitierung der Opfer politischer Justiz, schrittweise Verbesserung der Lage der deportierten Völker.
Unter den 2.820.000 in der Sowjetunion registrierten Sondersiedlern stellen die Deutschen mit 1.225.000 (43,4%) den weitaus größten Anteil.

Zeittafel zur Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen

1954

5. Juli: Regierungsbeschluss „Über die Aufhebung einiger Einschränkungen in der Rechtsstellung der Sondersiedler".

1955

22. Februar: Bundesrepublik Deutschland erkennt Einbürgerungen aus der Kriegszeit an.

10. März: Deutsche Sondersiedler erhalten ihre Pässe, die ihnen seit Ende des Zweiten Weltkrieges vorenthalten worden sind.

9. – 13. September: Besuch von Bundeskanzler Adenauer in Moskau. Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

13. Dezember: Erlass über die Aufhebung der Einschränkungen in der Rechtsstellung der deutschen Sondersiedler und ihre Befreiung von der Kommandanturaufsicht.

1955 – Mitte der 1960er Jahre

Zehntausende deutsche Justizopfer der 1930er bis 1940er Jahre werden im Zuge der widersprüchlichen Entstalinisierungspolitik Chruschtschows rehabilitiert. Allerdings kann nur die Revision einer strafrechtlichen Verurteilung durch ein ordentliches Gerichts bzw. andere Organe mit gerichtlichen Befugnissen beantragt werden. Willkürliche Erschießungen und Verhaftungen während des Bürgerkriegs, Enteignungen, Deportationen und Verbannungen, Einweisungen in Zwangsarbeitslager und ähnliche Unrechtstaten können weder juristisch angefochten werden noch zu einer Schadenersatzklage führen.

1956

Im Altai erscheint die „Arbeit", die erste russlanddeutsche Zeitung in der Sowjetunion der Nachkriegszeit.

1957

Die Wiederherstellung der autonomen Gebiete und Republiken der Tschetschenen, Kalmücken, Balkaren, Karatschaen und Inguschen führt zur offiziellen Beseitigung des Verratsvorwurfes, bringt eine begrenzte materielle Entschädigung mit sich und bewirkt ein gewisses sprachlich-kulturelles und soziales Fortkommen dieser Völker. Dagegen verweigert man den Deutschen (und den Krimtataren) jegliche substanzielle Wiedergutmachung.

In Moskau erscheint die überregionale deutschsprachige Zeitung „Neues Leben".

1958

15. Januar: Nach langem Ringen erreicht die LmDR die Einbeziehung der Deutschen aus Russland in das bereits am 1. Januar 1952 in Kraft getretene Lastenausgleichsgesetz.

8. April: Deutsch-sowjetische Übereinkunft über die Zusammenarbeit der Rotkreuz-Organisationen beider Länder eröffnet Perspektiven für die Familienzusammenführung.

Juni: Gründung einer Redaktion für deutschsprachige Radiosendungen in der kasachischen Hauptstadt Alma-Ata.

1959

Bei der Volkszählung geben 1.619.000 Sowjetbürger deutsch als Nationalität an. 1939 waren es etwa genauso viele, die Gesamtbevölkerung der UdSSR ist im gleichen Zeitraum aber um 22 Prozent gestiegen.

24. April: Deutsch-sowjetisches Abkommen über Familienzusammenführung. Die Ausreiseanträge werden von den sowjetischen Behörden jedoch meistens abgelehnt.

1960

1960: Die erste Nachkriegspublikation deutschsprachiger Literaten in der UdSSR, der Sammelband „Hand in Hand", erscheint.

1961

17. – 31. Oktober: 22. Parteitag der KPdSU, auf dem Stalin und seine Politik ungewöhnlich scharf kritisiert werden. Die Beschlüsse des Parteitags geben einen nachhaltigen Impuls zur Erstarkung der deutschen Protest- und Autonomiebewegung in der Sowjetunion.

1964

29. August: Aufgrund zahlreicher Protestbriefe und Eingaben erscheint ein Dekret über die Teilrehabilitierung der Russlanddeutschen. Für die Deutschen in der Sowjetunion hebt das Präsidium des Obersten Sowjets den Teil des Deportationserlasses vom 28. August 1941 auf, „der pauschal erhobene Vorwürfe gegen die Wolgadeutschen enthält". Der Erlass legt jedoch großen Wert darauf, dass die Russlanddeutschen in den Gebieten in Sibirien, Kasachstan usw. bleiben, wo sie jetzt leben und „integriert sind".

1965

Zwei Abordnungen von Russlanddeutschen reisen nach Moskau und versuchen vergeblich, eine Wiederherstellung der aufgelösten deutschen Autonomie an der Wolga zu erreichen. Enttäuschung und verstärkter Wunsch, in die Bundesrepublik Deutschland auszuwandern, um dort Glaubens- und Gewissensfreiheit, rechtliche Gleichheit und die erhoffte sprachlich-kulturelle Umgebung zu finden.

1970

In der Sowjetunion leben laut Volkszählung 1.846.317 Deutsche. 66,8% von ihnen geben Deutsch als Muttersprache an; nur 316 Russlanddeutsche dürfen ausreisen.

12. August: Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.

1971 – 1982

Über 70.000 Russlanddeutsche profitieren von der Ost-West-Entspannung. Sie dürfen nach Deutschland ausreisen.

1972

3. November: Russlanddeutschen und Griechen wird neben den Bulgaren und Armeniern auf der Krim per Ukas zugesagt, dass sie wieder frei ihren Wohnsitz wählen können.

1973

25. Februar: Festnahme von zwölf Russlanddeutschen, die vor der Deutschen Botschaft in Moskau für ihre Ausreise demonstrieren wollen.

Zeittafel zur Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen

1974

„Volk auf dem Weg" berichtet: Nach der Verurteilung von vier Sowjetdeutschen in Estland zu Freiheitsstrafen wegen Beteiligung an einer Demonstration hat der sowjetische Regimekritiker Sacharow an die Bundesregierung appelliert. In einem westlichen Korrespondenten zugänglich gemachten Schreiben an Bundeskanzler Schmidt, den SPD-Vorsitzenden Brandt und die Abgeordneten des Bundestages ruft Sacharow dazu auf, für die „unschuldig Verurteilten" einzutreten und alle „nur möglichen Formen" auszunutzen, um auf die Sowjetmacht einzuwirken.

Nach Angaben Sacharows hat ein estnisches Gericht in der Stadt Kechra die Sowjetdeutschen Waldemar Schulz, Gerhard Fast und Ludmilla Oldenburger zu je zwei sowie Peter Bergmann – er ist Vater von acht Kindern – zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, weil sie Anfang Februar vor dem Gebäude des Moskauer Zentralkomitees für ihre Ausreise in die Bundesrepublik im Zuge der Familienzusammenführung demonstriert hatten. Ludmilla Oldenburger hatte sich dabei mit ihren beiden Söhnen an eine Verkehrsampel gekettet.

In seinem Brief ruft Sacharow dazu auf, von den sowjetischen Behörden eine „Überprüfung dieses ungerechten und grausamen Urteils" zu fordern sowie diejenigen Sowjetdeutschen, die in die Bundesrepublik ausreisen wollen, zu unterstützen. In weiteren Schreiben appelliert der Atomphysiker an US-Außenminister Kissinger, den Kongress sowie an Senator Jackson, den Verurteilten zu helfen. Das sowjetische Staatsoberhaupt Podgorny wird schließlich aufgefordert, das Urteil überprüfen zu lassen.

1975

1. August: Unterzeichnung der KSZE-Akte in Helsinki mit Verankerung der Menschenrechte als wichtigstem Ergebnis für die Deutschen in der Sowjetunion.

1979

30. Januar: Übernahme der Patenschaft über die LmDR durch die baden-württembergische Landesregierung mit ihrem damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth (1937 – 2016).
Scheinversuch der Einrichtung eines deutschen autonomen Gebiets im Norden Kasachstans.

1980

26. Dezember: In Temirtau, Kasachstan, wird ein deutschsprachiges Theater eröffnet, das 1990 nach Alma-Ata umzieht und heute nur noch ein bescheidenes Dasein fristet, zumal die meisten Schauspieler nach Deutschland ausgereist sind.

1984

28. Dezember: Das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU beschließt Maßnahmen gegen die „propagandistische Kampagne im Westen rund um die Lage der sowjetischen Bürger deutscher Nationalität in der Sowjetunion".

1985

11. März: Michail Gorbatschow wird zum Generalsekretär der KPdSU gewählt.
2. November: Übernahme der Patenschaft über die Wolgadeutschen durch das Land Hessen.

1986

Im Dezember finden schwere ethnische Unruhen in der kasachischen Metropole Alma-Ata statt, die zum ersten Mal öffentlich zur Sprache kommen. Sie dienen als Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit zahlreichen ungelösten Nationalitätenproblemen des Landes, darunter auch der Frage der deutschen Minderheit.

1987

1. Januar: Nach dem Inkrafttreten des neuen sowjetischen Gesetzes über die Ausreise und Einreise steigen die Aussiedlerzahlen erheblich an auf bisher nicht da gewesene Werte.
Oktober: Bundeskanzler Kohl empfängt in Moskau Vertreter der deutschen Autonomiebewegung.

1989

In der UdSSR gibt es laut Volkszählung 2.036.000 Deutsche; nur 48,7% von ihnen geben Deutsch als Muttersprache an.

16. Januar: Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über zusätzliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit hinsichtlich der Opfer der Repressionen im Zeitraum der 1930er und 1940er Jahre sowie zu Beginn der 1950er Jahre".
Im **März** wird in Moskau die Unionsgesellschaft „Wiedergeburt" gegründet, die sich als erstes Ziel die Wiedererrichtung der Deutschen Autonomie setzt.
Ebenfalls im **März** beginnt die Ausstrahlung der täglichen deutschsprachigen Sendung „Guten Abend" im kasachischen Fernsehen.
14. November: Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Bewertung der Repressionsakte gegen Völker, die gewaltsam umgesiedelt wurden, als ungesetzlich und verbrecherisch und über die Gewährung der Rechte dieser Völker".

1989 – 1992

Massive Proteste an der Wolga gegen die Rückkehr der Deutschen und die Wiederherstellung der autonomen Republik.

1990

Mai: Gorbatschow dämpft die Hoffnungen der Russlanddeutschen auf eine Autonomie, als er in Nischnij Tagil sagt: „Dort, wo einst die deutsche Autonomie an der Wolga war, wohnen heute andere Menschen. Wir können nicht ein Problem lösen und damit ein anderes schaffen."
13. August: Regierungserlass der UdSSR „Über die Wiederherstellung der Rechte aller Opfer politischer Repressalien der 1920er bis 1950er Jahre".
23. – 26. Oktober: Organisiert von Jakob Fischer, veranstaltet das Deutsche Theater Alma-Ata, Kasachstan, das größte Festival der deutschen Kultur in der Geschichte der Russlanddeutschen mit über 2.000 Musikern und Sängern aus 120 Gebieten der Sowjetunion.
9. November: Ein Vertrag zwischen Deutschland und der UdSSR ermöglicht u. a. deutschen Sowjetbürgern die Pflege ihrer nationalen, sprachli-

Zeittafel zur Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen

chen und kulturellen Identität. Wird von Russland als Rechtsnachfolgerin der UdSSR übernommen.

1991

12. bis 15. März: Außerordentlicher Kongress gewählter Vertreter der deutschen Bevölkerung, der die Wiederherstellung der Autonomen Republik der Wolgadeutschen als Voraussetzung ihrer rechtlichen und politischen Gleichstellung fordert.
Gesetze der Republik Kasachstan **(14. April)**, der Ukraine **(17. April)**, der Republik Kirgisistan **(27. Mai)** und der Russischen Föderation **(18. Oktober)** über die Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen.
1. Juli: In der Region Altai, Sibirien, wird der 1938 aufgelöste deutsche Landkreis Halbstadt wiederhergestellt.

1992

8. Januar: In einer Rede im Gebiet Saratow erteilt der amtierende Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, den Autonomieplänen eine unmissverständliche Absage.
17. Februar: Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Russischen Föderation über die Gründung des deutschen Landkreises Asowo im Gebiet Omsk, Sibirien.
21. Februar: Ukas „Über sofortige Maßnahmen zur Rehabilitation der Russlanddeutschen", in dem ein deutscher nationaler Rayon im Gebiet Saratow und ein deutscher Landkreis im Gebiet Wolgograd vorgesehen sind. Diese Entscheidungen bleiben auf dem Papier.
10. Juli: Unterzeichnung des russisch-deutschen Protokolls über die Zusammenarbeit beider Länder bei der schrittweisen Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen.

1993

1. Januar: Inkrafttreten des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes, in dem u.a. festgehalten wird:
Wer als Spätaussiedler ab dem 1. Januar 1993 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist ist, erhält eine pauschale Eingliederungshilfe für den erlittenen Gewahrsam. Für Russlanddeutsche, die vor dem 1. April 1956 geboren wurden, beträgt die pauschale Eingliederungshilfe DM 4000. Sie erhöht sich auf DM 6000, wenn das Geburtsdatum des Berechtigten vor dem 1. Januar 1946 liegt.
11. Juni: Eröffnung des „Bayerischen Hauses" in Odessa.
Nach dem Zerfall der UdSSR und dem Rücktritt Gorbatschows am 25. Dezember 1991 haben sich die Aktivitäten der ehemaligen Sowjetdeutschen in ihre Aufenthaltsorte in der GUS und in Deutschland verlagert. Die Ausreisezahlen erreichen ungeahnte Ausmaße von 200.000 und mehr pro Jahr und können auch durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz vom 1. Januar 1993 nicht gesenkt werden, da bereits zu viele ausreisewillige Bürger der GUS auf gepackten Koffern sitzen.
Ende des Jahres: Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Horst Waffenschmidt, bezeichnet zehn Regionen, Zentren und Interessenvertretungen in der ehemaligen Sowjetunion als Inseln der Hoffnung für die Deutschen in Russland:

- *Nationalkreis Asowo und der „Regionalverband Omsk"*
- *Kirchen- und Kulturzentrum Omsk*
- *Nationalkreis Halbstadt (Altai)*
- *Wirtschaftszentrum Nowosibirsk*
- *Siedlungsschwerpunkte im Wolga-Gebiet*
- *Kirchen- und Kulturzentrum Marx/ Wolga*
- *Kulturzentrum St. Petersburg*
- *Entwicklungsregion St. Petersburg*
- *Nationalrat der Russlanddeutschen in Moskau*
- *Deutsche Botschaft in Moskau sowie die Deutschen Generalkonsulate in St. Petersburg, Saratow, Nowosibirsk und Kaliningrad*

1994

Der Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, lässt die Nachricht verbreiten, 400.000 Deutsche in ihren früheren Wohngebieten im Süden der Ukraine aufzunehmen, doch bereits am 14. April erklärt die deutschsprachige Zeitung „Neues Leben" in Moskau das Projekt für gescheitert.

1996

Die Bundesregierung versucht durch die Einführung von Sprachtests und anderen restriktiven Maßnahmen die hohen Einwanderungszahlen (1995: 172.181) zu drosseln. In den folgenden Jahren gehen die Zahlen kontinuierlich bis auf unter 2.000 im Jahr 2012 zurück.
22. Juni: Die LmDR kann zu ihrem 25. Bundestreffen in Stuttgarter offizielle Vertreter von zehn russlanddeutschen Organisationen in der ehemaligen Sowjetunion begrüßen:

- **Deutsche in Litauen**
- **„Deutscher Kanal"**
- **„Internationaler Verband der Russlanddeutschen"**
- **„Internationale Verband der Russlanddeutschen Kultur"**
- **„Russlanddeutsche Akademie der Wissenschaften"**
- **„Verband der Russlanddeutschen in Kasachstan"**
- **„‚Wiedergeburt' Kasachstan"**
- **„‚Wiedergeburt' Russland"**
- **„Zwischenstaatlicher Rat der Russlanddeutschen"**

1. März: Die Bundesregierung beschließt das Wohnortezuweisungsgesetz zur Festlegung eines vorläufigen Wohnsitzes für Spätaussiedler.
25. September: Novellierung des Fremdrentengesetzes durch die Bundesregierung mit erheblichen Rentenminderungen für Spätaussiedler.

1997

Mai: Bundeskanzler Helmut Kohl bekräftigt bei einem Besuch in Almaty, Kasachstan, die Positionen der Bundesregierung, indem er die Deutschen zum Verbleib in Kasachstan ermutigt, gleichzeitig aber die Rechtsposition bestätigt, dass Deutsche weiterhin nach Deutschland ausreisen dürfen.
2. September: Bundespräsident Roman Herzog eröffnet in Moskau ein Haus der Russlanddeutschen als Zentrum der Begegnung von Deutschen und Russen. Mit deutscher Hilfe entstehen ähnliche Begegnungsstätten auch im Raum Sankt Petersburg, in Kasachstan und im Altaigebiet.

Zeittafel zur Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen

1998
In der Nähe von St. Petersburg werden die ersten Wohnhäuser für deutsche Umsiedler fertig.
6. Juni: Stuttgart: 26. Bundestreffen der LmDR mit Bundeskanzler Kohl als Festredner. Er betont das Eintreten der bundesdeutschen Regierung für die Deutschen in der ehemaligen Sowjetunion und verweist auf die oft zermürbenden Verhandlungen mit der russischen Regierung.

1999
Der Nachfolger von Dr. Horst Waffenschmidt (CDU) als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Jochen Welt (SPD), verspricht keine Kehrtwende, aber neue Akzente in der Aussiedlerpolitik in Richtung kleinerer und gezielterer Projekte.

2000
Wladimir Putin löst Boris Jelzin als Präsident der Russischen Föderation ab. Die Welt erwartet von ihm mehr Demokratie. Die Russlanddeutschen warten ab und richten ihre Blicke weiterhin in Richtung Deutschland.
Begrenzung der Aufnahmebescheide pro Jahr auf 100.000.

2001
Papst Johannes Paul II. wendet sich bei einem Besuch Kasachstans an die Deutschen und sagt: "Durch eure menschliche Anstrengung ist es euch gelungen, die Lebensleistungen in diesem weiten Land zu verbessern."
26. August: Gedenkveranstaltung der LmDR vor dem Brandenburger Tor aus Anlass des 60. Jahrestages der Deportation der Deutschen in der UdSSR.
Jochen Welt nennt die vier Säulen der Aussiedlerpolitik der Bundesregierung:
- *Sprachförderung in Form von Sprachkursen;*
- *soziale Beratung und Betreuung durch ein bundesweites Netz von Einrichtungen;*
- *Maßnahmen zur beruflichen Integration, die entgegen dem allgemeinen Trend auf dem Arbeitsmarkt bereits zu einem deutlichen Rückgang von Arbeitslosigkeit bei Spätaussiedlern geführt haben.*
- *gesellschaftliche Integration durch zentrale Organisationen und Verbände.*

2002
In den bundesdeutschen Medien häufen sich einseitig negative Berichte über Deutsche aus Russland. Zu einem Beitrag im ARD-Magazin Panorama unter dem reißerischen Titel „Dealen statt Deutschkurs – Zunehmende Kriminalität unter Spätaussiedlern" nimmt die LmDR mit deutlichen Worten Stellung:
„Vielen ‚Einheimischen' ist das Schicksal der russlanddeutschen Volksgruppe nicht bekannt. Ihr Bericht hat in keiner Weise dazu beigetragen, diese Unkenntnis zu beseitigen, er hat vielmehr durch einseitige Informationen bestehende Vorurteile vertieft."

2003
Aus Nischni Tagil und Krasnoturinsk im mittleren Ural sowie zahlreichen anderen Städten Russlands werden Initiativen zum Gedenken an den Jahrestag des Ukases vom 28. August 1941 über die Deportation der Russlanddeutschen gemeldet und Gedenktafeln enthüllt.

2004
28. August: Einweihung einer russlanddeutschen Gedenkstätte in Archangelsk.
17. November: Der Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Kemper übernimmt das Amt des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung.
Zunehmende Aktivitäten vermeldet die russische Menschenrechtsorganisation „Memorial", die sehr umfangreiche Gedenkbücher mit Tausenden von Namen und Daten aus den sowjetischen Kriegs- und Terrorjahren veröffentlicht. Am 5. Dezember erhält die Gesellschaft den „Alternativen Nobelpreis".

2005
1. Januar: Das Zuwanderungsgesetz tritt in Kraft, das die LmDR bereits zwei Jahre vor seiner endgültigen Verabschiedung heftig kritisiert hat:
Das Zuwanderungsgesetz trägt in höchst ungenügender Weise dem besonderen Schicksal der russlanddeutschen Volksgruppe Rechnung. Dabei dürfte es dem Gesetzgeber durchaus bekannt gewesen sein, dass die Russlanddeutschen vor allem nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion jahrzehntelanger Verfolgung und Vernichtung ausgesetzt waren.
Diese Menschen nach dem Verlust unzähliger Angehöriger, nach Repressionen und Unterdrückung ein weiteres Mal zu bestrafen, indem man die Hürden für ihre Ausreise höher baut, ist unverantwortlich.
Wer die Bestimmungen des Zuwanderungsgesetzes durchsetzen will, nimmt Familientrennungen in Kauf oder verhindert bewusst die weitere Einreise von Russlanddeutschen.
FAZIT: Die Landsmannschaft ist jederzeit bereit, mit allen, die es ernst meinen, über Schwierigkeiten bei der Integration von russlanddeutschen Spätaussiedlern zu sprechen. Sie kann es aber nicht zulassen, dass Menschen, die ein halbes Jahrhundert lang unschuldig gelitten haben, aufgrund falscher Prämissen an der Ausreise gehindert werden.
Im Einzelnen enthält das Gesetz die folgenden Vorgaben für die Aufnahme von Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion:
- *Ausreichende deutsche Sprachkenntnisse bei Ehegatten und Abkömmlingen von Spätaussiedlern*
- *Nachzug von Ehegatten und Abkömmlingen nach ausländerrechtlichen Vorgaben*
- *Einbeziehung von Ehegatten bei kurzer Ehezeit nicht möglich*
- *Einbeziehung nur auf ausdrücklichen Antrag*
- *Anspruch der Spätaussiedler sowie der Ehegatten und Abkömmlinge auf einen kostenlosen Integrationskurs*
- *Zuständigkeit des Bundesverwaltungsamtes für das Bescheinigungsverfahren, um das Verfahren zu vereinheitlichen*
- *Ausschluss der Höherstufung von Ehegatten und Abkömmlingen von*

Spätaussiedlern, wenn sie bereits eine rechtskräftige Ablehnung ihres eigenen Antrags auf Aufnahme als Spätaussiedler erhalten haben

2006

Februar: Dr. Christoph Bergner (CDU) wird neuer Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung.
Das Bundesverfassungsgericht erklärt die drastischen Kürzungen der Renten für Aussiedler für rechtens.
10. April: Konstituierung des Beirates für Spätaussiedlerfragen beim Bundesministerium des Innern. Das Gremium, das sich zunächst aus 16 Vertretern der Bundesländer, der Vertriebenenorganisationen, der Kirchen, der kommunalen Spitzenverbände, der Wohlfahrtsverbände und der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetzt, soll die Bundesregierung sachverständig in Fragen der Aufnahme und Integration von Spätaussiedlern beraten.
26.–27. Mai: Teilnahme von Bundeskanzlerin Angela Merkel an den Deutsch-russischen Regierungskonsultationen in Tomsk, Altai.

Ab 2006

Der drastische Rückgang der Spätaussiedlerzahlen nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes bestätigt die Befürchtungen der LmDR. Konnten 2004 noch 58.728 Deutsche aus den Republiken der ehemaligen Sowjetunion als Spätaussiedler nach Deutschland kommen, sind es 2006 nur noch 7.704 mit weiter abnehmender Tendenz, bis 2012 mit 1.786 der Tiefpunkt erreicht ist.
Diese Entwicklung ist umso bedauerlicher, als eine wissenschaftliche Studie für NRW zu folgenden Ergebnissen kommt;

- *Die Zahl der tatverdächtigen Spätaussiedler in Nordrhein-Westfalen liegt mit 2,4 Prozent deutlich unter ihrem Bevölkerungsanteil von ca. 4,5 Prozent.*
- *Die meisten (jungen) Spätaussiedler sind weder besonders kriminell noch besonders auffällig, sondern integrieren sich gut in diese Gesellschaft.*
- *Bei den auffälligen Jugendlichen handelt es sich um eine kleine Gruppe.*
- *DEN kriminellen Aussiedler gibt es nicht!*
- *Ein großer Teil der Kriminalität im Jugendalter ist als vorübergehende, oft episodenhafte Entwicklung anzusehen.*

2007

26. Mai: In seiner Rede beim 29. Bundestreffen der LmDR in Wiesbaden bringt der Bundesvorsitzende Adolf Fetsch negative Berichte und Einstellungen gegenüber russlanddeutschen Spätaussiedlern mit einem Zitat des Generalsekretärs der Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft für bedrohte Völker“, Tilman Zülch, auf den Punkt:
„Aussiedlerfeindlichkeit ist nicht besser als Ausländerfeindlichkeit.“

2008

Juni: Erklärung der LmDR zu aktuellen Missständen bei der Aufnahme und Eingliederung von Deutschen aus Russland mit den folgenden Unterpunkten:

- *Degradierung in Ausbildung und Beruf*
- *Fremdrenten unter dem Existenzminimum*
- *Drastischer Rückgang der Spätaussiedlerzahlen*
- *Behinderungen des Zuzugs von Familienangehörigen*
- *Fehlende Beachtung der Volksgruppe*
- *Mangelnde Solidarität – sinkende Akzeptanz*
- *Ausschluss von politischen Entscheidungsprozessen*

2009

Die Studie “Ungenutzte Potentiale. Zur Lage der Integration in Deutschland” des Berliner Instituts für Bevölkerung bescheinigt den Deutschen aus Russland hervorragende Integrationsleistungen:
„Die Aussiedler sind eine sehr integrationsfreudige Herkunftsgruppe. Die in Deutschland geborenen schneiden bei vielen Indikatoren deutlich besser ab als die Zugewanderten und weisen zum Teil sogar bessere Werte auf als die Einheimischen. Bemerkenswert ist der Rückgang bei der Jugenderwerbslosigkeit, die sich von der ersten auf die zweite Generation fast halbiert hat.“
9. Mai: Zahlreiche Mitglieder der Landesgruppe Niedersachsen der LmDR beteiligen sich an einer Veranstaltung des „Friedländer Bündnisses gegen Rechts“ am Heimkehrerdenkmal in Friedland, die sich gegen einen so genannten Friedensmarsch einer NPD-nahen Organisation richtet, die ohne jegliche Legitimation vorgibt, im Namen der Deutschen aus Russland zu agieren.
13. Juni: Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble betont beim 30. Bundestreffen der LmDR in Rheinberg als Festredner:
„Die Deutschen aus Russland haben sich um unser Land verdient gemacht, und sie tun das bis heute. ... Die Deutschen in Russland haben gelitten, weil sie trotz ihrer Loyalität zu Russland immer auch Deutsche geblieben waren. Sie sind hergekommen, weil sie hier als Deutsche leben und sich einbringen wollen. Wenn sie in das Land ihrer Ahnen zurückkehren, dann sind die Deutsche unter Deutschen und nicht Teil einer russischsprachigen Diaspora.“
24. August: Beteiligung von führenden Vertretern der LmDR und ihres Jugendverbandes an einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, bei dem Frage der Aufnahme und Integration sowie Probleme im Ausbildungs- und beruflichen Bereich im Mittelpunkt stehen.

2010

14. und 15. Oktober: 8. Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission in Berlin. Dr. Christoph Bergner:
„Die bewährten Hilfen der Bundesregierung im kulturellen, sozialen und Bildungsbereich werden auch weiterhin dazu beitragen, dass die deutschen Volkszugehörigen in Kasachstan für ihre Zukunft eine gute Perspektive haben und dadurch auch ihrerseits einen wichtigen Beitrag zu den guten bilateralen Beziehungen beider Staaten leisten können.“

Zeittafel zur Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen

Die demografische Dynamik der wolgadeutschen Bevölkerung spiegelt die Geschichte der Wolgadeutschen wider:

1769	23.200
1788	30.900
1816	60.700
1834	108.300
1857	198.600
1897	390.800
1914	569.500
1926	439.100
1941	438.700
1989	52.300
2010	19.700

2011

16. und 17. Mai: 16. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen in Tomsk: Fortsetzung der finanziellen Förderung der Deutschen in Russland.

26. August: Einweihung des Denkmals „Den Russlanddeutschen – Opfer der Repressionen in der UdSSR" in Engels.

30. – 31. August: Konferenz des BMI aus Anlass des 70. Jahrestages der Deportation der Deutschen in der Sowjetunion.

August – Oktober: Außer der zentralen Gedenkfeier der LmDR am 28. August zum 70. Jahrestag der Deportation finden 18 weitere Gedenkveranstaltungen auf Orts- und Länderebene statt.

9. Dezember: 9. Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission in Astana: Abschluss eines bilateralen Abkommens zwischen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und der Assoziation der gesellschaftlichen Vereinigungen der Deutschen Kasachstans „Wiedergeburt".

2012

30. und 31. Mai: 17. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission in Zerbst/Anhalt: Dr. Bergner betont die Wichtigkeit bilateraler Partnerschaftsprojekte, die eine völkerverbindende Brücke zwischen den Zivilgesellschaften Deutschlands und Russlands darstellen.

26. November: Die LmDR verfasst für die Sitzung des Beirates für Spätaussiedlerfragen beim BMI Stellungnahmen zu drei zentralen Fragen der aktuellen Aussiedlerpolitik:

- ***Überbetonung deutscher Sprachkenntnisse im Spätaussiedleraufnahmeverfahren***
- ***Erneute Prüfung abgelehnter Aufnahmebescheide***
- ***Härtefälle im Spätaussiedleraufnahmeverfahren***

2013

Zahlreiche Veranstaltungen in Deutschland und der ehemaligen Sowjetunion zum 250. Jahrestag der Auswanderung von Deutschen nach Russland.

14. September: Das 10. Änderungsgesetz zum Bundesvertriebenengesetz, mit dem der Nachzug von Familienangehörigen von Spätaussiedlern erleichtert wird, tritt in Kraft.

22. Oktober: Heinrich Zertik, Mitglied der LmDR, wird Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

2014

8. Januar: Hartmut Koschyk (CSU) neuer Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

21. April: Erlass der Russischen Föderation über Maßnahmen zur Rehabilitierung der von der Krim deportierten Völker (Armenier, Bulgaren, Griechen, Krim-Tataren und Deutsche).

2015

4. Juli: Hartmut Koschyk würdigt als Festredner beim 32. Bundestreffen der LmDR in Stuttgart die besondere Rolle des Verbandes:

„Bei der Bewahrung der spezifischen russlanddeutschen Identität nimmt die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland als die seit 65 Jahren unbestritten anerkannte Vertretung der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion eine zentrale Rolle ein."

Dezember: Wiederaufnahme der Tätigkeit der Deutsch-Russischen und der Deutsch-Ukrainischen Regierungskommission.

2016

Januar: Die LmDR verurteilt aufs Schärfste die von ultrarechten Gruppen gesteuerten Demonstrationen im Zusammenhang mit der angeblichen Entführung und Vergewaltigung eines russlanddeutschen Mädchens (der „Fall Lisa"). Sie schreibt in ihrer Stellungnahme:

„Wir sind sehr darüber in Sorge, dass die jüngsten Ereignisse in den Medien und der Gesellschaft ein verzerrtes Bild unserer Landsleute entstehen lassen. Wir warnen eindringlich davor, das Verhalten nicht repräsentativer Gruppen auf die gesamte Personengruppe der Deutschen aus Russland zu übertragen."

31. Januar: Der russische Präsident Putin unterzeichnet den Erlass „Über erstrangige Maßnahmen zur Rehabilitation der Russlanddeutschen", der die früher verankerte Wiederherstellung der „russlanddeutschen Staatlichkeit" nicht mehr enthält.

24. und 25. Mai: Eröffnung des Deutschen Kultur- und Geschäftszentrums „Deutsch-Russisches Haus" in Omsk im Rahmen der Sitzung der 21. Deutsch-Russischen Regierungskommission.

6. Juli: Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, deutschen Staatsbürgern, die zwischen dem 1. September 1939 und 1. April 1956 Zwangsarbeit für einen ausländischen Staat verrichten mussten, einen symbolischen Anerkennungsbetrag in Höhe von 2.500 Euro zu gewähren.

28. August: Gedenkveranstaltung in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin für die russlanddeutschen Opfer des stalinistischen Regimes anlässlich des 75. Jahrestages der Veröffentlichung des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen".

30. November: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bundesdelegiertenversammlung der LmDR fassen einstimmig den folgenden Beschluss:

„Die überproportional hohe Zunahme der Altersarmut unter den Deutschen aus Russland soll als große Herausforderung für Politik und Gesellschaft auf allen Ebenen betrachtet werden. …

Wir fordern wirksame Schritte zur Beseitigung der bestehenden und der drohenden Altersarmut bei Deutschen aus Russland auch im Sinne des sozialen

Zeittafel zur Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen

Friedens in den Reihen der Spätaussiedler. Unsere Landsleute haben die Solidarität der Gesellschaft verdient.“

Dezember: Offizieller Beginn der gemeinsamen Aktion des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zur Bekämpfung der Altersarmut unter Spätaussiedlern aufgrund restriktiver Bestimmungen im Fremdrentengesetz.

2017

13. Februar: Gespräch des BdV-Präsidiums (darunter der Vorsitzende der LmDR, Waldemar Eisenbraun) mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, u.a. zu den Themen Altersarmut unter Spätaussiedlern und die Situation der deutschen Minderheiten in Südosteuropa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

29. und 30. März: Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin zum Thema „Aussiedlung – Beheimatung – politische Teilhabe Deutsche aus Russland in Wechselwirkung mit russischsprachigen Gruppen in Deutschland“ unter Beteiligung der LmDR.

15. Mai: Tagung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission unter Teilnahme von Vertretern der LmDR, insbesondere mit Fragen der Situation der deutschen Sprache in Kasachstan.

17. Mai: Gespräch von Mitgliedern des Bundesvorstandes mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, bei dem vor allem die folgenden Themen behandelt wurden:

- *Problematik der drohenden Altersarmut unter Aussiedlern*
- *Bedarf an nachholender Integration und politischer Bildung*
- *Förderung von Ehrenamt und Kulturarbeit*
- *Bedeutung des christlichen Glaubens*
- *Unterstützung identitätsstiftender Maßnahmen*
- *Ausweitung gesellschaftlicher und politischer Partizipation*

26. August: Festveranstaltung der LmDR im Kursaal von Stuttgart-Bad Cannstatt zum 200-jährigen Auswanderungsjubiläum von Deutschen in den Südkaukasus.

Oktober: Wiedereröffnung des Deutsch-Russischen Hauses in Königsberg/Kaliningrad.

1. November: Der Parlamentarische Staatssekretär Prof. Dr. Günter Krings (CDU) wird Übergangsnachfolger von Hartmut Koschyk als Aussiedlerbeauftragter.

2018

11. April: Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Prof. Dr. Bernd Fabritius (CSU), wird zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ernannt.

2. und 3. Mai: Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin zum Thema „Perzeption – Partizipation – politische Bildung: Deutsche aus Russland und russischsprachige Gruppen“.

12. und 13. Juni: Fachkonferenz der Deutschen Gesellschaft e. V. zum Thema „100 Jahre Gründung der Wolgarepublik“.

28. Juni: Beschluss der 16. Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission in Berlin, in Kasachstan neben den beiden Pflichtsprachen Kasachisch und Russisch wieder Deutsch als erste Fremdsprache wählen zu können.

25. und 26. September: Bei der 23. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission in Kaliningrad wird insbesondere die gemeinsame Beteiligung an der Umsetzung deutsch-russischer Projekte zugunsten der Russlanddeutschen als untrennbarer Bestandteil der deutschrussischen Zusammenarbeit beschlossen.

7. November: Festakt in der Französischen Friedrichstadtkriche in Kirche aus Anlass des 30-jährigen Bestehens des Amtes des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Dezember: Start einer gemeinsamen Aktion der Landsmannschaften der Deutschen aus Russland und der Banater Schwaben sowie des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland zur Beendigung der Benachteiligung von Spätaussiedler durch die Kürzungen im Fremdrentenrecht.

2019

18. Januar: Offizielle Eröffnung des Bayerischen Kulturzentrums der Deutschen aus Russland durch den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder.

März: Bundeskanzlerin Merkel schlägt zur Beseitigung der Benachteiligung von Spätaussiedlern durch die Fremdrentengesetzgebung eine Fondslösung vor.

16. bis 21. Mai: Der Bundesvorsitzende der LmDR. Johann Thießen, mit der deutschen Regierungskommission in Kasachstan und Kirgisistan.

4. Juni: Dialogforum des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zum Thema „Heimat im Herzen, Heimat in Deutschland“. Im Mittelpunkt standen der kulturelle und gesellschaftliche Gewinn für Deutschland durch die Aufnahme der Deutschen aus Russland sowie die Erfolgsgeschichte ihrer Beheimatung in Deutschland.

25. bis 29. September: Vereinbarung weiterer grenzüberschreitender Maßnahmen bei den Feierlichkeiten zum 30-jährigen Jubiläum der Vereinigung der Deutschen Kasachstans „Wiedergeburt“ in Nur-Sultan.

2020

August: Appell des Bundesvorstandes der LmDR an den Präsidenten Russland, die Russlanddeutschen so viele Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges auch faktisch zu rehabilitieren und ihre unschuldigen Opfer mit Worten des Bedauerns und des Mitgefühls zu würdigen, bleibt wie schon frühere Appelle gleichen Inhalts ohne Antwort.

5. September: Die LmDR setzt im Rahmen ihrer zentralen Gedenkfeier in Friedland ein deutliches Zeichen gegen Vereinnahmungsversuche der russlanddeutschen Geschichte durch rechte Splittergruppen. Die stellvertretende Bundesvorsitzende und Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen der LmDR, Lilli Bischoff, führt dazu in ihrer Rede aus:

„Die Deutschen aus Russland mussten über Jahrzehnte in der Sowjetunion erfahren, was es bedeutet, allein aufgrund

der Volkszugehörigkeit diskriminiert und gehasst zu werden.
Wer mit eben diesem Hass Menschen begegnet, die ihre Heimatländer wegen der dort herrschenden lebensbedrohlichen Umstände verlassen mussten, hat mit dem energischen Widerstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu rechnen.“

2021

1. Januar: Inkrafttreten des sogenannten Grundrentengesetzes, in das ausdrücklich auch die anerkannten Arbeitszeiten von Aussiedlern und Spätaussiedlern einbezogen sind.
Januar: Das von der Jugendorganisation der LmDR und der Gemeinschaft der Deutschen aus Russland Lyra Marzahn e. V. online veranstaltete internationale Familienfestival „Wir gemeinsam – Мы вместе“ mit mehr als 190 Kulturbeiträgen aus fünf Ländern verzeichnet über 750.000 Aufrufe im Internet.
23. Juni: Diw Bundesregierung stellt für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer einen Fonds in Höhe von einer Milliarde Euro zur Abmilderung von Härtefällen in der Rentenüberleitung in den Haushaltsplan 2022.
Die LmDR gibt sich damit jedoch nicht zufrieden und wendet sich mit der folgenden Pressemitteilung an die Öffentlichkeit:
„Dabei von einem Tropfen auf den heißen Stein zu sprechen, wäre vermutlich übertrieben. Die Einrichtung dieses Fonds genügt jedoch keinesfalls, die zunehmende Altersarmut unter unseren Landsleuten auf Dauer wirksam zu bekämpfen. Sie ist noch weit davon entfernt, diesen Missstand zu beseitigen, den wir bereits vor einigen Jahren in einer Presseerklärung festgehalten haben. Wir haben dort geschrieben:
Es ist nicht zu vertreten, dass Deutsche aus Russland selbst bei Lebensarbeitszeiten von 45 Jahren aufgrund sämtlicher Kürzungen im Fremdrentenbereich im Alter unter das Existenzminimum fallen. Und das, obwohl ihre Kinder und Enkel weitaus mehr in die deutschen Rentenkassen einbezahlen, als ihnen selbst aus diesen Kassen zufließt. Es lässt sich keine stichhaltige Erklärung finden, weshalb ausgerechnet für die Volksgruppe der Deutschen aus Russland der Generationenvertrag außer Kraft gesetzt wird.
Wir werden also auch künftig unsere Bemühungen um eine gerechte Rentenregelung für die Deutschen aus Russland fortsetzen und unsere Anliegen mit der nötigen Deutlichkeit bei Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern vortragen.
Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist und bleibt einer der zentralen Grundsätze der landsmannschaftlichen Sozialarbeit.“
August und September: Die Monatsschrift der LmDR, „Volk auf dem Weg“, kann über 15 landsmannschaftliche Gedenkfeiern auf allen Ebenen zum 80. Jahrestag der Deportation der Deutschen in der Sowjetunion berichten.

2022

Februar: Mit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine berichten Deutsche aus Russland vermehrt über Ausgrenzungen und Diskriminierungen durch die einheimische Bevölkerung aufgrund irrtümlicher und falscher Zuordnungen als „Russen“.
Gemeinsam mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, startet die LmDR breitgefächerte Maßnahmen zur Unterstützung ukrainischer Kriegsflüchtlinge. Dazu gehört die Spendenaktion „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“, die der Bund der Vertriebenen gemeinsam mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und in enger Abstimmung mit den Partnerorganisationen der deutschen Minderheiten in den Nachbarländern der Ukraine ins Leben gerufen hat.
März: Interview mit Prof. Dr. Bernd Fabritius zum Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen auf Deutsche aus Russland.
15. April: Die Bundestagsabgeordnete Natalie Pawlik (SPD) wird Nachfolgerin von Prof. Dr. Fabritius.
Mai: Pressemitteilung der LmDR gegen die Absage von Präsentationen der landsmannschaftlichen Wanderausstellung aufgrund des Ukraine-Krieges.
Johann Thießen beteiligt sich an einer BdV-Delegation mit Hilfslieferungen für die ukrainischen Städte Mukatschewo/Munkatsch und Uschgorod/Ungwar.
27. Mai: Der russlanddeutsche Historiker Dr. Dr. h. c. Alfred Eisfeld erhält als erster Deutscher aus Russland die BdV-Ehrenplakette.
3. September: Natalie Pawlik bezeichnet in ihrer Festrede bei der zentralen Gedenkfeier der LmDR in Friedland die Deutschen aus Russland als „Sündenböcke Stalins für Hitlers Angriff auf die Sowjetunion“, die unter dem Generalverdacht der Kollaboration mit dem Nazi-Regime stehend den höchstmöglichen Preis bezahlt hätten. Eine Brücke in die Gegenwart schlägt Johann Thießen in seiner Ansprache:
„Meine Landsleute haben in einem Staat, der von Unrecht geprägt war, viel, ja eigentlich viel zu viel erdulden müssen. Und trotzdem müssen wir immer wieder feststellen, dass das Schicksal weiten Teilen der bundesdeutschen Öffentlichkeit nicht bekannt ist oder es sie gleichgültig lässt. Eine Antwort darauf zu geben, ist schwierig, und ich weiß auch, dass sie gefährlich ist und leicht uminterpretiert werden kann.
Ich betone deshalb mit aller Deutlichkeit: Es kann keinen Zweifel an all dem Schrecklichen geben, das deutsche Menschen unter Hitler der Menschheit angetan haben. Und wer den Holocaust oder die Hitler‘schen Angriffskriege mit Millionen und Abermillionen Toten leugnet oder relativiert, wird selbst zum Verbrecher und hat in der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland nicht das Geringste verloren.
Trotzdem gab es auch Deutsche, die selbst ohne jede eigene Schuld zu Opfern wurden. Seien es die Deutschen in der Sowjetunion oder die deutschen Vertriebenen aus den Ländern Ost- und Südosteuropas.
All diese Menschen haben unser Mitgefühl verdient und sollten, wie gerade jetzt im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine immer wieder zu beobachten, nicht in skandalös einseitiger Weise diffamiert werden.“

Publikationen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland – eine Auswahl

UNSCHULDIGES LEIDEN ENTRECHTET – ENTWÜRDIGT – ENTWURZELT

Aus dem Inhalt:

- Dr. Alfred Eisfeld: „Großer Terror“ – Trudarmee
- Dr. Viktor Krieger: Chronologie der antideutschen Maßnahmen im Russischen Reich bzw. in der UdSSR
- 1937/38 – Jahre des „Großen Terrors“
- Johann Kampen: Mein Vater David Kampen
- Dr. Alfred Eisfeld: Sind die Deutschen aus der UdSSR Vertriebene?
- Dr. Victor Herdt: Zeittafel der Deportationen
- Chronik: Deportation der Deutschen in der Sowjetunion
- Dr. Viktor Krieger: Vorgeschichte und Umstände der Deportation im Jahr 1941
- Trudarmee – Zwangsarbeitslager
- Prof. Dr. Viktor Kirillow: Deportation, Arbeitsmobilisierung und Sondersiedlung der Deutschen in der UdSSR (nach Materialien des Uralgebiets)
- „In jenen Jahren“ – Requiem für alle Deportierten, Verbannten und Ermordeten
- Nina Paulsen: Unterdrückung, Deportation, Zwangsarbeit. Entwurf eines Szenarios zur Geschichte der Deutschen in der Sowjetunion

Die 2016 erschienene Broschüre schildert die Geschichte der Russlanddeutschen anhand von wissenschaftlichen und künstlerischen Beiträgen ebenso wie mittels Zeitzeugenberichten.

Der damalige Bundesvorsitzende der LmDR, Waldemar Eisenbraun, betonte in seinem Vorwort:

„Aus Anlass des 75. Jahrestages der Deportation der Deutschen in der Sowjetunion weisen wir erneut auf die Notwendigkeit einer vollständigen Rehabilitierung der russlanddeutschen Volksgruppe hin. Eine Rehabilitierung, die längst überfällig ist! Eine Rehabilitierung von Menschen, die ohne jede Schuld zu Opfern zweier Unrechtssysteme wurden.“

Die beiden Broschüren sind kostenlos abrufbar unter www.lmdr.de - Digitale Bibliothek

„HEIMATBUCH 2020 DER DEUTSCHEN AUS RUSSLAND“

Inhalte:

- Im Kapitel I kommen insbesondere Zeitzeugen zu Wort, die das Leben in der Sowjetunion vor der Ausreise nach Deutschland, die Ausreisebemühungen und die ersten Jahre hier in Deutschland vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen schildern.
- Ausführliche Biografien von Deutschen aus Russland enthält Kapitel II.
- Kapitel III befasst sich mit Aspekten der russlanddeutschen Geschichte und Kultur.
- Kapitel IV fasst Publikationen zur russlanddeutschen Thematik zusammen, die in den letzten Jahren innerhalb und außerhalb der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland herausgegeben wurden.
- Herausragende Momente der russlanddeutschen Geschichte und Kultur kommen dabei ebenso zur Sprache wie schlimme Erfahrungen, die Deutsche aus Russland in der ehemaligen Sowjetunion machen mussten. Aber auch erhebliche Hindernisse, die ihnen bei ihren Integrationsbemühungen hier in der Bundesrepublik Deutschland in den Weg gestellt wurden.

300 Seiten, 10,- Euro

„HEIMATBUCH 2017 DER DEUTSCHEN AUS RUSSLAND“

Inhalte:

- Deportation der Russlanddeutschen mit der anschließenden Verbringung in die stalinistischen Zwangsarbeitslager;
- Beiträge zum 200-jährigen Auswanderungsjubiläum der Kaukasusdeutschen;
- Geschichte der russlanddeutschen Literatur, die von Nina Paulsen kenntnisreich dargestellt wird;
- Artikel über wichtige Veranstaltungen der LmDR, Beiträge, die weit zurückgreifen in die russlanddeutsche Geschichte, und Nachrufe auf herausragende russlanddeutsche Persönlichkeiten;
- abgeschlossen wird der Band durch zwei Beiträge zum Alltagsleben der Deutschen in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg.

292 Seiten, 10,- Euro

Bestellungen bitte an:
LmDR e. V., Raitelsbergstraße 49, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711-1665922 E-Mail: Versand@LmDR.de

Impressum

6., erweiterte Auflage

© 2023 Landsmannschaft
der Deutschen aus Russland e. V.
Bundesgeschäftsstelle, Zentrale:
Raitelsbergstr. 49, 70188 Stuttgart
Tel.: 0711/16659-0,
Fax: 0711/16659-59
E-Mail: Kontakt@LmDR.de
Internetseite:
www.deutscheausrussland.de,
www.facebook.com/Lmdr.eV

Beiträge: Dr. Werner Nowak,
Dr. Viktor Krieger,
Hans Kampen, Nina Paulsen

Redaktion:
Hans Kampen

Gestaltung:
Hans Kampen
Ilja Fedoseev

Herstellung:
WIRmachenDRUCK GmbH

ZUSAMMENHALTEN – ZUKUNFT GESTALTEN

LANDSMANNSCHAFT
DER DEUTSCHEN AUS RUSSLAND